Nr. 48. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 26. Februar 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

England und Rußland in Ostasien.

Es wird uns geschrieben:

Wie die letzten über London eingegangenen Nachrichten ergeben, ist nun doch die chinesische Anleihe zu stande gekommen; allerdings nicht unter staatlicher englischer Garantie, sondern in der Form eines privaten Vertrages China's mit der Hongkong- und Shanghai-Bank und der Deutsch-asiatischen Bank, also durch Zurückgreifen auf einen schon zu Beginn der Anleiheverhandlungen aufgetauchten Vorschlag, der dann aber durch die russische Anleihe-Offerte und die darauf folgende Gegenaktion Englands, nun seinerseits China eine Anleihe unter Staatsgarantie anzubieten, in den Hintergrund gedrängt wurde. Der Ausgang der Angelegenheit kann in Berücksichtigung der politischen Situation, zu der sich der Rivalitätsstreit beider Mächte zugespitzt hatte, nur mit Befriedigung begrüßt werden, wenn auch absolut gar kein Anlaß dazu vorliegt, in den Ton jener freisinnigen Blätter einzustimmen, die in dem Abkommen einen Erfolg der englischen Politik sehen wollen. Auch diesmal wieder ist England, nachdem es sich zuerst zu einem energischen Gegenschlag aufgerafft hatte, im Laufe der Verhandlungen mehr und mehr in seine alte ostasiatische Konnivenz-Politik zurückgefallen, die schon im siamesisch-französischen Konflikt und im letzten chinesisch-japanischen Kriege es dahin zu bringen wußte, daß Englands Diplomatie von Rußland und Frankreich nahezu als qualité négligeable behandelt wurde. England hat selbst dann gegen Rußlands Intervention die Annahme seines Anerbietens in Peking nicht durchzusetzen vermocht, als es vor den russischen Ansprüchen zurückwich und offiziell durch Salisbury's Mund auf die Forderung der Erklärung Talienwans zum Vertragshafen verzichtete. Worin die Anzeichen liegen sollen, daß England die Rosebery'schen Bahnen verlassen hat, bleibt demnach ein Räthsel; man müßte sie denn in den zu nichts verpflichtenden Kraftphrasen à la Curzon finden wollen, in denen ein Theil der englischen Presse sich gefiel.

Soweit Englands Handelsinteresse in Frage kommt, mag es ja in dieser Sache nicht schlecht gefahren sein; die Oeffnung der Binnengewässer für den Dampferverkehr ist sicherlich ein höchst werthvolles Zugeständniß; aber den eigentlichen Zweck, den es mit seiner Aktion erstrebte, die Zurückdämmung des in den letzten Jahren stetig gewachsenen russischen Einflusses in Peking, hat es, darüber vermögen alle errungenen Handelsvortheile nicht hinwegzutäuschen, nicht erreicht. Rußland hat seine Machtstellung behauptet und wird diese, wie uns vielleicht schon die nächste Zukunft lehren wird, gründlich ausnutzen. Ausgeschlossen ist sogar keineswegs, daß es schon jetzt als Kompensation der dem englischen Handel von China eingeräumten Bewegungsfreiheit sich allerlei Konzessionen in der Mandschurei und auf der Liaotung-Halbinsel zu sichern gewußt hat, die vorerst noch geheim bleiben. Die russische Regierung ist ja, da sie auf die öffentliche Meinung ihres Landes keine Rücksicht zu nehmen braucht, in der angenehmen Lage, mit der Publikation solcher Verträge bis zu einem ihr geeignet dünkenden Termin zu warten. Ganz leer ausgehen wird Rußland sicherlich nicht. Wer meint, daß die russische Diplomatie sich so leicht ins Hintertreffen drängen läßt, kennt die russische politische Geschichte der letzten Jahrzehnte recht schlecht. Sollten ihr freiwillig nicht die gewünschten Kompensationsobjekte gewährt werden, so wird sie schwerlich davor zurückschrecken, auch in ihrer Weise ein wenig „Kiaotschau" zu spielen, d. h. sich das zu nehmen, was sie wünscht — und China wird mit bittersüßer Miene zustimmen, froh, wenn nur die Formen gewahrt werden.

Eine Lösung der schwebenden Fragen in Ostasien bietet der Abschluß der Anleihe nicht; der Interessengegensatz und die Spannung zwischen England einerseits und Rußland und Frankreich andererseits bleiben und werden sich bald in neuen Vorstößen Luft machen. Rußland und England haben nun einmal in Ostasien durchaus entgegengesetzte Interessen; ein modus vivendi für beide kann erst dann gefunden werden, wenn die eine Macht niedergeschlagen ist und der anderen das Feld freigeben muß. Die von einigen englischen Politikern befürwortete Politik, durch Zugeständnisse an die russischen Annektionsgelüste in Kleinasien oder auf der Balkanhalbinsel Ruhe in Ostasien und Nord-Indien zu erkaufen, zeugt von unglaublicher Kurzsichtigkeit. Mehr noch als von irgend einer anderen Nation gilt von der russischen das Sprichwort: „L'appétit vient en mangeant"; jedes Zugeständniß an Rußland wird für diesen Staat nur ein Grund zur Stellung weiterer Forderungen sein.

Ist aber der Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Ostasien zwischen beiden Mächten unvermeidlich, dann liegt es durchaus im Interesse Englands und der Demokratie Westeuropa's, daß diese Entscheidung nicht durch weiteres Nachgeben Englands immer weiter hinausgeschoben wird; denn jede weitere Hinausschiebung verschlechtert die Chancen Englands. Schon heute liegen die Verhältnisse für England ungleich ungünstiger, als vor drei Jahren zur Zeit des chinesisch-japanischen Krieges, und in sechs bis acht Jahren, wenn erst die Verbindung der geplanten nordchinesischen Bahnen mit der transsibirischen Eisenbahn hergestellt ist, werden die Schwierigkeiten noch größer sein. Die Verlängerung der 37 Meilen langen Linie von Tientsin nach Shanghaikwan über Mukden und Kirin und ihre Verbindung mit der von Nertschinsk nach Wladiwostok durch die Mandschurei führenden ostsibirischen Bahn, sowie ferner die Herstellung einer daran anschließenden Bahn über Niutschuang und Kinschau nach Port Arthur werden Rußland in den Stand setzen, alle wichtigeren strategischen Punkte Nord-China's und Korea's zu besetzen, ehe noch nach einer Kriegserklärung die englischen und japanischen Kriegsschiffe Truppen auszuschiffen vermögen. England und Japan können nun allerdings den russischen Seehandel in den ostasiatischen Meeren völlig lahm legen, aber dieser Seehandel kommt schon heute gegenüber der über Land ein- und ausgeführten Waarenmenge wenig in betracht, und wird es noch weniger, wenn erst die von China mit Hilfe eines belgischen Konsortiums in Angriff genommene 160 Meilen lange Bahn von Peking nach Hankau am Jantsekiang fertig ist, was allerdings vor 1905 kaum der Fall sein wird. Hankau, die Zentrale des chinesischen Theehandels am Jantsekiang, wird dem über Peking, Tientsin, Shanghaikwan, Mukden direkt mit der transsibirischen Bahn und durch diese mit dem europäischen Rußland verbunden sein. Zu Lande aber Rußland ernstlich entgegenzutreten, daran können dann weder England noch Japan denken. Der russische Koloß vermag ihnen eine Truppenmacht entgegenzustellen, die von vornherein ihnen alle Möglichkeit eines Erfolges nimmt. Seit Rußland 1895 im chinesisch-japanischen Krieg die Unzulänglichkeit seiner Streitkräfte in Ostasien erkannte, ist es unablässig bemüht gewesen, seine dortige Truppenmacht, besonders im Amur-Gebiet, zu verstärken. Schon im vorigen Jahr standen nach den Angaben des Generalmajors Krahmer („Sibirien und die große sibirische Eisenbahn", S. 101) im letzteren Militärbezirk, ungerechnet die Festungs-Besatzung Wladiwostoks, 10 Schützenbataillone, 11 Linienbataillone, 2 Reservebataillone, 2 Regimenter und 4 Bataillone transbaikalische Kosaken, 6 Sjotnien Amur- und Ussuri-Kosaken, 2 ostsibirische Artillerie-Brigaden und 2 transbaikalische Batterien.

Diese ansehnliche Streitmacht ist seit kurzem noch verstärkt worden und wird sicherlich mit dem Fortschritt der Eisenbahnbauten in den strategisch am günstigsten gelegenen Garnisonen, wie z. B. Nikolskoje, Chabarowsk, Nertschinsk, Tschita, noch weiter verstärkt werden, wenn nicht gar Rußland unter dem Schutze des Vorwandes seiner mandschurischen Bahn dazu übergehen wird, in die größeren Stationen an der Bahn starke Truppenabtheilungen hineinzulegen.

Zudem wird Rußland schwerlich England gestatten, seine Kräfte in Ostasien zu konzentriren. Wie England Japan, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland Frankreich auf seiner Seite finden, dessen Interessensphäre in Asien nirgends mit derjenigen Rußlands kollidirt, während seine Handelsrivalität gegen England in Jünnan und Kwangsi von selbst zu fortgesetzten Reibungen führt, zumal wenn erst die projektirte französische Bahnlinie von Hanoi über Laokai und Mongtse nach West-Jünnan mit der englisch-birmanischen Jünnan-Bahn in Konkurrenz tritt. Frankreich aber kann England in Birma weit mehr schaden, als Japan Rußland in Nordchina. Außerdem wird Rußland schwerlich unversucht lassen, im Verein mit Frankreich Englands Stellung in Egypten zu erschüttern und ferner von Merw aus durch Afghanistan ins Pandschab vorzudringen. Ist bis dahin die Verbindung der sibirischen mit der transkaspischen Bahn über Taschkent, Tschimkent, Turgai nach Tscheljabinsk oder von Taschkent über Atbasar nach Petropawlowsk hergestellt, so ist es ihm ein leichtes, innerhalb drei Wochen größere Truppenmassen aus Nord-China dem Amur-Gebiet nach Merw oder umgekehrt von Merw nach Nord-China zu werfen.

Zur Vorgeschichte der 48er Revolution in Deutschland.

I.

Das Jahr 1848 traf in Deutschland andere Zustände, ein anderes Geschlecht als 1789. Die große französische Revolution am Ende des vorigen Jahrhunderts hatte begeisterten Widerhall gefunden bei der kleinen Gruppe literarischer Vorkämpfer einer freieren Weltauffassung, in den Massen des Volkes fand sie einen schlecht vorbereiteten Boden. Wie konnte das auch anders sein! Siechte das deutsche Volk doch noch immer unter den Wunden, die ihm die unheilvollen sozialen und religionspolitischen Bürgerkriege des 16. und 17. Jahrhunderts geschlagen und deren Vernarbung die Kabinetskriege des 18. Jahrhunderts verhindert hatten. An der Wende des 15. und 16. Jahrhunderts war Deutschland eines der wirthschaftlich bestentwickelten Länder Europa's, mindestens stand es auf einer Stufe mit den Niederlanden, Frankreich und Norditalien. Die stadtbürgerliche Entwickelung war in den deutschen Stadtrepubliken zu ihrer höchsten Blüthe gekommen, so weit wenigstens das möglich war innerhalb der Zunftschranken und bei der Feudalverfassung des flachen Landes. Der Hansabund beherrschte den Handel Nordeuropa's. Auch die Bauernschaft strengte sich an, die feudale Unterdrückung des Junkerthums zu sprengen. Aber was den Schweizern gelungen war, mißlang den schwäbischen, fränkischen und thüringer Bauern, da die Stadtbevölkerungen in thörichter Verblendung mit Fürsten, Adel und Pfaffen gemeinschaftliche Sache gegen sie machten. Seit der Niederwerfung des Bauernaufstandes im Jahre 1525 begann dann in Deutschland jener systematische Landraub der Junker, durch den die Bauern enteignet und die Latifundien für kapitalistische Bewirthschaftung hergestellt wurden. Die Stadtbürger hatten ihren Lohn dahin, als später die aus den landlosen Bauern zusammengerafften Söldnerheere der Fürsten in den schaurigen Religionskriegen Stadt und Land unterschiedslos verwüsteten, bis am Schluß des dreißigjährigen Krieges 1648 ganz Deutschland eine Wüstenei geworden, seine Bevölkerung auf ein Viertel zusammengeschmolzen war. Man berechnet, daß erst um das Jahr 1840 herum Deutschland sich wieder zu dem Wohlstande durchgearbeitet hatte, den es um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts erreicht hatte. Aber in jenem verwüsteten Lande mit seiner verrohten und verzagten Bevölkerung errichteten dann die deutschen Fürsten ihre absolutistische Souveränetät wie einen ehernen Felsen, dessen Druck kein Freiheitsstreben aufkommen ließ. Was von der vorhandenen Kultur gerettet war aus jener trüben Zeit, vegetirte fast nur in den engen Kreisen des Gelehrtenthums und der damit zusammenhängenden sogenannten „liberalen" Berufe. So ist es gekommen, daß die verspätete deutsche Renaissance am Ende des 18. Jahrhunderts nicht wie in England eine vollsaftige Literaturblüthe, sondern nur eine klassizistische Gelehrtenliteratur erzeugte, der trotz aller Schönheit, Macht und Formvollendung doch ihr Ursprung deutlich erkennbar anhaftet. Im Kreise dieser Dichter und Denker, so lange Jugendfeuer noch durch ihre Adern rollte, fand deshalb die französische Revolution freudigen Widerhall, im Volke nicht. Den gedrückten Kleinbürgern und Bauern war jeder Freiheitsgedanke durch den Stock der Landesväter ausgeprügelt; Adel, Fürsten und die Geistlichkeit aller Bekenntnisse sympathisirten natürlich mit den depossedirten und expropriirten Standesgenossen in Frankreich; zu einer kapitalkräftigen Bourgeoisie und zu einem Industrieproletariat gab es aber höchstens die ersten Ansätze.

Die absolutistische Fürstenschaft Deutschlands ließ sich in ihrer Verblendung zu dem Versuche fortreißen, die Revolution in Frankreich auszustampfen. Sie erlitt ein schmähliches Fiasko, als unter den Klängen der Marseillaise das französische Volk begeistert „gegen die blutige Standarte der Tyrannei" zu Felde zog. Und nun wurde der Spieß umgedreht. Der Vertheidigungskrieg der französischen Republik wurde zum Eroberungskriege des neuen Cäsars, dem die deutschen Fürsten durch ihren Angriff die Stufen zum Throne gebaut. Das „heilige römische Reich deutscher Nation", morsch bis in alle Winkel hinein, ging in Trümmer bei dem Zusammenstoß. Der Eroberer schob seine Grenze bis zum Rhein, ja an der Nordsee bis zur Elbe vor. (Hamburg ward eine französische Stadt.) Um die Reste des Reichsgebiets, so weit Napoleon es nicht zu Dotationen für seine Familienmitglieder verbrauchte, stritten sich die größeren unter den deutschen Fürsten. Die kleineren Fürstenthümer, die Gebiete der Reichsritterschaft, die reichsunmittelbaren Bisthümer und die freien Reichsstädte wurden „säkularisirt", um leistungsfähigere Vasallenstaaten für die Napoleonenmacht zu schaffen. Was da von deutschen Fürsten an speichelleckerischer Katzbuckelei vor Napoleon und seinen Großen geleistet wurde, um einige Gebietsfetzen zu erbetteln, war selbst den napoleonischen Hofschranzen zum Ekel. Die Ländergier drängte so sehr alle anderen Erwägungen in den Hintergrund, daß sogar die Regierung der Großmacht Preußen sich nicht entblödete, aus den Händen Napoleons das Kurfürstenthum Hannover, das damals mit England in Personalunion verbunden war, als Geschenk anzunehmen. Die Freude währte allerdings nicht lange. Als Napoleon Oesterreich überwunden hatte, kehrte er auch gegen Preußen die scharfen Krallen heraus. Es kam zum Krieg. Bei Jena unterlag das preußische Söldnerheer dem französischen Volksheer, und die junkerlichen Generale, die sich in dem Glanze der Siege Friedrichs II. gebrüstet hatten, überlieferten fast ohne Schwertstreich nach einander die wichtigsten Festungen dem Feinde. Der Kommandant von Berlin, General v. Schulenburg, hinterließ bei seiner Flucht aus der Hauptstadt die sprichwörtlich gewordene Proklamation: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht". Der Tilsiter Friede reduzirte Preußen bis auf die Hälfte seiner Einwohnerschaft. Westlich der Elbe blieb ihm kein Stück Landes.

Ebenso erbärmlich wie die Fürsten des neuen „Rheinbundes" benahm sich die deutsche Bureaukratie. Sie verrichtete dem fremden Machthaber genau die nämlichen Schergendienste, die sie dem einheimischen zu leisten gewohnt war. Sie vervollkommnete sich zu diesem Zweck noch nach napoleonischem Vorbilde, indem sie die napoleonische politische Polizei mit ihrem infamen Lockspitzelsystem in Deutschland einführte. Besonders das neugebackene Königreich Westfalen, mit dessen Regierung sich Napoleon's Bruder Jerome amüsirte — „Morgen wieder Inschtik" war sein Wahlspruch —, bildete sich zur Hochschule des Spitzelsystems für Deutschland aus. Mit dieser Beigabe erkaufte das deutsche Volk schwer die wirthschaftlichen Vortheile, die ihm zweifellos die Beseitigung feudaler Lasten und winkelstaatlicher Zollschranken einbrachte.

Dem preußischen Staat gab die Schmach von Jena einen heilsamen Ruck. Der zaghafte König Friedrich Wilhelm III. wurde aus seiner gewohnten Umgebung verlogener Höflinge, vertrockneter Bureaukraten und verknöcherter Gamaschenknöpfe vom Schlage der Haugwitz, Beyme und Köckeritz und anderer Leute nach seinem Herzen herausgerissen und sah sich genöthigt, wenigstens vorübergehend, die Leitung der Geschäfte Männern anzuvertrauen, denen das Wohl des Volkes über Hof, Junkerthum und Bureaukratie ging. Stein, Scharnhorst, Wilh. v. Humboldt, Schön, später, nachdem Stein auf Napoleon's Gebot wieder entlassen war, der geschmeidigere Hardenberg machten sich an die Regeneration des Staates. Im Heer wurde die allgemeine Wehrpflicht und ein Ausbildungssystem eingeführt, das praktisch auf die einjährige Dienstzeit hinauskam. Nicht so rasch ging es mit der Einführung von Selbstverwaltungseinrichtungen in den Gemeinden. Die ursprünglich sehr liberalen Entwürfe verkümmerten mehr und mehr unter dem Einfluß der „Bürokisten", wie Stein verächtlich die eingefleischten Bureaukraten nannte. Schlimmer erging's noch der Reform der Bauernbefreiung, am schlimmsten aber dem Versprechen, eine Volksvertretung einzuführen, trotzdem König Friedrich Wilhelm III. daran sein Königswort setzte, an dem man bekanntlich nicht drehen und deuteln soll. Beiden Reformen gereichte es zum Schaden, daß Hof und Bureaukratie so bald durch das Volk aus der Patsche gezogen wurden.

Der verunglückte Zug Napoleons nach Moskau brachte den Stein ins Rollen, der das Gebäude des Welteroberers zerschmettern sollte. Während Friedrich Wilhelm III. vier Jahre vorher, als

Und welche Unterstützung wird England in diesem Kampfe bei den übrigen europäischen Mächten oder bei der nordamerikanischen Union finden? Wahrscheinlich gar keine. Seine eifersüchtige Handelspolitik, die sich mit nervöser Aengstlichkeit auch das kleinste Stückchen Absatzgebiet zu sichern sucht, hat England mehr und mehr politisch isolirt, und die neuerdings unter Chamberlain's Aegide aufschießende Greater Britain-Bewegung, die auf nichts Anderes hinausläuft, als Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten die Konkurrenz auf den englischen Kolonialmärkten zu erschweren, wird diese politische Lage Englands schwerlich bessern.

Die Erkenntniß, daß Rußland, je länger der unvermeidliche Entscheidungskampf in Ostasien hinausgeschoben wird, je mehr Vorsprung gewinnt, bricht sich denn auch in England selbst immer weiter Bahn, wie die in letzter Zeit immer wieder in der englischen Presse erhobenen Forderungen nach einem energischen Vorgehen gegen Rußland beweisen. Und auch das englische Kabinet entzieht sich dieser Erkenntniß nicht ganz. Mag auch ein gutes Theil der von der Regierung am 15. d. M. im Unterhaus abgegebenen Erklärungen über ihre Politik in Zentralasien auf taktische Gründe zurückzuführen sein, so spricht sich doch in dem ganzen Verhalten Englands gegen die russischen Konspirationen in Kabul die feste Absicht aus, an der Nordgrenze seiner indischen Besitzungen Rußland nicht eine gleiche Stellung erringen zu lassen, wie es in Nordchina gewonnen hat.

1848.

Erinnerungstage der Revolution.

26. Februar.

Die provisorische Regierung in Paris erläßt ein Manifest, in dem es heißt:

„Das Königthum, unter welcher Form es auch auftreten mag, ist abgeschafft. Kein Legitimismus, kein Bonapartismus, keine Regentschaft mehr! Die provisorische Regierung hat alle erforderlichen Maßregeln getroffen, um die Wiederkehr der alten oder die Ankunft einer neuen Dynastie unmöglich zu machen."

Ferner wird, gemäß der Anerkennung des Rechts auf Arbeit, das folgende Dekret veröffentlicht:

„Im Namen des französischen Volks! Die provisorische Regierung der Republik verordnet die unverzügliche Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Befehls beauftragt."

Die 48er Revolution war ja zum guten Theil mitverschuldet durch die Handelskrisen und die schlechten Ernten der vorhergehenden Jahre. Noth, Elend und Arbeitslosigkeit waren groß. Die Nationalwerkstätten sollten nun eine Art von „Nothstandsarbeiten" bieten. Die Erfüllung sozialistischer Wünsche brachten sie aber nicht. Es war mehr eine Erweiterung des Armen-Unterstützungswesens, nützte wenig, schwächte aber stark die finanziellen Kräfte des sowieso schon halb bankrotten Staates.

Im Laufe des Tages setzte Blanc bei der Regierung durch, daß die rothe Rosette als National-Abzeichen erklärt wurde. Ferner wurde die Todesstrafe abgeschafft, womit man zeigte, daß die 48er Republik nicht die blutigen Bahnen der großen französischen Revolution von 1789 zu wandeln gesonnen sei. Abends wurde noch beschlossen, Louis Philipp die Mittel zur Flucht zu bewilligen. Man wollte weder ihn noch seine Rathgeber zur Rechenschaft ziehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 25. Februar.

Aus dem Reichstage. Die konstante Beschlußunfähigkeit hat heute den Anlaß gegeben, die Verhandlungen wiederholt abzubrechen. Der Entwurf über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter ist in der Kommission nach dem Wunsche der Regierung ganz nach dem Rezept gemodelt worden: „Wasche mir den Pelz, mache mir ihn aber nicht naß". Es dürften wohl Jahre vergehen, ehe einmal der Fall einträte, daß nach diesem Gesetz ein nachträglich freigesprochener Verurtheilter eine Entschädigung erhielte. Da bleibt besser die Wunde noch offen und damit die Möglichkeit gegeben, daß unter dem Drucke der öffentlichen Meinung die Regierung sich doch noch eines besseren besinnt und jenen Anträgen zustimmt, welche bezwecken, dem Entwurfe den Charakter des bekannten Messers ohne Klinge und Heft zu nehmen. Da eine Aussicht, Verbesserungsanträge durchzusetzen, nicht vorhanden war, bezweifelte deshalb Genosse Singer die Beschlußfähigkeit des Hauses, ein Zweifel, dem das Präsidium beitreten mußte. — Die hierauf auf eine halbe Stunde später angesetzte Sitzung mit den Anträgen Rintelen und Lenzmann auf Abänderung der Strafprozeß-Ordnung als Tagesordnung erreichte das gleiche Schicksal wie ihre Vorgängerin. Herr Rintelen, der um jeden Preis die Berufung durchsetzen will, hat einen entsprechenden Antrag eingebracht und dabei auf die Bestimmung verzichtet, daß die Gerichte mit fünf Richtern besetzt sein sollen. Dieser Antrag ist aber in der vorigen Session schon von der Mehrheit abgelehnt worden und es war deshalb von dem Herrn Rintelen recht überflüssig, der Mehrheit zuzumuthen, sich selbst zu desavouiren. Der Abg. Spahn schenkte in dieser Beziehung auch seinem Fraktionsgenossen ganz reinen Wein ein. Auch diese Verhandlungen kamen zum vorzeitigen Abschluß, da dieses Mal der konservative Dr. v. Buchka Zweifel an der Beschlußfähigkeit äußerte.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Etat der Reichs-Eisenbahnen. —

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte heute die Berathung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltung fort. Beim Titel „Minister" wurde von fast allen Seiten eine größere Förderung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens angeregt, das, obgleich in diesem Jahre schon größere Mittel als früher dafür eingestellt sind, doch noch weit hinter dem Unterrichtswesen anderer deutscher Staaten zurücksteht. Seitens des Zentrums und der Konservativen wurden zur Hebung des Handwerks die alten mittelalterlichen Forderungen nach Zwangsinnungen und Einführung des Befähigungsnachweises wiederholt unter besonderem Hinweis darauf, daß die Handwerker, wenn ihnen nicht bald geholfen würde, in die Reihen der Sozialdemokraten getrieben würden. Der Minister wies den Handwerkerstand darauf hin, sich zu organisiren und dann den Kredit der Zentralgenossenschaften in Anspruch zu nehmen.

Im Anschluß an den Titel „Kommissar bei der Berliner Börse" entspann sich, wie zu erwarten, eine fröhliche Börsendebatte, in welcher jedoch kaum etwas neues vorgebracht wurde. Im allgemeinen hat es den Anschein, als ob die Agrarier mit der jetzigen Preisnotirung doch nicht so zufrieden sind, wie sie immer behaupten. Erwähnenswerth ist, daß Graf Schwerin-Löwitz für den Fall, daß das Ober-Verwaltungsgericht zu gunsten der Freipalast-Versammlung entscheiden sollte, eine Novelle zum Börsengesetz verlangte, und daß der Minister Brefeld auf Anregung des Abg. Gothein zugeben mußte, daß nach den Berichten der Börsenkommission falsche Notirungen an den Börsen nicht vorgekommen sind.

Morgen: Zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Genossenschaftskasse. Interpellation v. Brockhausen (k.) betreffend Besteuerung der Waarenhäuser. —

Vor eigener Thür kehren! Einige besonders deutschchauvinistische Blätter benutzen den Zola-Prozeß zur Verherrlichung deutscher Einrichtungen, besonders zur Herabsetzung der republikanischen Staatsform. Wir haben unsere Meinung über die Korruption in Frankreich und ihre Ursachen genügend ausgesprochen. Aber der lächerlichen Ruhmredigkeit unserer patentirten „Patrioten" möchten wir eine sehr treffende Auslassung der doch gewiß nicht im Geruche der „Vaterlandslosigkeit" stehenden „Preußischen Jahrbücher" zu Gemüthe führen. Der bekannte Herausgeber dieser Zeitschrift sagt:

„Was an moralischer Widerwärtigkeit bei dem Dreyfus-Zola-Handel zu tage gekommen ist, ist gewiß schlimm, aber nicht schlimmer, als was die Spionageprozesse vor dem Reichsgericht aus der deutschen Armeeverwaltung oder der Lützow-Tausch-Prozeß aus der preußischen Polizeiverwaltung enthüllt haben." —

Die parlamentarische Verwirrung in Oesterreich hat bald wieder den Höhepunkt erreicht, wie in den letzten Tagen des badenischen Regiments. Der böhmische Landtag, in dem nun die Hauptkämpfe zwischen den Jungczechen und den Deutschnationalen verschiedener Schattirungen ausgefochten werden, hat sich bisher als völlig arbeitsunfähig erwiesen, und nun kommt es noch zum völligen Bruche zwischen den vorläufig unversöhnlichen Gegnern. In der Loyalitäts-Adresse an den Kaiser zu dessen 50jährigem Regierungsjubiläum, wobei sich die Bourgeois beider Zungen in Betheuerungen der Treue zu überbieten suchten, wollten die Czechen ihre staatsrechtlichen Grundsätze und nationalen Forderungen betont wissen. Die Deutschen, die in der Minorität sind, wollen dies nicht zugeben und beabsichtigen, am Sonnabend den Landtag zu verlassen und den Czechen zum mindesten für diese Session das Feld gänzlich zu räumen. Den gleichen verfluchten gescheidten Gedanken hatten sie auch im Reichsrathe, doch wurden sie durch unsere Fraktion, die im Landtage nicht vertreten ist, daran verhindert und haben so erst Badeni's Sturz herbeiführen helfen.

Die Vorgänge im böhmischen Landtage sind von so großer Wichtigkeit, weil sie ein Zeichen für schwere Kämpfe im Reichsrathe sind. In der zweiten Märzwoche soll das österreichische Parlament zusammentreten. Große und dringende Aufgaben, der Etat, der Ausgleich mit Ungarn und noch vieles andere von höchster Dringlichkeit soll rasch erledigt werden. Wenn das Parlament sich wieder als arbeitsunwillig erweist, so leistet es nur den Absolutisten Vorschub. Wagt der unverhüllte Absolutismus nicht sofort das Haupt zu erheben, so werden Neuwahlen ausgeschrieben werden. Doch auch diese bieten keine Aussicht auf große Besserung. Die nationale Verwirrung und Verbissenheit in Oesterreich ist so groß, daß von Neuwahlen nur die nationalen Exaltados gewinnen dürften. —

Die französische Volksvertretung hat sich, wie wir im Depeschentheil schon gestern mittheilten, mit den Vorgängen des Zola-Prozesses einverstanden erklärt. Die Repräsentanten des Staatsbürgerthums haben sich freiwillig vor dem Säbel der Generale gebeugt. Mag der Prozeß Zola geführt worden sein unter zahllosen und schlimmsten Rechtsverletzungen, mag er in jedem ruhig Urtheilenden die Ueberzeugung gesichert haben, daß die Kriegsgerichte gegen Dreyfus und Esterhazy schweres Unrecht gethan, — breite Massen des französischen Volkes wollen nichts davon wissen, daß die Armee, der letzte Hort innerhalb der Korruption des Kapitalismus der Inbegriff aller nationalen Hoffnungen, befleckt und faul bis ins Mark sein solle. Mag dies auch wirklich richtig sein, es soll nicht richtig sein, man will nichts davon wissen, nieder mit jedem, der solches behauptet. Und die Volksvertretung steht vor den Neuwahlen. Da will sie es nicht verderben mit den erbitterten Wählern, der Masse, der alle Ideale aus dem öffentlichen Leben entschwinden, die ihr letztes Ideal sich nehmen lassen will.

So allein läßt sich die Zustimmung einer sehr großen Majorität der Kammer zu den Erklärungen Meline's verstehen, zu der Beschönigung der Thaten des Generalstabes, zu den Plänen, die Schützer des Rechts mit allen Mitteln niederzuwerfen. An die „nationale Ehre" appellirt der Ministerpräsident. Unsere Offiziere, so rief er aus, denken nicht an solche Dinge, wie man sie ihnen vorwirft, „unsere Offiziere werden von ganz anderen Träumen angestachelt." Und die Kammer beschloß, diese Rede Meline's in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich anschlagen zu lassen.

Der Militarismus feiert Orgien. Die Militärgewalt überragt alle andere Gewalten des kapitalistischen Staatswesens. Nur die klassenbewußte Arbeiterpartei, die Gegnerin des Kapitalismus, erhält sich frei vom Banne der chauvinistischen Phraseologie, von der Verherrlichung der militärischen Diktatur. Nur bei ihr findet Recht und Freiheit noch eine Stätte. —

Afrika-Fragen. Im englischen Unterhause kamen am Donnerstag eine ganze Reihe von Fragen der auswärtigen und kolonialen Politik zur Besprechung. Neben der chinesischen Frage wurden besonders die westafrikanischen Dinge und auch der Vertrag mit Abessynien besprochen.

Oesterreich einen energischen vom Volke unterstützten Widerstand versucht hatte, sich zaghaft zurückhielt und den Major v. Schill, der auf eigene Hand gegen Napoleon zu Felde zog, in Stich ließ, wurde er jetzt sehr gegen seinen Willen durch York u. a. hineingerissen in den Krieg. In Preußen, aber auch in anderen Theilen Deutschlands unterstützte eine richtige Volkserhebung die Operationen der gegen Napoleon verbündeten Heere. In den Feldzügen des Jahres 1813 aus Deutschland vertrieben, 1814 auch in Frankreich besiegt und zur Abdankung gezwungen, bemächtigte der aus Elba aus der Verbannung heimgekehrte Imperator 1815 sich noch einmal der Regierung Frankreichs, führte seine Heere gegen das verbündete Europa, wurde aber am 18. Juni 1815 endgiltig bei Waterloo durch die verbündeten Preußen und Engländer besiegt. Während jener „100 Tage", als die Angst vor dem gefährlichen Korsen den europäischen Fürsten wieder an die Kehle stieg, erließ Friedrich Wilhelm III. jene feierliche Zusicherung, eine Verfassung mit Volksvertretung in Preußen einzuführen. Er hat dann noch 25 Jahre regiert, aber niemals die passende Gelegenheit entdecken können, um sein Wort einzulösen.

Der Wiener Kongreß sollte das aus den Fugen gegangene Europa wieder einrenken. Er beschäftigte sich aber eigentlich nur mit einer Fortsetzung der später unter Napoleon's Oberleitung betriebenen Verschacherung deutscher und italienischer Länder und „Unterthanen" an landbedürftige Fürsten. Die heutige Begrenzung der deutschen Einzelstaaten entstammt in der Hauptsache jener Kette von Schachergeschäften. Auf den Wunsch des deutschen Volkes wurde dabei ebenso wenig Rücksicht genommen, wie auf den des italienischen. An die Stelle des Rheinbund-Protektors Napoleon war als oberster Schutzherr für den Deutschen Bund der russische Zar Alexander I. getreten, der, von allerhand mystischen Träumen getrieben, mit seinen Bundesbrüdern Franz von Oesterreich und Friedrich Wilhelm III. von Preußen die „heilige Allianz", einen gegen jedweden „Umsturz" gerichteten Dreibund gründete.

Sobald den deutschen Fürsten durch die Deportation Napoleons nach der Insel St. Helena im Atlantischen Ozean die Angst vor dem äußern Feind genommen war, machten sie sich flugs ans Werk, ihren Unterthanen es zum Bewußtsein zu bringen, daß sie an persönlicher Freiheit nichts gewonnen hatten. In Preußen wurde die Bauernbefreiung zu gunsten der Junker verballhornt. Nur die größeren spannfähigen Bauerngüter wurden den Bauern als Eigenthum unter der Ablösung der Grundlasten sicher gestellt. Die kleineren Bauernhöfe wurden den gutsherrlichen Junkern preisgegeben, in der ausgesprochenen Absicht, ihnen ein zur kapitalistischen Bewirthschaftung der eigenen früher schon zusammengeplünderten Güter erforderliches Landproletariat zu verschaffen. Die wirthschaftlichen Zustände Ostelbiens haben in jener Zeit durch die sogenannte „Bauernbefreiung" ihr letztes Gepräge erhalten: der größte Theil der Ländereien in den Händen junkerlicher Großgrundbesitzer, deren Latifundien von einzelnen Renommirbauern durchsetzt sind; von beiden Ausbeutergruppen geknechtet ein verkümmertes Landproletariat, das durch die Gesinde-Ordnung in Gehorsam gehalten wird.

Friedrich Wilhelm III. entzog sich, sobald es ging, dem lästigen Einfluß der freiheitlich gesinnten Staatsmänner. Stein kam überhaupt nie wieder ins Amt. Friedrich Wilhelm III., wie alle kleinlichen und schwächlichen Charaktere, war eifersüchtig auf Männer, die ihn überschatteten. Seine ganze Gunst wandte er dem Fürsten Wittgenstein zu, der in der Stellung eines Geh. Staats- und Polizeiministers, später als Hausminister, bis ans Ende von Friedrich Wilhelm's Regierungszeit den entscheidenden Einfluß in Preußen ausübte. Stein entwirft von diesem „Staatsmann" folgendes Charakterbild:

„Fürst Wittgenstein besaß alle Eigenschaften, um ohne Kenntnisse, innern Gehalt und Tüchtigkeit sich eine vortheilhafte Stellung im Leben zu verschaffen; schlau, kalt berechnend, beharrlich, bis zur Kriecherei biegsam; auf ihn paßte die Maxime: qu'un vrai courtisan doit être sans honneur et sans humeur (daß ein wahrer Höfling ohne Ehre und ohne Laune sein muß); er strebte nach Geld und nach geheimem Garderobeneinfluß."

Nach dem Muster dieses Hintertreppenpolitikers waren die Vertrauten des Königs zugeschnitten, dem eine Volkserhebung die Krone gerettet hatte. Sofort nach Beendigung der sogenannten Freiheitskriege begann die Reaktion der Bureaukratie gegen die Männer, denen die Erweckung des Volksgeistes zu danken war. Sie fielen sammt und sonders den tückischen Machenschaften des herrschenden Hof-, Junker- und Bureaukratenklüngels um so leichter zum Opfer, da sie nicht von einer mächtigen Volksbewegung getragen wurden.

Den Anfang machte man nach altbewährtem Muster mit der Unterdrückung der oppositionellen Presse. In jenem Kindesalter des deutschen Zeitungswesens übte den mächtigsten Einfluß auf die öffentliche Meinung der „Rheinische Merkur" aus, in dem Josef Görres, ehemals kein glühender Bewunderer der französischen Revolution, dann während der napoleonischen Eroberungskriege zum Franzosenfeind geworden, die Volkserhebung gegen Napoleon geschürt hatte. Als nach dem Frieden die Fürsten und Bureaukraten dem Volke die versprochenen Rechte vorenthielten, kehrte er gegen sie seine markigen Angriffe. Dann wurde, als Görres besonders heftig gegen die russischen Einflüsse am preußischen Hofe zu Felde zog, am 10. Januar 1816 — nur ein halbes Jahr nach der Erreitung der deutschen Fürsten durch die Volkserhebung, das wortführende Blatt kurzerhand auf Befehl Friedrich Wilhelm III. unterdrückt.

Zu einer allgemeinen Verfolgung der Demagogen, wie die Freiheitsfreunde damals von den Polizeiskribenten betitelt wurden, fehlte noch der äußere Anlaß. Auch der wurde bald durch die wachsende Erbitterung hervorgerufen.

Die elenden wirthschaftlichen und politischen Zustände Deutschlands hatten, wie vorhin schon ausgeführt wurde, das deutsche Volk zurückgehalten auf der Stufe kleinbürgerlicher Entwickelung. Die Träger der Freiheits- und Einheitsbestrebungen waren Ideologen, meist Professoren und Studenten. Romantische Deutschthümelei mischte sich in ihren Köpfen mit revolutionärem Republikanismus. Sie schwelgten in Träumen von deutscher Einheit und Freiheit, der sie bei Festlichkeiten flammenden Ausdruck gaben; andere suchten auch in Verschwörungen gegen die Reaktion ihr Heil. Der idealste Vertreter dieser Richtung war der jenenser Professor Karl Follen. Auf dem Wartburgfest der studentischen Burschenschaften am 18. Oktober 1817 fand diese Stimmung ihren Ausdruck in Reden und in der symbolischen Verbrennung der reaktionären Schriften der Kamptz- und Schmalzgesellen, wie die Reaktionäre nach zwei Hauptvertretern genannt wurden. Bei diesem Fest war auch der schwärmerische Student Sand anwesend. Er faßte den Entschluß, durch eine „That" mit der „Befreiung von den Tyrannen" den Anfang zu machen. Zu den Leuten, die sich den Haß der Freigesinnten zugezogen hatten, gehörte auch der Staatsrath Kotzebue, der der russischen Regierung Spitzeldienste leistete. Sand suchte ihn am 23. März 1819 in Mannheim auf und erdolchte ihn, worauf er sich selbst das Leben nahm.

Nunmehr hatte die Reaktion ihr „Attentat". Sie deutete es auf eine so raffinirte Weise aus, daß spätere Staatsreiter daran stets ihr Beispiel gefunden haben. Auf grund einer Minister-Zusammenkunft in Karlsbad wurden dem Bundestage in Frankfurt Beschlüsse vorgelegt, die er mit einer für diese schwerfällige Körperschaft ungewöhnlichen Schnelligkeit annahm. Eine „Zentral-Untersuchungskommission" in Mainz übernahm die Funktionen einer oberen politischen Polizeibehörde für ganz Deutschland. Die „Demagogenriecher" gingen an die Arbeit. Die Napoleonische Schule bewährte sich an ihnen. Sie legten auf alles die Hand, was nur entfernt im Verdacht regierungsunfreundlicher Grundsätze stand. Auch Görres wurde jetzt persönlich ein Opfer der Demagogenhetze. Er hatte in einer Schrift „Deutschland und die Revolution" seiner Empörung über das Treiben der Bureaukratie Luft gemacht. Das Buch wurde beschlagnahmt, der Verfasser sollte nach Spandau abgeführt werden, entkam aber nach Straßburg und ging von da nach der Schweiz. In späteren Lebensjahren ist er dann ein Vorkämpfer des Ultramontanismus geworden. Eine blutige Ironie der Geschichte ist es, daß sogar solche ergmonarchistischen Patrioten, wie der Turnvater Jahn und der Sänger des „deutschen Vaterlandes", Ernst Moritz Arndt, den Staatsrettern zum Opfer fielen. Bei der Durchschnüffelung von Arndt's Schriften entdeckte man eine Bemerkung: „Ein paar Exekutionen und alles ist vorüber." Das war offenbar Hochverrath, Anleitung zum Königsmord!!! Leider stellte es sich heraus, daß die Bemerkung die Kopie einer von Friedrich Wilhelm III. gemachten Randbemerkung zu einer Eingabe wegen Erregung eines Aufstandes gegen Napoleon war. Jahn und Arndt mußten zwar später freigelassen werden, weil man ihnen keinen Hochverrath beweisen konnte, aber Dutzende von jugendlichen Schwärmern, die häufig nichts weiter verbrochen, als daß sie als Burschenschaftler die „deutschen Farben" schwarz-roth-gold getragen hatten, wurden auf Jahre, oft Jahrzehnte hinaus in Festungen und Gefängnissen eingesperrt. Die Demagogenverfolgungen hatten ihren Zweck erreicht: In Deutschland herrschte einmal wieder die Ruhe eines Kirchhofs.

G. L.

In Westafrika handelt es sich bekanntlich um Grenzschwierigkeiten Englands gegenüber dem dortigen französischen und deutschen Kolonialbesitz. Chamberlain forderte die Schaffung einer Polizeigrenztruppe für Westafrika, da England seinen Besitz in das Innere des Landes ausdehnen müsse. Es hätten sich Schwierigkeiten zwischen England und Frankreich ergeben wegen der Grenzfrage westlich vom Niger. Der Staatssekretär für die Kolonien führte dann weiter aus:

Bis auf die jüngste Zeit habe man sich keine besondere Mühe gegeben, von den Küstenkolonien Westafrika's aus mit dem Innern Afrika's Handel zu pflegen. Erst vor einigen wenigen Jahren hätte das Beispiel anderer Länder ihm die Frage vorgelegt, in den britischen Kolonien selbst die Kontrolle des gesammten Handels mit dem Innern zu erlangen. Die Politik Englands habe darin bestanden, Einflußsphären zu erhalten, über die sich der Handel allmälig ausbreiten könnte. Andere Länder hätten aber durch militärische Expeditionen Eingriffe in die britischen Einflußsphären gemacht. Die Folge davon sei es gewesen, das Sierra Leone und Gambia von der Verbindung mit dem Innern abgeschlossen seien. Wenn das so weitergehe, würden Lagos und die Goldküste auf dieselbe Weise strangulirt werden. England sei hierdurch gezwungen, schneller vorzugehen, als dies sonst der Fall gewesen wäre, wenn man es zufrieden gelassen hätte. England sei gezwungen, eine Grenztruppe aufzustellen, um seine Erwerbungen festzuhalten. Das Kabinet sei in dieser Frage einig und habe das Land hinter sich. Es sei wünschenswerth, gegenüber Frankreich eine versöhnliche Haltung einzunehmen, andererseits dürfe aber auch kein Eingriff in die schwerwiegenden Interessen Englands gestattet werden. Er habe Grund zu der Hoffnung, daß die zur Zeit schwebenden Verhandlungen mit der französischen Regierung zu einem freundschaftlichen und zufriedenstellenden Abkommen führen werden.

Labouchere und Dillon erhoben Einspruch gegen die Maßnahmen der Regierung in Westafrika, der Labouchere'sche Antrag, die geforderte Summe für die Polizeitruppe nicht zu gewähren, wurde jedoch mit 134 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Darauf wendete sich die Debatte zu dem Verhältniß zwischen England und Deutschland in Westafrika. Auf eine Anfrage General Russel's erwiderte Chamberlain folgendes:

Er vermuthe, daß die Anfrage das Gebiet im Hinterland der Goldküste betreffe, bezüglich dessen die deutsche und die britische Regierung im Jahre 1888 übereingekommen sind, es als neutrales Gebiet anzusehen, innerhalb welches sie sich verpflichten, von allen Versuchen, Protektorate oder exklusiven Einfluß zu erwerben, abzustehen. Chamberlain giebt sodann nach den Berichten der englischen Agenten eine Darstellung der seit Juli vorigen Jahres in dem erwähnten Gebiete vorgekommenen Ereignisse und erklärt schließlich, die deutsche Regierung hat uns versichert, sie habe Befehle für den Rückzug etwaiger in der neutralen Zone befindlicher deutscher Truppen gegeben; unter diesen Umständen hat auch die britische Regierung sich anheischig gemacht, den Rückzug der britischen Truppen in das britische Gebiet anzuordnen, mit dem Vorbehalt, daß jede Verletzung des Abkommens durch den einen oder den anderen Theil in Zukunft dem anderen das Recht geben soll, seine Truppen in die neutrale Zone zu senden.

Sodann kam der Vertrag mit Abessynien zur Sprache. Dilke beantragte Kürzung des Nachtragskredits für den diplomatischen Dienst um 100 Pfund, um damit gegen den Vertrag zu protestiren. Curzon, der Unterstaatssekretär des Aeußeren, vertheidigt den Vertrag und das Haus verwarf den Dilke'schen Antrag mit 162 gegen 76 Stimmen. —

England und Rußland in Ostasien. Sehr bemerkenswerth waren die Mittheilungen, welche der englische Parlaments-Untersekretär des Aeußeren Curzon im Unterhaus am Donnerstag über eine Zusage der russischen Regierung hinsichtlich der freien, offenen Häfen in China gemacht hat. Curzon führte aus:

Graf Murawiew habe in dieser Note sein großes Erstaunen über die Unruhe in England, sowohl in der Presse wie in den amtlichen Kreisen, über die letzten Ereignisse in China ausgedrückt, wo die englischen und russischen Interessen doch nicht ernstlich in Widerstreit kommen könnten. Verschiedene englische Staatsmänner hätten es als vollkommen natürlich anerkannt, daß Rußland an den Nordküsten des Stillen Ozeans ein Ausfallsthor für seinen Handel haben müsse. Jeder derartige Hafen solle für die Schiffe aller großen Mächte offen sein, wie auch andere Häfen an dem chinesischen Festlande es seien, ein solcher Hafen würde offen sein dem Handel der ganzen Welt, und England, dessen Handelsinteressen in diesen Gegenden so bedeutend seien, werde an dem daraus erwachsenden Vortheile theilnehmen. —

* * *

Deutsches Reich.

— Die Mittheilungen, die wir von einem Mitglied der Budgetkommission über den Verlauf der Donnerstag-Sitzung veröffentlichten, haben die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Berliner Neuesten Nachrichten" stark verschnupft; sie sind sehr geärgert darüber, daß die massenhafte Heranschleppung von Karten und Dienstvorschriften — unter letzteren ein Buch von mehreren Hundert gedruckten Seiten, dessen Studium allein Tage erfordert hätte — unseren Genossen in der Kommission nicht imponirte. Aehnlich scheint es nach der „Freisinnigen Zeitung" den Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei gegangen zu sein.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" meinen freilich, in der Kommission habe man den Eindruck gehabt, „daß die Vertreter der Opposition, Eugen Richter und August Bebel, dem überwältigenden Material von politischen, militärischen und technischen Thatsachen nichts entgegen zu stellen vermochten". Köstlich ist auch das Geständniß, daß man mehrfach versucht habe, die Herren zum Sprechen zu bringen, aber vergeblich. Und da glaubt man wohl, das hätten die beiden nicht auch bemerkt; sie thaten eben den Auguren in der Kommission nicht den Gefallen, sich in das verabredete Frage- und Antwortspiel einzumischen, sondern ließen die Herren untereinander reden und notirten sich, was ihnen des Notirens werth erschien, um es bei passender Gelegenheit zu verwerthen. Man muß zu den politischen Kindern gehören, um mit dem, was in der Kommission sich abspielte, sich imponiren zu lassen. Sahen wir doch mehr als einen der Auguren lachen, als die Marine-Offiziere im Schweiße ihres Angesichts sich abmühten, das Material auszukramen, während Reinecke Lieber die Fragen stellte, die Minister Tirpitz gehorsam beantwortete.

— Die Kritik der Zustände in den Kohlengruben, die von der Arbeiterpresse gelegentlich der schrecklichen Tragödie bei Bochum geübt wurde, konnte selbstverständlich nicht unberührt lassen die offenbare Theilnahmlosigkeit der Zechenbesitzer gegenüber ihrer sozialen und gesetzlichen Verpflichtung: für wirklich ausreichende sichere Betriebseinrichtung zu sorgen. Daß nicht ausreichend für den Schutz der Bergleute gesorgt ist, bedarf nicht des geringsten Beweises mehr, nachdem der Minister Breseld im Abgeordnetenhause seine Rede gehalten hat, die, was ihre thatsächlichen Angaben betreffen, im wesentlichen das bestätigt, was das Organ der Bergarbeiter, die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung", nicht nur jetzt, sondern von jeher über die Ursachen der Grubenunglücke gesagt hat. Würden sich die Grubenbesitzer um das Wohl und Wehe ihrer Bergleute wirklich so kümmern, wie sie sollten, so hätten sie, mittelst ihres so einflußreichen Syndikats, es längst sehr leicht gehabt, gleichmäßig in allen Bezirken die Grubeneinrichtungen derart zu verbessern, daß wenigstens Massenkatastrophen nach menschlicher Berechnung ausgeschlossen erscheinen könnten. Von einer derartigen Thätigkeit des Syndikats hat man aber nie etwas gehört. Produktions-Einschränkung und Vermehrung und Preissteigerung, das ist das A und O der Unterhaltung auf den Syndikatsversammlungen. Um die Arbeiter kümmert man sich nicht. Eben so wenig die anderen Organisationen der Grubenbesitzer, wie sich das bei der Lohnbewegung im vorigen Jahre gezeigt hat, wo die westfälischen Bergleute von Pontius zu Pilatus geschickt wurden und überall mit ihren Kollektivforderungen abgewiesen wurden. Das treibende Element aller dieser Sünden des Grubenbesitzerthums — das sich unseres Wissens fast durchweg aus Mitgliedern von Aktiengesellschaften zusammensetzt — ist selbstverständlich kein anderes als die Selbstsucht, der Profithunger. Wäre dem nicht so, dann hätten die Grubenbesitzer sich längst in ein freundlicheres Verhältniß zu ihren Knappen begeben, dann würden sie auch nicht über Mangel an einheimischen Arbeitern zu klagen haben. Die Blätter, die der Stumm'schen Clique dienen, treiben thatsächlich nur die elendeste Heuchelei, wenn sie — wie z. B. die „Berliner Neuesten Nachrichten" — die Anklagen, die der „Vorwärts" gegen die Grubenbesitzer erhob, als „gewissenlose Hetzerei" bezeichnen. Diese Anklagen werden, wie diese Blätter sehr genau wissen, seit Jahren von den Bergleuten selbst erhoben, die die Grundsätze, nach welchen das Unternehmerthum den Bergbau betreibt, jedenfalls am besten beurtheilen können, denn sie spüren die Wirkung dieser Grundsätze ja tagtäglich an ihren eigenen Leibern. Die Verhandlung im preußischen Abgeordnetenhause hat denn auch gezeigt, daß selbst dieses Unternehmer-Parlament anfängt, den Bergleuten und der Arbeiterpresse mehr zu glauben als den Zechenbesitzern und ihren Vertheidigern. Es ist nur ein magerer Trost für diese Presse, daß das Abgeordnetenhaus sich noch nicht dazu aufschwingen konnte, der Arbeiterpresse direkt dafür zu danken, daß sie die Sünden des Zechenbesitzerthums an den Tag gebracht hat.

— Eine neue Bergpolizei-Verordnung ist, wie das „Rhein. Westf. Tagebl." mittheilt, für den Oberbergamts-Bezirk Dortmund erlassen worden. Danach sollen sämmtliche Oerter, Ueberhaue 2c. in den Gruben mit mechanischen Ventilations-Vorrichtungen versehen werden. Ueber die jetzt bestehenden Einrichtungen der Luftzufuhr in den Gruben und Beseitigung der schädlichen Wetteransammlungen soll ungesäumt Bericht erstattet werden. Zu dieser Mittheilung bemerkt die „Rhein.-Westf. Bergarbeiter-Zeitung":

„An Verordnungen fehlt also nicht. Indeß sind, wie Figura zeigt, noch nicht einmal die bislang bestehenden befolgt worden. Mehr Kontrolle, Ihr Herren vom Ober-Bergamt, thut noth. Mehr Kontrolle! Wird Euch die Arbeit zu viel, die Bergleute brennen darauf, Euch zu entlasten!"

— Ueber die geplante Aenderung der Sonntagsruhe-Bestimmungen verrathen heute die „Berl. Polit. Nachr." vorläufig das folgende:

„Es ist zweifellos, daß durch die von den Verwaltungsbehörden der einzelnen Bundesstaaten verschieden gehandhabte Gestattung der Ausnahmen von der Sonntagsruhe für manche Gewerbszweige insofern Unzuträglichkeiten hervorgerufen worden sind, als den Betrieben in einem Bundesstaate weniger Sonn- und Festtage freigegeben werden, als in anderen. Wenn nun von verschiedenen Seiten eine Abstellung dieser Unzuträglichkeiten dadurch herbeizuführen gesucht wird, daß die bisher den höheren Verwaltungsbehörden bei der Gestattung der Ausnahmen von der Sonntagsruhe übertragene Befugniß dem Bundesrathe zugesprochen werden soll, so würde sich ein solches Vorgehen mit den Intentionen der Gesetzgeber in Widerspruch setzen, welche gerade bei den den höheren Verwaltungsbehörden übertragenen Fällen die lokalen Verhältnisse berücksichtigt sehen wollten. Weit eher würde es zu empfehlen sein, daß sich die einzelnen Landesregierungen unter einander zu verständigen und eine möglichste Ausgleichung der Unebenheiten herbeizuführen suchten. Vielleicht wird hierauf auch die von der Regierung beabsichtigte Zusammenstellung der Ausnahmeverordnungen über die Sonntagsruhe hinwirken. Jedenfalls darf gehofft werden, daß die im Laufe der Jahre gemachten Erfahrungen eine größere Ausgleichung der hier in betracht kommenden Ausführungsbestimmungen herbeiführen werden." —

— Der Innungsausschuß der vereinigten Innungen Berlins diskutirte wieder einmal die Frage, ob Zwangs- oder freie Innungen, und entschied sich für die ersteren. Bei der hierauf folgenden Besprechung über die Frage der Errichtung einer Handwerkskammer für Berlin und Umgegend gewann die Ansicht die Oberhand, den maßgebenden behördlichen Stellen für die Mark Brandenburg die Errichtung von zwei Handwerkskammern zu empfehlen und zwar eine Kammer mit dem Sitze in Berlin, das Weichbild Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam umfassend, und sodann eine zweite Kammer mit dem Sitze in Frankfurt a. O., umfassend den Regierungsbezirk gleichen Namens. Eine Beschlußfassung hierüber wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. —

— Ein versteckter Angriff der Konservativen gegen das allgemeine Wahlrecht. Der Greifswalder Professor des Staatsrechts Dr. Störk hielt hier einen Vortrag über das verfassungsmäßige Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, worin er die Einheitlichkeit des Gesetzes und das Vermeiden von Widersprüchen durch Annahme parlamentarischer Abänderungsvorschläge auf die Thätigkeit der aus Praktikern entnommenen vorberathenden Kommissionen zurückführt.

In der „Kreuz-Ztg." bemerkt der ganz reaktionäre Berliner Staatsrechtslehrer Konrad Bornhack dazu:

„Das Beispiel zeigt in glänzender Weise, wie die Thätigkeit des vielfach infolge der Gliederung nach Partei-Interessen unfruchtbaren Parlamentarismus schon jetzt durch die Thätigkeit und Mitwirkung der Berufsstände den allgemein gefürchteten Gefahren entgehen kann. Je mehr diese berufsständische Gliederung des Volkes innerlich erstarkt und rechtliche Gestaltung gewinnt, muß sie schließlich den Parlamentarismus französisch-belgischen Ursprungs sprengen und zu einer dem deutschen Wesen entsprechenden Form der Volksvertretung führen.

Dieses Beispiel beweist uns nicht nur nichts, sondern das gerade Gegentheil von dem, was es beweisen soll. In der außerparlamentarischen Kommission, die Störck so sehr rühmt, saß kein einziger Vertreter des städtischen und ländlichen Proletariats; am stärksten waren dagegen die reichsten Schichten der Bevölkerung vertreten, die große Landwirthschaft, die Großindustrie und der Großhandel, unverhältnißmäßig schwach war der sogenannte Mittelstand und die „liberalen" Berufe vertreten.

Diese „ideale Vertretung" war das Muster einer willkürlichen, die Interessen und die Schichtung des Volkskörpers nicht zum Ausdruck bringenden Vertretung. Sie mag Herrn Professor Bornhack in der „Kreuz-Zeitung" gefallen, für jeden Politiker, der sich ein einigermaßen ungetrübtes Urtheil zu wahren verstanden hat, ist das heutige System der Volksvertretung im Reichstage trotz seiner zahlreichen Mängel und Schwächen der berufsständischen Gliederung vorzuziehen. —

— Die „Post" schreibt unter dem vielversprechenden Titel „Sozialdemokratie und Gewalt":

„Nachdem Herr Bebel jüngst im Reichstage wiederum versucht hat, seine Partei von der Absicht freizusprechen, daß sie im geeigneten Augenblicke mit Gewalt sich zur Herrschaft zu bringen versuchen würde, ist es lehrreich, zu hören, wie man in den intimen Kreisen der Sozialdemokratie über diesen Punkt denkt. So erhalten wir von einer Persönlichkeit, die mit der Sozialdemokratie Fühlung zu haben scheint, eine Zuschrift, in welcher die bei irgend einer Gelegenheit gethane Aeußerung einer sozialdemokratischen „Vertrauensperson" wiedergegeben wird. Diese „Vertrauensperson" sagte:

„Es läßt sich doch nicht in öffentlichen Versammlungen oder durch die Presse in die Welt posaunen, welcher Zeitpunkt für eine revolutionäre Erhebung ins Auge gefaßt ist. Die Geschichte und besonders die Erfahrung von 1870/71 in Paris lehrt uns, daß eine gewaltsame Erhebung nur dann von Erfolg für die Sozialdemokratie sein kann, wenn wir die Zeit abwarten, bis Deutschland wieder in einen Krieg verwickelt wird, die Armee im Felde steht und in den Garnisonen die alten Mannschaften Dienst versehen. Dann ist unsere Zeit zur Erhebung und Proklamirung der Republik gekommen. Deshalb ist es Pflicht jedes Genossen, gerade immer die älteren Arbeiter, welche Soldat gewesen sind, für unsere Sache zu gewinnen zu suchen, da von ihnen zu erwarten steht, daß sie im Ernstfall eher mit den Arbeitern sympathisiren und zum Waffenstrecken zu bewegen sind."

Für jeden, der die Sozialdemokratie richtig beurtheilt, wird hier ja nichts Neues gesagt. Aber es ist doch beachtenswerth, daß aus den Kreisen der „Genossen" selbst zugestanden wird, daß man den Zeitpunkt zur Proklamirung der Republik herbeiwünscht und daß man darauf rechnet, daß die älteren Soldaten, d. h. die Reserve- und Landwehrmannschaften nach Ausbruch eines Krieges den Gehorsam verweigern und die revolutionären Arbeiter unterstützen."

Also von einem Unbekannten bekommt die „Post" eine Zuschrift. Der große Unbekannte der „Post" „scheint" mit der Sozialdemokratie Fühlung zu haben; seine Behauptung, daß jene famosen Gedanken über Erhebung, Ernstfall, Waffenstrecken von einer sozialdemokratischen „Vertrauensperson" herrühren sollen, nimmt die „Post" ohne weiteres für bare Münze und macht daraus einen besonderen Artikel an auffallender Stelle ihres Blattes.

Aus alledem ergiebt sich nur das eine, daß für die „Post" keine Albernheit zu albern ist, um sie zum Ausdruck ihres blinden Hasses gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. —

— Bestellte Arbeit. Die Flottenkundgebungen von Deutschen aus dem Auslande stellen sich jetzt als bestellte Arbeit heraus. Wie es nämlich gemacht wird, um beweisen zu können, daß die Flottenvorlage auch auf Wunsch der Deutschen im Auslande erfolgt sei, zeigt ein dem Stuttgarter „Beobachter" zur Verfügung gestellter Brief eines Deutschen auf der Westküste Süd-Amerika's. Der Brief ist vom 2. Januar 1898 datirt und enthält u. a. folgenden Abschnitt:

„Vor 8 Tagen wurde 24 Stunden vor Abgang der Europa-Post noch schnell ein Schriftstück in der deutschen Kolonie zur Unterschrift herumgetragen, in welchem die deutsche Regierung ersucht wird, zum Schutz der deutschen Interessen einen Kreuzer als Stationsschiff nach der Westküste Südamerika's zu schicken. Auch wir mußten natürlich mit unterschreiben, im Klub aber lachte man darüber, denn es war kein Geheimniß mehr, daß das Auswärtige Amt in Berlin an die deutschen Vertreter geschrieben hat, möglichst schnell die nöthigen Schritte zu thun, die Deutschen im Auslande zu veranlassen, Bittschriften einzusenden, in denen zum Schutze der deutschen Interessen um Kreuzer gebeten wird; aber möglichst schnell!" —

— Die Berliner Konfektion und die Handelsvertragsverhandlungen mit England. Die Kommission der Berliner Damen- und Kindermäntelfabrikanten zur Wahrung ihrer wirthschaftlichen Interessen hielt am 24. Februar eine Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Ferdinand Manheimer ab, um über den Handelsvertrag mit England zu berathen. Der Vorsitzende legte eine von ihm ausgearbeitete Petition an den Reichstag vor, die einstimmig angenommen wurde. Diese weist auf die Nothwendigkeit der Erhaltung des Meistbegünstigungsrechts für Deutschland in den englischen Kolonien hin, da für die deutsche Industrie und namentlich für die Damenkonfektion die Gefahr droht, durch die von England für sich beanspruchten Begünstigungen gegenüber anderen Wettbewerbern von der Ausfuhr, namentlich nach Kanada ausgeschlossen zu werden. —

— Die Sortiments-Buchhändler von Hamburg-Altona wünschen verschärfte Maßregeln gegen die Waarenhäuser, welche Erzeugnisse des Büchermarktes verkaufen. Sie haben an alle Sortimenter die Aufforderung gerichtet, sich ihnen in der rücksichtslosen Durchführung folgender Maßnahmen anzuschließen:

„Wir unterzeichnete Sortiments-Buchhändler von Hamburg-Altona erklären hiermit, daß wir

1. unsere Thätigkeit für alle Verleger, welche Artikel ihres Verlages nachweislich direkt oder indirekt an Bazare und Waarenhäuser liefern, einstellen, unter Umständen auch die Verbindung mit denselben abbrechen werden;

2. alle Artikel, welche von den betreffenden Verlegern nachweislich direkt oder indirekt an Bazare und Waarenhäuser geliefert werden, aus unseren Lager- und Weihnachtskatalogen streichen werden."

Hamburg, 25. Februar. (Eig. Ber.) Wie schon kurz telegraphisch mitgetheilt, wurde die Senatsverordnung, die die Arbeitszeit für Kinder, die zum Austragen von Milch, Brot und Zeitungen verwendet werden, einschränken wollte, vom hanseatischen Ober-Landesgericht für rechtsungiltig erklärt. Die Verordnung ging dahin, daß Kinder unter 12 Jahren nicht vor 8 Uhr morgens und nicht nach 8 Uhr abends und schulpflichtige Kinder über 12 Jahren nicht vor 7 Uhr morgens und nicht nach 9 Uhr abends in den betreffenden Berufen beschäftigt werden dürfen. Sie stützte sich auf die §§ 120c und 120e der Gewerbe-Ordnung. In Uebereinstimmung mit dem Oberstaatsanwalt, der nur formell Revision eingelegt hatte gegen freisprechende Erkenntnisse der unteren Instanzen, erkannte nun das Oberlandesgericht, daß die Senatsverordnung der gesetzmäßigen Unterlage entbehre. Nach § 120e G.-O. könnten derartige Verordnungen für „Anlagen" vom Bundesrath und den Landes-Zentralbehörden erlassen werden, für Gewerbe aber nur vom Bundesrath. Der § 120e G.-O. macht eben einen Unterschied zwischen Anlage und Gewerbe. Kleine Milch-, Brot- und Zeitungsgeschäfte seien zweifellos aber keine Anlagen im Sinne der Gewerbe-Ordnung, sondern Gewerbebetriebe. —

Weimar. Am vorigen Sonnabend sprach hier der Pfarrer Naumann, aber nicht zu gewöhnlichen Eintrittspreisen war die national-soziale Lehre zugänglich gemacht, sondern erst die Bezahlung einer halben Reichsmark trug dazu bei, die Ausführungen des Herrn Pfarrers a. D. anzuhören. — Dieselben bewegten sich in den bekannten national-sozialen Gesichtspunkten, und konnten hier um so ungenirter zum Ausdruck gebracht werden, weil von vornherein eine Diskussion ausgeschlossen war. Der Vortrag war sehr stark besucht, so daß der klingende Erfolg in halben Reichsmärkern den moralischen Erfolg bedeutend übersteigen dürfte. Hoffentlich widerfährt dem Herrn Naumann im Goetheländchen nicht deshalb auch das Mißgeschick, daß er wie unsere Genossen als „gewerbsmäßiger Agitator" angesehen wird. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Privaldepesche aus München meldet uns: Der Staatsanwalt hat in dem Prozeß gegen den Redakteur des „Süddeutschen Postillons", Genossen Fuchs, wegen Majestätsbeleidigung nach dem Schuldigspruche der Geschworenen 1¼ Jahre Gefängniß und sofortige Verhaftung beantragt. Das Gerichtshof verurtheilte unseren Genossen zu 10 Monaten Gefängniß. Die Höhe der Strafe wird manchem zu vielen Kommentaren Anlaß geben. —

Frankreich.

Paris, 25. Februar. Der Advokat Labori hat gestern bei dem Kassationshofe die Nichtigkeitsbeschwerde gegen die Verurtheilung Zola's eingereicht.

Eine große Volksmenge versuchte gestern Abend vor Zola's Haus eine Kundgebung zu veranstalten. Die Polizei schritt ein und trieb die Menge auseinander. Mehrere der Demonstranten wurden verhaftet.

Rochefort hat das Gefängniß Sainte Pélagie heute Vormittag verlassen, ohne daß ein Zwischenfall vorgekommen ist. — Eine Note der „Agence Havas" bestätigt, daß Oberst Picquart pensionirt werden wird. Lieutenant Chaplain, welcher an

Zola ein Glückwunschschreiben richtete, wird zur Disposition gestellt werden. Der Professor der polytechnischen Schule, Grimaux, wird ebenfalls pensionirt werden. —

England.

London, 24. Februar. Oberhaus. (Berathung über die griechische Anleihe.) Lord Wantage richtet die Anfrage an die Regierung, ob sie alle Anstrengungen mache, um eine baldige Zahlung der Kriegsentschädigung an die Türkei herbeizuführen, so daß die Räumung von Thessalien beschleunigt werde. Hierauf erwiderte Lord Salisbury: Die Türkei habe sich verpflichtet, Thessalien zu räumen, so bald die Anleihe zur Bezahlung der Kriegsentschädigung in gehöriger Form publizirt sei. Letzteres sei noch nicht geschehen. England, Frankreich und Rußland hätten sich bereit erklärt, einen beträchtlichen Betrag der Anleihe zu garantiren, doch sei dies eine Geschäftsangelegenheit, die der Erörterung und mancher Vorkehrungen bedürfe, um die Anschauungen der drei Mächte in Einklang zu bringen, so daß die Garantie in Wirksamkeit treten könnte. Er glaube, die Garantie sei auf dem Punkte, wirksam zu werden, und er hoffe, die Emission der Anleihe werde ein schnelles Ergebniß zeitigen. Sobald die Anleihe ausgegeben sei, zweifle er nicht, daß die Kriegsentschädigung gezahlt werde. Doch schon vorher, nämlich wenn die Anleihe angekündigt und auf dem Markte aufgelegt werde, werde die Verbindlichkeit des Sultans, Thessalien zu räumen, begonnen haben, und er, Redner, müsse annehmen, daß der Sultan seinen Verpflichtungen nachkommen werde. —

London, 25. Februar. Bei der Ersatzwahl zum Unterhause in North-Wiltshire wurde Lord Fitz-Maurice (liberal) mit 5624 Stimmen gewählt. Der konservative Gegenkandidat Lord Emlyn erhielt 5135 Stimmen. Durch diese Wahl gewinnen die Liberalen wieder einen Sitz. —

London, 25. Februar. „Daily Chronicle" meldet aus Hongkong: Mr. Drummond in Shanghai ist unter Zustimmung des Tsungli-Yamen zum juristischen Berather des Vizekönigs von Nanking ernannt worden. Man hält diese Ernennung für sehr vortheilhaft für die britischen Interessen.

Schweden.

— Im Reichstag lag ein Antrag Waldenström auf fakultative Einführung der Zivilehe vor. Die Erste Kammer (das Oberhaus) lehnte den Antrag ohne Debatte ab. In der zweiten Kammer dagegen entstand eine längere Debatte. Der Antragsteller begreift nicht, warum nicht fakultative Zivilehe denen gestattet sein soll, die von der Kirche nichts wissen wollen. Der Zwang der kirchlichen Trauung könne auf diese Leute nur erbitternd wirken. Gebe es in Schweden doch allein 100 000 Anhänger der Freireligiösen Gemeinden, und dazu kämen all die andern, die zwar nominell zur Staatskirche gehören, aber zu ihr gar keine Fühlung haben. Auch zahlreiche andere Redner sprachen sich für den Antrag aus. Aber Pastor Hazén war empört, daß man von Zwangs-Ehe gesprochen hatte. Im übrigen suchte er durch Zitate aus Paulus die Verwerflichkeit der Zivilehe nachzuweisen. Der Antrag wurde schließlich mit 127 Stimmen gegen 81 angenommen.

Italien.

Rom, 24. Februar. Der Ausschuß der Deputirtenkammer zur Untersuchung der Affäre Crispi setzt seine Arbeiten, welche bekanntlich geheim gehalten werden, fort. Die „Italie" sagt in ihrer heute Abend erschienenen Nummer, sie sei zu der Erklärung ermächtigt, daß alle in Zeitungen aufgetauchten Gerüchte hinsichtlich der Beschlüsse dieser Kommission jeder Begründung entbehren. Der Ausschuß wird der Kammer erst nach dem 4. März Bericht erstatten. —

Asien.

Yokohama, 25. Febr. In Söul wurde ein Attentat gegen den Führer der Russenfreunde Kimheungyuk verübt. Derselbe kam jedoch mit einer leichten Verletzung davon. —

Amerika.

New-York, 24. Februar. Obwohl die Behörden in Washington betonen, daß bezüglich der Untersuchung des Unterganges des Panzerschiffes „Maine" noch keine bemerkenswerthe Nachricht vorliegt, da die Untersuchungs-Kommission ihren Bericht an die Regierung noch nicht erstattet habe, schenkt man in den Zeitungen und im Publikum den Nachrichten Glauben, daß die Explosion keine zufällige gewesen sei. An der New-Yorker Börse herrschte daraufhin eine fast panikartige Bewegung und die Kurse gingen allgemein beträchtlich zurück.

Sonnabend hofft die amerikanische Untersuchungskommission ihren Bericht fertig zu stellen. In Madrid scheint man über den Ausgang nicht unbesorgt zu sein, wird doch wieder von einem Ministerrath berichtet, der sich mit der Angelegenheit befaßt. Registrirt mag noch die Meldung werden, daß Amerika eine Entschädigung in der Höhe von ca. 81 Millionen Mark für das Panzerschiff fordern würden, wenn es sich herausstellen sollte, daß die große Katastrophe durch die Spanier veranlaßt sei. Krieg oder Bankrott müßte das für Spanien bedeuten. —

Wahlbewegung.

Im ersten Berliner Wahlkreise haben nunmehr auch die Freisinnigen ihren Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl nominirt und zwar wurde der gegenwärtige Vertreter Dr. Langerhans wieder aufgestellt. — Im vierten Berliner Wahlkreise ist seitens der Freisinnigen Rechtsanwalt Sonnenfeld aufgestellt. Nach Lage der Sache kann es sich hier freilich nur um eine Zählkandidatur handeln.

Im ostpreußischen Wahlkreise Pr. Eylau-Heiligenbeil ist von der konservativen Partei und dem „Bunde der Landwirthe" Abg. von der Gröben-Arenstein wieder als Kandidat aufgestellt worden. — Graf Waldersee will für die Konservativen in Memel-Heydekrug kandidiren. — In dem pommerschen Wahlkreise Randow-Greifenhagen haben die Konservativen den Landrath v. Manteuffel als Reichstagskandidaten aufgestellt. Der „Bund der Landwirthe" wird in nächster Woche zu der Kandidatur Stellung nehmen.

In Königsberg-Land haben die Freisinnigen den Besitzer Knischewsky aufgestellt.

Im Wahlkreise Weißenfels-Zeitz-Naumburg will die freisinnige Volkspartei nun doch noch einen Kandidaten aufstellen.

Kandidaturen in Schleswig-Holstein: Der von den reaktionären Parteien mit Ausschluß der Antisemiten als Reichstags-Kandidat des Wahlkreises Schleswig-Eckernförde aufgestellte freikonservative Landtags-Abgeordnete und Gutsbesitzer v. Bülow-Bothkamp hat die Annahme der Kandidatur abgelehnt. — Der im Herbst im Wahlkreise Plön-Oldenburg gewählte konservative Gutspächter v. Tungeln auf Schmöl wird für die nächste Reichstagswahl wieder kandidiren. Die National-Sozialen entfalten im Holsteinschen eine eifrige Agitation. Bisher haben sie in drei Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, beziehungsweise in Aussicht genommen, und zwar den Redakteur Adolf Damaschke in Kiel-Rendsburg und in Plön-Oldenburg, den Rentner Pohlmann-Itzehoe in Dithmarschen-Steinburg.

Das Zentrum stellt nun in Kassel auch noch einen besonderen Kandidaten auf und zwar einen Herrn Müller aus Fulda, da es bei den früheren Stichwahlen recht trübe Erfahrungen gemacht habe. Herr Müller ist der fünfte Kandidat.

Die Konservativen und Nationalliberalen des Kreises Hanau-Gelnhausen stellten gemeinsam den Oberst a. D. Sieg auf.

Im 3. braunschweigischen Wahlkreise ist von den Mittelparteien der Kreisdirektor Langerfeldt als gemeinsamer Kandidat aufgestellt worden.

Die deutsch-soziale Reformpartei hat im Wahlkreise Celle-Peine-Gifhorn den praktischen Arzt Dr. med. Bock als eigenen Kandidaten aufgestellt.

Im Wahlkreise Minden-Lübbecke ist bekanntlich dem bisherigen konservativen Vertreter, dem Abg. Grafen Roon, ein Kandidat des Bundes der Landwirthe entgegengestellt worden, obwohl Graf Roon selbst Mitglied des Bundes ist." Die „Kons. Korr." spricht die Erwartung aus, daß der „Mißgriff" im Wahlkreis Minden-Lübbecke noch bei Zeiten korrigirt werden wird. Es sei zu hoffen, daß die bedauerliche Doppelkandidatur nicht jetzt schon Verwirrung in der Wählerschaft angestiftet habe, und es liege im Interesse des Bundes der Landwirthe, in dieser Sache schleunigst vorzugehen.

In der am Montag zu Pirmasens stattgehabten sozialdemokratischen Parteiversammlung, welche sich mit der Kandidatenfrage in diesem Wahlkreise beschäftigte, wurde der demnächst tagenden Kreiskonferenz einstimmig Genosse Wenzel-Ludwigshafen als Kandidat vorgeschlagen.

Partei-Nachrichten.

Aus Oldenburg hatte man bisher wenig über Verfolgung der Arbeiterbewegung gehört. Mit dem Anschwellen unserer Anhängerzahl scheint sich das auch dort ändern zu sollen. Unser Parteigenosse Paul Hug in Bant war im Monat Januar dieses Jahres vom Gemeinderath zum Beigeordneten, d. h. Stellvertreter des Gemeindevorstehers gewählt worden, das dritte Mal innerhalb der 13 Jahre, die er dem Gemeinderath angehört. Im Gegensatz zu früher bedürfen solche Wahlen jetzt der ministeriellen Genehmigung. Diese ist verweigert worden, weil Hug ein wegen Beleidigung und Preßvergehen wiederholt bestrafter sozialdemokratischer Agitator sei. Dieses Argument verfehlt seinen Zweck, die Ablehnung zu begründen, aber vollständig. Erstens ist Hug vom Gemeinderath einstimmig gewählt worden, demnach kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er ein Mann ist, dessen Ehrenhaftigkeit und Tüchtigkeit von den Freunden und Feinden des Sozialismus in gleichem Maße anerkannt wird; zweitens hat der oldenburgische Landtag der Regierung das geforderte Bestätigungsrecht nicht zur Verfolgung politischer Gegner, sondern aus einem anderen Grunde ertheilt. Unser Bruderorgan in Bant, das „Norddeutsche Volksblatt", theilt darüber mit: Das Gesetz wurde gemacht, weil in der frommen Gemeinde Damme im Amtsbezirk Vechta ein wegen gemeiner Vergehen bestrafter früherer Gemeindevorsteher, der für dieses Amt unmöglich war, durch die gräulichste Wahlbeeinflussung es fertig gebracht hatte, zum Beigeordneten gewählt zu werden, während der Gemeindevorsteher ein Strohmann in des Wortes vollster Bedeutung war, durch den der verbrecherische Beigeordnete nach wie vor in Damme regierte. Die guten Landboten waren empört über solche Korruption und wollten diese Korruption in Zukunft unmöglich machen. Daher begrüßten sie mit einer wahren Wuth die Gesetzesvorlage des Ministeriums, ganz außer acht lassend, in welchen Zeitläuften wir uns befinden, und ohne zu bedenken, daß man wegen eines einzigen Mißbrauches die Selbstverwaltung nicht einschränken, das Kind nicht mit dem Bade ausschütten darf. Der Abgeordnete für Brake, Konsul Groß, sah die Gefahr und machte darauf aufmerksam, doch ließ auch er sich täuschen wie die andern sich täuschten.

Nach dieser Darstellung zu schließen, hat der oldenburgische Landtag schon im Interesse seiner Selbstachtung die Verpflichtung, darauf zu dringen, daß die Regierung ihr Bestätigungsrecht nicht zur Verfolgung politischer Gegner ausnützt. Wenn sich die oldenburger Landboten noch einen Rest altfriesischen Freiheitsgefühls bewahrt haben, müssen sie das thun.

Die „New-Yorker Volks-Ztg.", die von allen amerikanischen Lokalblättern zu jeder Zeit am konsequentesten an den Grundsätzen der Sozialdemokratie festgehalten hat, feierte am 12. Februar das Jubiläum ihres 20jährigen Bestehens. Es hatten sich zu dem Fest, das in den kolossalen Räumlichkeiten des „Central Palace" abgehalten wurde, nicht nur die Parteigenossen New-Yorks und dessen nächster Nachbarschaft massenhaft eingefunden, sondern auch zahlreiche Deputationen aus den entfernter liegenden Orten der Staaten New-York, New-Jersey, sowie aus Connecticut, wo das Blatt überall Abonnenten auf seine Wochenausgabe hat. Der mächtige Saal mit seinen umfangreichen Nebenräumen konnte kaum die herbeigeströmten Massen fassen. Aus allen Landestheilen waren Gratulations-Telegramme und Zuschriften eingegangen, letztere ebenfalls zahlreich aus dem Ausland. Aus einer solchen des in New-York weilenden italienischen Genossen Bernardino Verro ist folgende Stelle bemerkenswerth: „Ohne die deutsche sozialistische Presse würde die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten heute noch den Schlaf des Idiotenthums schlafen!"

Die „New-Yorker Volks-Ztg." hatte bei ihrer Einführung mit unsäglichen Schwierigkeiten zu kämpfen, der vereinten Thatkraft der Parteigenossen ist es gelungen, sie zu einer der einflußreichsten amerikanischen Zeitungen zu gestalten. Möge unser Bruderorgan auch ferner blühen und gedeihen, zum Nutzen der deutschen Arbeiter Amerika's und der sozialistischen Bewegung der ganzen Kulturwelt!

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die Strafkammer in Beuthen als Berufungsinstanz hat das Urtheil bestätigt, das vom Schöffengericht in Königshütte gegen den polnischen Kolporteur Dylong in der bekannten Bilderaffäre gefällt worden war. Dylong wurde wiederum zu vier Wochen Gefängniß wegen groben Unfugs verurtheilt. Der grobe Unfug soll darin bestehen, daß Dylong, der sich in Gefängnißtracht, die Hände auf der Brust gefesselt, malen und das Bild photographisch vervielfältigen ließ, diese Photographien, die in Einzelheiten nicht vollständig der Wirklichkeit entsprachen, verbreitet hat.

— Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins in Würzburg erhielt vom Magistrat ein Schriftstück folgenden Inhalts: „Nach einem Berichte des die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins vom 30. v. M. überwachenden magistratischen Abgeordneten haben Sie die Haltung der Polizeibehörde gegenüber dem genannten Vereine und den Versammlungen desselben kritisirt und hierbei von „Chikanen der Polizeibehörde" gesprochen. Es wird Ihnen gemäß Magistratsbeschlusses vom Heutigen (8. Februar) eröffnet, daß Sie bei Wiederholung dieses in hohem Grade beleidigenden und in keiner Weise gerechtfertigten Ausdruckes Stellung eines Strafantrages wegen Berufsbeleidigung zu gewärtigen haben. Rechtskundiger Bürgermeister: Steidle." — Es ist ganz hübsch von dem Würzburger Magistrat, daß er im Gegensatz zu dem Brauche der Behörden namentlich Norddeutschlands, nicht gleich zum Kadi läuft, sondern den Sünder erst verwarnt; aber uneingeschränktes Lob könnte ihm nur dann gezollt werden, wenn er dem guten alten Sprichwort huldigen wollte, wonach man jeden reden lassen soll, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Beim Volke kann das Ansehen der Behörden thatsächlich nur gewinnen, wenn man seine Meinung über ihre Thätigkeit ungeschminkt sagen darf.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Verband der Berliner Schuhfabrikanten hatte, wie bereits mitgetheilt, seine Bereitwilligkeit, von neuem vor dem Einigungsamte zu erscheinen, an die Bedingung geknüpft, daß das Einigungsamt vorerst erkläre, die Unternehmer seien ihrem vor dem Einigungsamt abgegebenen Versprechen, mit den Arbeitern wegen des Arbeitsnachweises zu unterhandeln, nachgekommen. Herr v. Schulz, der Vorsitzende des Gewerbegerichts hat nun dem Verbande ein Schreiben zugehen lassen, in dem es heißt, daß diese bedingte Anweisung des Einigungsamtes nicht eine Anrufung im Sinne des Gesetzes sei. Das Einigungsamt könne erst in Funktion treten, wenn von beiden Seiten eine bedingungslose Anrufung vorliege. Daraufhin hat der Fabrikantenverband auf dem Gewerbegericht zu Protokoll erklärt, daß er Verhandlungen vor dem Einigungsamte ablehnt, daß er aber bereit sei, mit den Arbeitnehmern direkt — nicht über Betheiligung an der Verwaltung des Arbeitsmarktes, wohl aber über „Beschwerden" — zu verhandeln.

In der Filzschuh-Fabrik von Braun, Reichenbergerstraße, sind die Arbeiter wegen ungebührlicher Behandlung von seiten des Chefs ausständig geworden.

Die Möbelpolirer der Filiale Osten des Verbandes der Möbelpolirer hörten in ihrer Versammlung vom 21. d. M. einen Vortrag des Kollegen Weber über die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung und der geheime Erlaß des Grafen v. Posadowsky an. Die Paragraphen als auch der Erlaß wurden von dem Referenten einer scharfen abfälligen Kritik unter dem lebhaften Beifall der Versammelten unterzogen. Schulz richtete an alle die Aufforderung, bei Differenzen mit den Arbeitgebern genau das Streik-Reglement zu beobachten und erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

Spandau. In der Versammlung des hiesigen Arbeiter-Wahlvereins am Dienstag referirte Genosse Schröder über das Thema: „Die christlichen Lehren und die Sozialdemokratie". Referent wies an zahlreichen Beispielen nach, welche gewaltige Kluft die heutigen sogenannten Christen von den Grundlehren Jesu und des neuen Testaments trennt. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Deutsches Reich.

In Bielefeld streiken über 20 Arbeiter der Fahrradsattel-Fabrik von Lepper u. Osterwald um Lohnerhöhung und Verbesserung des ungesunden Arbeitslokals.

Aus Magdeburg. Der gestern gemeldete Streik von Maurern und Bauarbeitern ist beendet, nachdem der betreffende Bauleiter die Zusicherung gegeben hat, daß der entlassene Maurer wieder eingestellt werden soll.

Der Gießerstreik bei Popp u. Reuther in Mannheim-Waldhof ist durch Vermittelung des Gewerkschaftskartells zu Gunsten der Arbeiter beigelegt.

Die Freie Vereinigung der Gipser in Kaiserslautern, die ihre Arbeiter ausgesperrt hat, lehnte die von denselben nachgesuchte Vermittelung des Einigungsamts ab. Die Meister wollen die Hauptforderung der Arbeiter, den Zehnstundentag, absolut nicht bewilligen, sondern am elfstündigen festhalten.

Ausland.

Der schweizerische Typographenbund hat in der Urabstimmung beschlossen, zum Gewerkschaftsbund in ein Kartellverhältniß zu treten mit einem gewissen Jahresbeitrag und Unterstützung von Streiks.

Aus Dombrowa (Rußland) wird uns geschrieben: Kaum beginnt das Frühjahr, so beginnen auch schon wieder die Streiks im russischen Dombrowaer Revier. In Sielce bei Sosnowice haben von 1200 Spinnern in der Schön'schen Vigogne-spinnerei 1000 die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden verhalten sich vollkommen ruhig. Die Ursache des Streiks ist eine ungerechtfertigte Lohnherabsetzung. Bekanntlich wurde zu Neujahr die Arbeitszeit durch Regierungsverordnung beschränkt. An den Sonnabenden muß schon nachmittags Feierabend gemacht werden. Den Fabrikanten ist diese Beschränkung ihrer Ausbeutung natürlich sehr unangenehm, und um die jetzigen Zustände als unhaltbar hinzustellen, versuchen sie es jetzt mit Provokationen zum Streiken. Ob die russische Regierung festbleiben und sich von Gewaltmaßregeln der Fabrikanten ebensowenig einschüchtern lassen wird, bleibt abzuwarten.

Soziales.

Die endgiltigen Ergebnisse der letzten Volkszählung vom 2. Dezember 1895 im preußischen Staate werden soeben als 148. Heft der Preußischen Statistik veröffentlicht. Am 1. Dezember **1890** betrug die Gesammtbevölkerung Preußens 29 955 281. Die natürliche Vermehrung in den folgenden fünf Jahren betrug 2 193 367, die Zunahme durch die Einverleibung der Insel Helgoland am 1. April 1891 2086. Der Stand der Bevölkerung am 2. Dezember **1895** betrug nach Abzug eines nicht nachzuweisenden Abganges durch Auswanderung 31 855 123. Die männliche Bevölkerung wird von der weiblichen um **1435755** übertroffen. Die Zahl der Städte in Preußen ist seit dem Jahre 1875 um 22 zurückgegangen. Sie hatte damals 1288 betragen und betrug 1895 nur noch 1266. Ebenso ist die Zahl der Landgemeinden von 1880 zu 1895 von 37 668 auf 36 375 zurückgegangen. Auch die Gutsbezirke zeigen eine Abnahme. Ihre Zahl betrug 1885 noch 16 713, 1895 nur 16 143. Von Interesse sind ferner die genauen Zahlen der Einwohner der größten Städte. Dieselben betrugen bei den 18 preußischen Städten mit über 100 000 Einwohnern: Berlin 1 677 304, Breslau 373 163, Köln 321 564, Frankfurt a. M. 229 279, Magdeburg 214 424, Hannover 209 585, Düsseldorf 175 985, Königsberg i. Pr. 172 796, Altona 148 944, Stettin 140 724, Elberfeld 139 387, Charlottenburg 132 377, Barmen 126 992, Danzig 125 605, Halle a. S. 116 304, Dortmund 111 282, Aachen 110 551, Krefeld 107 245.

Zur Krisis in der Handschuhindustrie. In der Thomaßschen Fabrik in Haynau in Schlesien, wo früher bei gutem Geschäftsgang zirka 150 Handschuhmacher beschäftigt waren, ruht jetzt, wie die Breslauer „Volkswacht" mittheilt, der Betrieb fast vollständig. Nur die Angestellten, Werkführer 2c. arbeiten weiter. Auch in den beiden anderen Handschuhfabriken Haynau's ist das Personal sehr beschränkt worden. Die entlassenen Handschuhmacher, insgesammt gegen 100 Mann, sind zum Theil abgereist, während die andern die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaft in Anspruch nehmen müssen. Nach der Behauptung des Freiherrn v. Stumm sind die deutschen Gewerkschaften aber weiter nichts als „Streikvereine". Wären sie es, so würden bei den Geschäftskrisen die Gemeinden an Armenunterstützung noch ein erklecklich Theil mehr aufbringen müssen, als schon jetzt.

Schulverhältnisse auf dem Lande. Wie das „Helmstädter Kreisblatt" mittheilt, sind in dem braunschweigischen Dorfe Velpke die drei Klassen der Volksschule schon seit Jahren überfüllt. Gegenwärtig müssen zwei Lehrer nicht weniger als **248** Kinder unterrichten. Die Elementarklasse wird von 92 Kindern, die Mittelklasse von 83 und die Oberklasse von 73 Kindern besucht. Beklagenswerthe Jugend, die unter solchen Verhältnissen sich das geistige Rüstzeug beschaffen soll, das sie braucht, um dereinst im Kampfe ums Dasein nicht zu unterliegen! Deutschland ist reich genug, um jedem seiner Söhne und Töchter eine ausreichende Schulbildung bieten zu können, aber der Löwenantheil seiner Steuern wird vom Militarismus aufgezehrt, der in nicht geringerem Maße das Volk belastet, als es im Mittelalter die Kirche that.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Budapest, 25. Februar. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Bei Berathung des Justizbudgets erklärte Abg. Matkay, die Verordnungen des Justizministers gegen die sozialistische Presse verletzten die Preßgesetze vom Jahre 1848. Der Justizminister von Erdely erwiderte, seine Verordnung decke sich vollständig mit dem im Jahre 1848 erlassenen Gesetze und die Regierung werde die Preßfreiheit in diesem Sinne schützen. (Lebhafter Beifall.) Graf Apponyi erklärte, die Anwendung der Waffengewalt gegen sozialistische Verhetzungen zu billigen. „Wir wollen", fuhr der Redner fort, „keine Verfügungen gegen den Sozialismus, der eine theoretische Lehre ist, wohl aber gegen die Verhetzungen und gegen die Gefährdung von Körper, Vermögen und Eigenthum."

Laibach, 25. Februar. (W. H.) Wegen Eifersucht hat der erst kürzlich aus der Strafanstalt entlassene Bauer Zalar in Brundorf seinen 22jährigen Bruder erschossen.

Temesvar, 25. Februar. (W. H.) In der übel beleumundeten Gemeinde Kustely traf ein Gendarmerie-Lieutenant behufs Recherchirung nach einer größeren Diebesbande ein. Er nahm bei dem Gemeindevorsteher Wohnung, woselbst ein Dynamitattentat auf ihn versucht wurde. Die Attentäter sind noch nicht ermittelt.

London, 25. Februar. (W. T. B.) Der deutsche Schooner „Hermann" strandete auf der Reise von Harburg nach Poole heute Morgen auf den Scroobysandbänken bei Yarmouth und sank, nachdem die Bemannung von fünf Leuten von einem zur Hilfe herbeigeeilten Rettungsboote aufgenommen worden war.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Reichstag.

50. Sitzung. Freitag, 25. Februar 1898, 2 Uhr.

Am Bundesrathstische: Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung eines Gesetzes, betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochenen Personen.

§ 1 bestimmt, daß die Entschädigung aus der Staatskasse dann erfolgen soll, wenn ein Wiederaufnahme-Verfahren die Unschuld des früher Verurtheilten erwiesen hat oder doch dargethan ist, daß ein begründeter Verdacht gegen den Angeklagten nicht mehr vorliegt. Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Verurtheilte die frühere Verurtheilung vorsätzlich herbeigeführt oder durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet hat. Die Versäumung der Einlegung eines Rechtsmittels ist nicht als eine Fahrlässigkeit zu erachten. (Die gesperrt gedruckten Worte sind Zusätze der Kommission.)

Hierzu ist ein Antrag Auer u. Gen. eingelaufen, der den vorliegenden Entwurf dahin erweitert wissen will, daß die Entschädigung für alle Fälle der Verurtheilung eines Unschuldigen, sowie vor allem auch für unschuldig erlittene Untersuchungshaft erfolgen soll.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.): Wir erwarten in diesem Gesetze nur eine ganz winzige Abschlagszahlung zu erhalten, deren Ausbau wir uns fortwährend am Herzen liegen lassen werden. Das Volk schließt ganz richtig, daß, wenn im zweiten Fall eine Freisprechung erfolgt, das erste Urtheil mangelhaft war, und wenn dies so ist, hat der Staat die Pflicht der Entschädigung für den unverdient erlittenen Schaden, auch wenn nach der langen Zeit einige Verdachtsmomente nicht beseitigt werden können. Der Ausweg, nicht öffentlich das Urtheil zu verkünden, sondern nur dem Freigesprochenen per Brief mitzutheilen, ist doch sehr bedenklich. Diejenigen, die für das Urtheil Interesse haben, werden doch auch in diesem Falle das Recht haben müssen, von dem Urtheil Kenntniß zu erhalten. In erster Linie werde ich jedenfalls für den Antrag Auer stimmen.

Staatssekretär **Nieberding**: Ich muß erklären, daß die Regierung auf die Aufrechterhaltung der Vorlage, wie die Kommission sie beschlossen hat, den größten Werth legt. Bei Annahme des Antrages Auer wäre die Vorlage unbedingt gefallen und so eine jahrelange mühevolle Arbeit umsonst gewesen. Der Reichstag selbst hat es 1882 und 1886 ausgesprochen, daß er die Entschädigung so beschränken wolle, wie es jetzt die Kommission beschlossen hat. Uns genügt das, und wir sind überzeugt, daß auch diesmal der Reichstag in seiner Mehrheit uns beistimmen wird. Uebrigens ist die Entschädigung in allen anderen Staaten mit Ausnahme Oesterreichs in denselben Grenzen gehalten, die wir gezogen haben. Und in Oesterreich wird eine Entschädigung auch nur auf grund der Billigkeit, nicht des Rechts, zuerkannt. Ich bin überzeugt, daß, wenn Sie den von uns vorgeschlagenen Weg wählen, Sie damit dem Volksgefühl durchaus genüge gethan haben. (Bravo! rechts.)

Abg. **Rören** (Z.): Ich erachte es als prinzipiell ganz unerläßlich, daß wenn überhaupt eine Entschädigung erfolgt, sie auch allen Freigesprochenen zukommen muß. Dennoch kann ich dem Antrag Auer nicht zustimmen, einmal aus dem Grunde, damit die Vorlage endlich zu stande kommt und dann weil ich meine, daß auch durch die Kommissionsfassung der erdrückenden Mehrzahl der Freigesprochenen eine Entschädigung zugebilligt wird, so daß also in der Praxis das eintritt, was wir theorisch bezweckten. Freisprechungen aus Mangel an Beweisen, obgleich ein gewisser Verdacht noch vorliegt, sind sicher selten, kommen sie aber doch vor, so wäre ich da auch nicht für Entschädigung, sondern nur für Freisprechung.

Abg. **v. Buchka** (k.): Meine politischen Freunde werden für § 1, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist, stimmen, da wir auch glauben, daß durch die Vorlage alles erreicht ist, was wir erreichen wollten. Wenn in dem neuen Verfahren die Beweise so abgeschwächt sind, daß sie zu einer Verurtheilung nicht mehr ausreichen, entspricht es dann etwa auch dem Volksbewußtsein, daß der Verurtheilte, wenn er nun freigesprochen wird, Entschädigung erhält?

Abg. **Boltz** (natl.): Auch ich würde es lieber gesehen haben, wenn alle entschädigt werden, die freigesprochen sind, aber um die Vorlage nicht zu Falle zu bringen, stimme ich gegen den Antrag Auer.

Abg. **Munckel** (frs. Vp.): Also prinzipiell sind alle diese Herren für den Antrag Auer und doch wollen sie gegen ihn stimmen. Die finanzielle Seite der Vorlage ist minimal, aber ich glaube, wir bekommen mit der Vorlage nicht nur wenig, sondern auch unrichtiges. Selten werden ja die Fälle sein, in denen durch die Freisprechung nicht auch der ganze Verdacht beseitigt ist. Aber sie kommen vor. Und da wollen Sie sagen: die Freiheit und Ehre geben wir dem Angeklagten wieder, aber Geld zur Entschädigung können wir ihm nicht bewilligen! Ich für meine Person muß erklären, ehe ich dies Gesetz nehme, nehme ich lieber gar nichts und lasse es bei dem Bestehenden. Die Infamie, die auf dem Angeschuldigten lastet, wird durch den Kommissionsbeschluß über das Verfahren nicht verringert. (Beifall links.)

Geheimrath **v. Lenthe**: Der Staat hat bei der Verurtheilung eines Menschen nur von seinem Hoheitsrechte Gebrauch gemacht; ein Rechtsgrund für Entschädigung unschuldig Verurtheilter liegt für ihn also nicht vor. Wenn wir diesen Standpunkt jetzt ein wenig ändern wollen, so geschieht das lediglich aus Billigkeitsgründen, aus einem Mitleidsgefühle heraus, das man solchen Unglücklichen gegenüber hat. Das darf aber nicht so weit gehen, daß selbst diejenigen, gegen die ein begründeter Verdacht noch vorliegt, auch entschädigt werden. Er sind nicht finanzielle, sondern ethische Gründe, die uns hiervon zurückhalten.

Abg. Dr. **Rintelen** (Z.) [auf der Tribüne unverständlich] erklärt sich im Prinzip mit dem Antrag Auer einverstanden, will aber doch für den Kommissions-Entwurf stimmen, um nicht das Zustandekommen des ganzen Gesetzes zu vereiteln.

Abg. **Haase** (Soz.): Meine Herren, auch meine politischen Freunde haben den lebhaften Wunsch, daß die Materie endlich zum Abschluß gebracht werde. Aber wir wollen nicht, daß der Abschluß ein schlechter sei. Wir wollen vor allen Dingen, daß der Abschluß in Uebereinstimmung mit der Gesinnung der großen Mehrheit des Volkes sich befinde. Wir halten es für verfehlt, in diesem Punkte der Regierung, die sich mit dem Volke in Widerspruch setzen will, irgendwie nachzugeben. Wir werden unseren Antrag unter allen Umständen aufrechterhalten, denn wir sind davon überzeugt, daß, wenn wir uns mit einer Resolution begnügen würden, diese in absehbarer Zeit nicht zur Verwirklichung gelangen wird. Wenn wir dem § 1 des vorliegenden Entwurfs zur Annahme verhelfen, so würde zweifellos in absehbarer Zeit ein weiterer Schritt in dieser Sache nicht erfolgen. Wenn wir aber das ganze Gesetz ablehnen, dann wird eine Strömung im Volke die Regierung zwingen, sich ihren Wünschen völlig zu fügen. Wir verstehen die Haltung der Abgg. Boltz und Rintelen nicht; wir begreifen es nicht, wie sie sagen können: der Standpunkt des Antrags Auer ist richtig, trotzdem wollen wir gegen ihn stimmen, um zu verhüten, daß überhaupt nichts geschieht. Der Abg. Boltz wollte noch sein Gewissen beruhigen; er wünschte daher, daß die Aufhebung des Urtheils nicht öffentlich mitgetheilt werde, damit die Verschiedenheit der einzelnen Urtheile nicht allen bekannt werde. Er hat also damit zugestanden, daß, wenn der Beschluß nicht geheim bleibt, dem Freigesprochenen ein großer Schade zugefügt wird. Und so liegt die Sache allerdings. Denn wenn durch die Verweigerung der Entschädigung in der Oeffentlichkeit dargethan wird, daß ein Verdachtsmoment gegen den Freigesprochenen noch vorliegt, so ist dieser für sein ganzes Leben mit einem Makel behaftet. Ich stimme dem Abg. Munckel vollständig bei, wenn er sagt: so ein armer Teufel, dem es eben nicht gelingt, seine Unschuld mit allen Finessen zu beweisen, der aber trotzdem für unschuldig befunden wird, könnte, wenn ein Unterschied in der Entschädigung nicht gemacht würde, ruhig sagen: Ihr müßt mir eben glauben, daß ich unschuldig bin, ich bin ja freigesprochen worden. Jetzt aber wird ihm entgegengehalten: Ja, aber ein Verdachtsmoment liegt noch gegen Dich vor.

Und noch auf einen wichtigen Umstand will ich das hohe Haus aufmerksam machen: Nach der Vorlage der Kommission wird es vielfach vom Zufall abhängig gemacht, ob eine Entschädigung erfolgen soll, oder nicht. Denn, ob ein Verdacht begründet ist, oder nicht, das können die Richter lediglich auf grund des Eindrucks entscheiden, den der Angeklagte zufällig während der Verhandlung macht. Wenn dieser recht selbstbewußt auftritt, so halten sie ihn für völlig unschuldig; ist er aber schüchtern und befangen, dann werden die Richter sagen: ja, er ist ja wahrscheinlich unschuldig, aber ein Verdacht bleibt doch noch bestehen. Und dieser Schaden für den Angeklagten scheint mir doch enorm groß.

Der Regierungskommissar, Geheimrath v. Lenthe, hat hier erklärt, daß die Regierung überhaupt nicht verpflichtet sei, unschuldig Verurtheilte zu entschädigen, daß sie nur aus Mitleid hierzu bereit sei. Meine Herren, das ist eine ganz schiefe Auffassung. Es ist allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz: Wenn jemand für die Allgemeinheit ein Opfer bringt, dann muß er von ihr auch entschädigt werden. Es folgt hieraus unmittelbar, daß in allen Fällen, um die es sich hier handelt, ein Ausgleich stattzufinden hat. Durch die Thatsache seiner Verurtheilung hat der Angeklagte der öffentlichen Ordnung ein Opfer gebracht. Und für dieses Opfer an Ehre, Freiheit und Vermögen soll er nicht einmal entschädigt werden? Ich glaube, daß dieser eigenartige Standpunkt des Herrn Geheimraths von Lenthe hier auf Sympathien nicht stoßen wird. (Lebhafte Zustimmung links.)

Es ist hier nun noch gesagt: Eine Entschädigung unter allen Umstände ginge nicht an, weil es im Wiederaufnahmeverfahren jedem Verurtheilten nur zu leicht werde, mangels genügender Beweise seine Unschuldsprechung zu bewirken. Meine Herren, wer sich die Mühe genommen hat, in diesem Punkte Erfahrungen zu sammeln, der wird jene Meinung nicht theilen. Wir haben es erlebt, wie es vielen Personen, die nach der öffentlichen Meinung unschuldig erachtet werden, doch nicht gelingt, irgend etwas zu erreichen. Wir haben den Fall Ziethen erlebt, wir haben den Fall Schröder und Genossen erlebt. Ich will hier noch einen weniger bekannten aber sehr bezeichnenden Fall anführen: In meiner Heimathstadt ist ein städtischer Lehrer wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet und verurtheilt worden, und zwar auf die Aussage eines 14 jährigen Mädchens hin und obwohl von einem der Sachverständigen festgestellt wurde, daß eine der Behauptungen dieses Mädchens offenbar unwahr sei. Alle Versuche, in einem Wiederaufnahmeverfahren seine Unschuld zu erweisen, scheiterten. Es wurde nun von seiten der Schule, in der der Verurtheilte sein Lehramt ausübte, ein Disziplinar-Verfahren gegen ihn eröffnet, um ihn seines Amtes zu entsetzen. Und in diesem Disziplinar-Verfahren wurde nun der Lehrer einstimmig für unschuldig befunden. Also ein rechtskräftig Verurtheilter wird von einer städtischen Behörde für offenbar unschuldig erklärt! Wenn man solche Fälle erlebt, dann kann man es schwer begreifen, wie davon gesprochen werden kann, daß ein Wiederaufnahme-Verfahren keine genügenden Garantieen für die wirkliche Unschuld der Freigesprochenen biete. (Beifall.)

Der Abgeordnete Roeren hat erklärt, daß durch die Kommissionsfassung der erdrückenden Mehrzahl der Freigesprochenen eine Entschädigung zugebilligt werde. Ich bin von dem Abg. Stadthagen darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Fälle jener Personen, die ein günstiges Wiederaufnahmeverfahren erzielen, relativ sehr gering seien. In einem Zeitraum von 5 Jahren haben nur 531 Personen überhaupt da etwas erreicht, also 106 pro Jahr, und von diesen hatten nur 35 pro Jahr ihre Strafe bereits zu verbüßen begonnen. Wenn der Abg. Roeren also recht hätte, so ist es um so weniger einzusehen, warum er nicht auch die paar Mann, um die es sich dann noch handelt, an der Entschädigung theilnehmen lassen will.

Ich erkläre hier, daß meine Parteifreunde unter allen Umständen es verhindern wollen, daß ein solches Gesetz von diesem wenig besetzten Hause zur Annahme gelangt. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß dann das empörte Volksbewußtsein die Macht haben wird, sich selbst Geltung zu verschaffen. (Lebhafter Beifall links.)

Geheimrath **v. Lenthe**: Ich habe nur gesagt, daß ein Rechtsgrundsatz, der uns zwingt, unschuldig Verurtheilte zu entschädigen, nicht besteht. Die Besorgniß, zwei Klassen von Freigesprochenen zu schaffen, ist doch übertrieben. In beiden Fällen — ob Entschädigung eintritt oder nicht — ist die Sache vollkommen erledigt.

Abg. **Roeren** (Z.): Herrn Haase gegenüber erkläre ich, daß ich gemeint habe, ich wäre wohl dafür, daß alle freigesprochen würden, aber bei der außerordentlichen Seltenheit der Fälle, in denen eine Entschädigung nicht eintreten wird, halte ich es nicht für angebracht, durch stimmen für den Antrag Auer die Vorlage zu Fall zu bringen.

Die Diskussion ist geschlossen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. **Singer** (Soz.): Ich bitte zunächst über den Antrag Auer abzustimmen, bemerke übrigens, daß, falls dieser abgelehnt wird, ich für die übrige Berathung die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln werde.

In der Abstimmung wird der Antrag Auer abgelehnt. Infolge der Beschlußunfähigkeit des Hauses beraumt der Präsident eine neue Sitzung auf 3 Uhr 10 Minuten mit folgender Tagesordnung an: Antrag Rintelen auf Wiedereinführung der Berufung.

51. Sitzung vom Freitag, den 25. Februar, 3¼ Uhr.

Am Bundesrathstische: Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des von den Abg. Dr. Rintelen (Z.) u. Gen. beantragten Gesetzentwurfs, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeß-Ordnung. In Verbindung damit wird der Antrag Lenzmann zur Diskussion gestellt. Beide Anträge nehmen die Bestimmungen der in der letzten Session nicht zu stande gekommenen Novelle zur Strafprozeß-Ordnung wieder auf, welche unter anderem die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter vorsah.

Abg. **v. Buchka** (k.) beantragt, die Berathung bei § 77 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes zu beginnen, der von der Besetzung der Strafkammern handelt, da an diesem Paragraphen die Vorlage s. Z. gescheitert sei.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.) widerspricht dem, da der § 77 eine andere Formulirung erhalten habe.

Abg. **Schmidt-Warburg** (Z.) schließt sich dagegen dem Antrag Buchka an. Käme z. B. der § 77 nach den Wünschen des Abg. v. Buchka zu stande, so würde er sich entschieden gegen das Zustandekommen des Gesetzes wehren.

Der Antrag v. Buchka wird darauf angenommen. Die Berathung beginnt danach bei § 77, welcher bestimmt, daß die Strafkammern im allgemeinen in der Besetzung von 3 Mitgliedern mit Einschluß der Vorsitzenden entscheiden sollen, in der Besetzung mit 5 Mitgliedern jedoch in der Hauptverhandlung, wenn Verbrechen zur Verhandlung stehen, die nicht im Rückfalle begangen sind, sowie in der Berufsinstanz bei Vergehen mit Ausnahme der Fälle der Privatklage.

Abg. Dr. **v. Buchka** (k.) beantragt statt dessen, daß die Kammer in erster Instanz in der Besetzung von drei, in der Berufungsinstanz in der Besetzung von fünf Mitgliedern entscheiden soll.

Abg. **Pieschel** (natl.) erklärt sich wenigstens für die zweite Lesung für die Fassung des Antrags Rintelen, behält sich aber eine andere Vereinbarung bis zur dritten Lesung vor.

Abg. **Rintelen** (Z.) verweist darauf, daß sein Antrag dem Standpunkt der Regierung ziemlich weit entgegenkommt. Da die Besetzung mit drei Richtern in den meisten Fällen platzgreifen solle, so wäre auch keine besondere Vermehrung der Richterstellen erforderlich.

Abg. **Lenzmann** (freis. Vp.): Die Regierung hat meines Erachtens die Verpflichtung, hier klar Stellung zu nehmen. Ich erwartete eine Erklärung des Staatssekretärs, statt dessen aber hüllt sich die Regierung in Schweigen. So lange sich die Regierung nicht erklärt, haben wir freie Hand, und ich nehme keinen Anstand, selbst auf die Gefahr, als Revolutionär verschrieen zu werden, auf diesem Gebiete große Nachgiebigkeit zu zeigen. Wenn sich die Regierung für den Zentrumsantrag erklärt, will ich für ihn stimmen. Ich weiß, daß ich nicht die ganze Fraktion hinter mir habe, aber ich stehe auf dem Standpunkt, in dieser wichtigen Frage muß etwas erreicht werden. Im Prinzip bin ich für fünf Richter und finanzielle Gründe sollten nicht maßgebend sein, die fünf Richter durch drei Richter zu ersetzen. Eine gute Strafrechtspflege ist wichtiger, als die Vermehrung der Gloire nach außen. Die Mehrkosten sind ja verhältnißmäßig sehr gering und kommen bei der Schlußsumme des Etats gar nicht in betracht. Etwas anders ist es, wenn die Regierung ein Dreimännerkollegium, das einstimmig verurtheilen muß, für besser hält, als ein Fünfmännerkollegium, wo vier Stimmen zur Verurtheilung ausreichen.

Staatssekretär **Nieberding**: Ich bin nicht in der Lage, im Namen des Bundesraths zu sprechen, ich kann auch nicht sagen, ob die Regierung dem Antrag Rintelen zustimmen wird oder nicht. Es ist feststehende Regel des Bundesraths, vor der dritten Lesung zu Initiativanträgen des hohen Hauses keine Erklärung abzugeben. Ein Vorwurf trifft die Regierungen gerade in dieser Frage gar nicht. Die verbündeten Regierungen haben dreimal alles versucht, die Frage der Wiedereinführung der Berufung zum Abschluß zu bringen. Es ist ihnen nicht gelungen. Auch jetzt ist nicht zu übersehen, wie sich diesmal hier die Verhandlungen gestalten werden. Außer der Besetzung der Strafkammern giebt es noch andere strittige Punkte. Sie können also nicht verlangen, daß die Regierung schon jetzt Stellung nimmt. Wir werden die Verhandlungen aufmerksam verfolgen und das Ergebniß abwarten. Erklären will ich noch, daß es uns stets fern gelegen hat, finanzielle Gründe für unsere Haltung maßgebend sein zu lassen.

Abg. **Haase** (Soz.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Rechtsgarantien für den Angeklagten jetzt noch ungenügend sind. Wir können die Rechtsgarantien des Fünfmänner-Kollegiums nicht aufgeben. Der Schwerpunkt liegt für uns in der Voruntersuchung, die wir mit Rechtsgarantien für den Angeklagten auszugestalten suchen werden. Trotzdem werden wir für den Antrag Lenzmann stimmen, die Anträge Rintelen und v. Buchka aber ablehnen.

Abg. Graf **v. Bernstorff** (Rp.): Um die werthvolle Sache der Berufung zu erreichen, bin ich zu Kompromissen bereit und werde jetzt für den Antrag Rintelen stimmen, in der Hoffnung, daß wir dann zwischen der zweiten und dritten Lesung die Stellung der Regierung kennen lernen.

Abg. **Schmidt-Warburg** (Z.) freut sich, daß sich Abg. Lenzmann etwas gebessert hat und jetzt wenigstens theoretisch das Fünfmänner-Kollegium für besser hält, als das Dreimänner-Kollegium. Wenn dem Staatssekretär viel an dem Gesetzentwurf läge, hätte er schon Zeit gehabt, Stellung zu nehmen. Er meint, ohne daß man wisse, wie die Regierungen denken, könne man nicht weiter berathen. Wenigstens ein ermunterndes Wort, weiter zu berathen, möchte er von dem Staatssekretär hören.

Staatssekretär **Nieberding**: Von meiner Anregung allein hängt es nicht ab, die Stellung der verbündeten Regierungen zu beeinflussen. Der Vorredner überschätzt meinen Einfluß.

Abg. **Beckh** (frs. Vp.): Es ist nicht nothwendig, daß eine bindende Erklärung abgegeben wird, aber es hätte doch wenigstens gesagt werden können, daß die Sache in Erwägung werde gezogen werden.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Aus den Erklärungen des Staatssekretärs ergiebt sich mit absoluter Deutlichkeit, daß die Regierung dem Antrag Rintelen ein bestimmtes Nein entgegensetzen wird.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.): Ich kann nicht als Todtengräber der Vorlage bezeichnet werden, da ich ja mehr als meine eigenen Freunde gestatten wollten, bemüht war, das Kind und sei es auch künstlich, am Leben zu erhalten. (Heiterkeit.)

Die Abgg. **v. Kardorff** (Rp.) und **v. Buchka** (k.) erklären, daß die Unterschrift ihrer Parteifreunde unter den Antrag Rintelen nicht ihr Einverständniß mit allen Einzelheiten desselben bedeute.

Abg. Dr. **Rintelen** (Z.): Was einer wünscht, das glaubt er. Deshalb hat der Abg. Dr. Spahn aus der Erklärung des Staatssekretärs Nieberding ein absolutes Nein gehört. Mir steht die Wiedereinführung der Berufung so hoch, daß ich zufrieden bin, daß ich sie wieder in Fluß gebracht habe. Und wegen dieses meines sachlichen Interesses komme ich auch über den Widerspruch meiner sonstigen guten Freunde hinweg. Im politischen Leben kommt man durch starres Festhalten an einmal gefaßten Beschlüssen nicht weiter.

Abg. **Schmidt-Warburg** (Z.) wendet sich nochmals gegen den Abg. Lenzmann. Durch seinen Galvanismus sei das Kind erst recht getödtet worden. (Heiterkeit.)

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.): Um den Heiterkeitserfolg beneide ich den Kollegen Schmidt nicht. Redner bestreitet, daß er seine Ansicht seit der Kommissionsberathung geändert habe.

Damit schließt die Diskussion.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. **v. Buchka** die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident **v. Buol** konstatirt die Beschlußunfähigkeit und beruft die nächste Sitzung ein auf Montag, den 28. Februar, 2 Uhr: Etat des Reichs-Eisenbahnamtes.

Schluß 4¾ Uhr.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwürfen für Elsaß-Lothringen, betr. den Kaiserlichen Rath und wegen Ergänzung des Gesetzes vom 23. Dezember 1873, betr. die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer, letzterem mit einigen Aenderungen, die Zustimmung ertheilt; ebenso dem Antrage Badens, betr. Zollerlaß für Eisenbahn-Material auf der Strecke Turgi-Waldshut. Der Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer bezüglich des den Rechnungshof betreffenden Theiles für 1895/96 wurde Entlastung ertheilt und über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt. —

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzes über die Postdampfer-Subvention hielt am Freitag ihre erste Sitzung unter dem Vorsitz des Frhrn. v. Stumm. Bei Berathung des § 1 hebt Molkenbuhr hervor, daß sich seit Ausarbeitung der Vorlage vieles geändert habe. Die Vorlage ist vor mehr als einem Jahre ausgearbeitet, also zu einer Zeit, als kein Mensch ahnen konnte, daß die Bucht von Kiautschau von Deutschen besetzt werden würde. Unstreitig werden durch diese Erwerbungen den Postdampfern mancherlei Zuwendungen gemacht werden. Er richtet daher an die Vertreter der Regierung die Anfrage, ob man bereits einen Plan darüber aufgestellt habe, wie die Dinge dort gehandhabt werden sollen, und welche Einnahmen den Postdampfern durch den Transport von Personen und Sachen aus Reichsmitteln zugewendet werden. Ferner ist es bekannt, daß die

Fahrten der großen Dampfer durch die hohen Kohlenpreise in Asien vertheuert werden. Da nun behauptet wird, daß sich in der Nähe von Kiautschau Kohlenlager befinden, deren Ausbeutung Deutschland überlassen ist, so möchte er wissen, um wie viel durch die Ausbeutung der chinesischen Kohlenlager die Fahrten verbilligt werden können.

Die Regierungsvertreter antworten, daß über die Stärke und die Bedürfnisse der Besatzung in Ostasien noch keinerlei auch nur annähernd feststehende Dispositionen getroffen worden sind, so daß die Zuwendungen, welche den Linien gemacht werden, auch nicht annähernd bestimmt werden können. Der Staatssekretär v. Podbielski glaubt, daß die Subventionsdampfer durch die Transporte für das Reich Schaden haben, da diese 20 pCt. billiger zu leisten seien, wie die allgemeinen Frachten. Die Ausbeutung der Kohlenlager liegt aber noch in so weiter Ferne, daß auf deren Nutzen gar keine Rechnung basirt werden kann.

Nach unerheblicher Debatte werden die drei Paragraphen des Entwurfs gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und Sozialdemokraten angenommen.

Ein hinzugefügter § 4 bestimmt, daß die Fahrten alle 14 Tage abwechselnd von Bremen und Hamburg erfolgen sollen. Eine längere Debatte entspinnt sich darüber, ob auch Rotterdam als Anlaufhafen benutzt werden soll. Obwohl sich die Mehrheit der Kommission für Rotterdam ausspricht, wird doch Abstand von einer Bestimmung im Gesetz genommen und es dem Bundesrath überlassen, ob er durch Vertrag die Unternehmer verpflichten will, die Dampfschiffe in Rotterdam anlaufen zu lassen.

Ein Antrag Jebsen, wonach die Unternehmer verpflichtet sein sollen, die subventionirten Dampfer mit deutscher Mannschaft hinreichend zu besetzen, führt zu längerer Debatte. Die Mehrheit billigt die Tendenz des Antrages. Eine neue Fassung soll bis zur nächsten Sitzung gesucht werden.

Die sechste Kommission des Reichstags erledigte heute eine Reihe von technisch-juristischen Fragen zur Konkursordnung und nahm sodann die §§ 79—99 der Novelle zur Konkursordnung unverändert an. Bei der Frage, ob der Gemeinschuldner auch im Falle einer Ueberschuldung zu mehr als dem doppelten des Aktivvermögens verpflichtet sein solle, die Eröffnung des Konkurses zu beantragen, wurde die Verhandlung vor der Abstimmung abgebrochen. Die Abstimmung wird am Sonnabend stattfinden.

Der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1897 ist dem Reichstage zugegangen. —

Kommunales.

Das vom Stadtbaurath Hoffmann ausgearbeitete Bauprojekt zum Neubau des Märkischen Provinzialmuseum lag gestern dem Magistratskollegium zur Beschlußfassung vor. Das Kollegium hat das Projekt genehmigt und beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung eine diesbezügliche Vorlage zur Genehmigung zu unterbreiten. Die Baukosten sind auf 1 511 000 M. veranschlagt, in welcher Summe 145 000 M. wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse der Baustelle vorgesehen sind. Um Baugrund daselbst zu finden, ist es erforderlich, 9 Meter tief in die Erde einzudringen. Im Bau selbst sollen auch Räume geschaffen werden, welche zur Aufnahme einer städtischen Gemäldegallerie dienen sollen. — Zugleich ist das Projekt behufs Errichtung eines Straßenreinigungs-Projekts in der Wildenauſtraße genehmigt worden mit einem Kostenanschlage von 8800 M. —

Die von der städtischen Schul-Deputation beschlossene Neuordnung der Gehälter des Lehrerpersonals der städtischen Gemeindeschulen, welche bereits bekannt ist, hat das Magistratskollegium gebilligt und wird dieselbe der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung unterbreiten. —

Lokales.

Die Parteigenossen des zweiten Reichstags-Wahlkreises werden auf die öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, die am Sonntag Abend 6½ Uhr bei Zubeil, Lindenstr. 106, stattfindet. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Alfons Borchardt über: „Heinrich Heine.“ Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Eine öffentliche Versammlung, in der Frau Anna Mesch über die Stellung der Frau im Klassenstaat einen Vortrag halten wird, findet am Sonntag Abend 6 Uhr bei Schmidt, Hochstr. 32a, statt. Nach dem Vortrage gemüthliches Beisammensein. Zahlreichen Besuch erwartet die Vertrauensperson.

Vom Ordnungskampf gegen die Arbeiterlokale. Der Kampf des Amtsvorstehers von Oppen gegen die Sozialdemokratie gestaltet sich zur Zeit immer intensiver. Aus Grünau wird uns darüber geschrieben: Vor allem suchte dieser Beamte unser Vorschreiten dadurch aufzuhalten, daß er den Wirthen, die ihr Lokal ungescheut jeder Partei zu Versammlungen hergeben, durch Herabsetzung der Polizeistunde, sowie durch möglichste Verweigerung der Tanzkonzession in Bedrängniß bringt. In diesen Tagen hat der Amtsvorsteher von Oppen den Gastwirth Lindenhayn in Grünau, der uns stets seinen Saal zur Verfügung stellt, die Abhaltung von Tanzmusik an Sonntagen verboten. Nur ein einziger Sonntag im Monat, der gestattet werden muß, bleibt dem Wirthe frei. Wo solche Mittel angewendet werden, erwächst den Berliner Parteigenossen die Ehrenpflicht, den gerechtdenkenden Wirth in jeder Beziehung sowohl durch privaten Besuch als namentlich durch Veranstaltung von Vereinsfestlichkeiten und Sommerausflügen zu unterstützen. In Adlershof, in Johannisthal, in Köpenick, überall haben die Saalbesitzer aus Furcht vor dem Amtsvorsteher den Sozialdemokraten die Ausübung des Versammlungsrechtes verweigert. Parteigenossen! In diesem Jahre finden die Reichstagswahlen statt, die unzweifelhaft auch in unserm Kreise von einer erneuten Zunahme unserer Anhängerschaft Zeugniß ablegen werden, die aber dessenungeachtet das Einsetzen unserer ganzen Kraft erfordern. Da ist es nothwendig, daß man den herrschenden Gewalten die materielle Macht unserer Partei zeigt, und beweist, daß die Arbeiterschaft sehr wohl im stande ist, einem pflichtbewußten Wirth den Rücken zu steifen. Wir sind überzeugt, daß die Berliner Parteigenossen dem Wirthe Lindenhayn in Grünau gegenüber ihre Pflicht thun werden!

Die Geschichte von einem festgenommenen Staatsanwalt berichten hiesige Blätter in folgendem: In das „gemeingefährliche“ bezw. „gekennzeichnete“ Zeitungsviertel wagte sich dieser Tage unvorsichtigerweise ein älterer Staatsanwalt, der ein Monocle zu tragen pflegt. Während der Herr auf der Suche nach diesem unentbehrlichen Requisit auf der Rundung seiner Weste herumtastete, trat ein Mann an ihn heran und suchte ihn darüber zu belehren, daß die geschilderte Monocle-Suche auf der Straße nicht wohlanständig sei. Der also Rektifizirte, ein abgesagter Feind unnützen Schreibwerkes, übte schnelle Justiz, indem er dem vorlauten Rathgeber „Eins hinter die Ohren“ gab. Doch den überzeugte das nicht, er verfocht seine Ansicht mit der blechernen Kanne, die er zufällig in der Hand trug. Es bildete sich der unvermeidliche Auflauf, und ein wunderschönes Exemplar vom groben Unfugs-Thatbestand, wie es sich ein Staatsanwalt nur wünschen kann, war alsbald perfekt. Um die Trefflichkeit des Falles noch zu erhöhen, war auch gleich ein Schutzmann zur Stelle, der seinen Posten hatte verlassen dürfen und dieser mußte nun, seiner Instruktion gemäß, dem Ersuchen des Mannes stattgeben und — fast sträubt sich die Feder — den Herrn Staatsanwalt zu einem Spaziergange nach der Polizeiwache einladen. Natürlich mußte auch der Denunziant dorthin folgen. Hier löste sich die Sache dann in Wohlgefallen auf; der persönlich bekannte Staatsanwalt schilderte den Hergang und so wurde nicht er, sondern der Provokant „festgestellt“, der wohl ein Strafmandat wegen groben Unfugs zu gewärtigen hat. Freilich meinte dieser, nicht er, sondern sein Gegner habe den Straßenauflauf verursacht und zwar durch die Monoclesuche, an der er Aergerniß genommen.

Die Geschichte scheint ihren Haken zu haben. Denn wenn sie so stimmte, wie hier berichtet wird, so wäre der Staatsanwalt ebenso schuldig, wie der Arbeiter und hätte gleichfalls seine an diesem begangene Ungehörigkeit event. vor Gericht zu verantworten.

Die Lehren des Brandes der Borsig-Mühle werden in einem fachmännischen Artikel der „Baugew.-Ztg.“ eingehend besprochen. Der Verlauf des Riesenbrandes hat, so wird als Ergebniß festgestellt, wiederum bestätigt, daß die früher geglaubte Feuersicherheit eiserner Konstruktionen in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, daß vielmehr die gußeisernen Säulen und die Blechträger bei einem großen Brande und unter Einwirkung des Spritzenwassers die vollständige Zerstörung eines Gebäudes beschleunigen und fördern, daß sie die Gefahr des Umsturzes der an sich standfesten Mauertheile erhöhen und eine Rettung der in solchen Gebäuden lagernden Güter unmöglich machen. Die zwischen den Eisentrümmern liegenden Holzbalkenreste beweisen deutlich, daß Holz darin immer noch zuverlässiger als Eisen ist. Wenn sie auch natürlich in dem allgemeinen Zusammenbruch mit niedergegangen und von der Gluth stark verfehrt sind, so haben dieselben doch ihre Form und einen festen, immerhin oft noch tragfähigen Kern behalten. Das Mauerwerk der Umfassungswände ist im ganzen gut erhalten. Als höchst fragwürdiges Material hat sich der Granit erwiesen. Eine dem Feuer mehr ausgesetzt gewesene Treppe ist von oben bis unten zu einem einzigen Schutthaufen zusammen gebrochen. Eine Holzthür neben dieser Granittreppe ist noch nahezu unversehrt, auch sonst finden sich mitten in der Zerstörung noch gut erhaltene Holzpfosten und dergleichen. Eine Vergleichung der verschiedenen Materialien führt also dahin, daß Holz, gut gerohrt und verputzt, eine bedeutend höhere Sicherheit gegen Feuer ergiebt, als man ihm, im Vergleich zu Eisen oder Granit zuzusprechen geneigt ist, weil die geputzte Holzdecke und Treppe, von dem Wasserstrahl der Spritze benäßt, in ihrer Widerstandsfähigkeit erhalten, Eisen und Granit aber nur um so schneller zerstört werden. Es wird ferner für die Verwendung von Eisenkonstruktionen eine Ummantelung mit Drahtputz, Asbest u. dergl. oder mit Mauerwerk unbedingt zu fordern sein. Als wirklich feuersicher wird man solcher Gluth gegenüber überhaupt kein Material bezeichnen können, als das beste des Vorhandenen aber immer mehr nur die gemauerten Pfeiler und Wände und diejenigen Betonkonstruktionen, welche von der Hitzempfindlichkeit der Eisenkonstruktionen nicht abhängig sind, anerkennen müssen.

Ein verspäteter Fastnachtsscherz? Ein hiesiger Eisenbau- und Betriebs-Unternehmer hat an die städtische Verkehrs-Deputation unter Ueberreichung eines von ihm verfaßten Werkes, auf ein von ihm ausfindig gemachtes Systems hingewiesen, das geeignet sein soll, eine Verkehrsinstitution zu schaffen, welche allen zukünftigen Anforderungen einer Großstadt entspreche. Aus gewissen Gründen hat der Einsender näheres über sein System nicht angegeben und will darüber nur mündlich Bericht erstatten. Folgende Vorzüge soll diese neue Verkehrsinstitution, welche einen Kostenaufwand von 250 Millionen Mark für ganz Berlin beansprucht, im künftigen Verkehr schaffen: 1. Jeder Fahrgast soll in nächster Nähe seiner Wohnung Gelegenheit finden, nach jedem Punkte der Stadt zu gelangen; 2. Fortfall der lästigen Kontrolle der Fahrscheine; 3. die Fahrgeschwindigkeit soll bis auf 30 Kilometer pro Stunde gesteigert werden; 4. der Bau der Anlage soll keine Störungen des Straßenverkehrs hervorrufen; 5. Straßen-Erweiterungen sollen in Zukunft nicht mehr nothwendig sein; 6. jede Gefahr durch Zusammenstöße ꝛc. soll ausgeschlossen sein und der Verkehr auch dann aufrecht erhalten werden, wenn Straßensperrungen sich als nothwendig erweisen. Dieses Ideal von Verkehrsmitteln soll sogar soweit ausgebildet werden, daß in Zeiten der Gefahr ein entsprechendes Aufgebot von Militär oder Polizei unbemerkt an beliebige Punkte der Stadt in kürzester Zeit geschafft werden könne. Vielleicht hat der Hexenmeister auch noch ein Rezept zur völligen Vertilgung des Umsturzes in der Tasche.

Die gefürchtete Vertheuerung im Fernsprechverkehr zwischen Berlin und den Vororten ist bereits eingetreten. Benutzt jemand, der keinen Anschluß hat, beispielsweise bei einem Gastwirth den Fernsprecher, so wird dem Wirth die Gebührenrechnung über 25 Pf. für jedes Gespräch zugestellt. In Groß-Lichterfelde hat die Post mit der Einziehung der Sprechgelder obenein noch große Eile. Dem Wirth des dortigen Rathskellers wurde gleich am nächsten Tage nach dem abends geführten Gespräch eines Gastes die Rechnung überreicht. Rechnet man zu dieser Verbesserung noch den Wegfall des einen Hörers, so scheint aus den ganzen postalischen Neuerungen für das Publikum nicht viel Gutes herauszukommen.

Uebernahme des Heilverfahrens für Lungenkranke. Zu der gestern aus unserem Leserkreise gebrachten Mittheilung erhalten wir vom Vorsitzenden des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt, Herrn Dr. Freund, die folgende Zuschrift: „Der „Vorwärts“ bringt in seiner heutigen Nummer (47) unter „Lokales“ eine Notiz, wonach Ausführungen, welche ich in der kürzlich stattgehabten Konferenz, betreffend das Heilverfahren für Lungenkranke, über die Höhe der Familienunterstützung gemacht haben sollte, im Widerspruch mit den thatsächlichen Verhältnissen ständen. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß ich von der 7 Mark betragenden Familienunterstützung nur als bisherigem Höchstbetrage gesprochen habe, wie auch der neuerlich festgesetzte Betrag von 10 Mark nur die Höchstgrenze darstellt. Die Höhe der Familienunterstützung wird für jeden einzelnen Fall unter Berücksichtigung aller in betracht kommenden Verhältnisse auf grund von Recherchen und Gutachten der dem Vorstande angehörigen Arbeitnehmer-Vertreter festgesetzt.“

Eine Verminderung der Bestellgänge für die Briefträger von 12 auf 10 täglich wird gegenwärtig bei mehreren Postämtern in Berlin auf ihre Durchführbarkeit hin geprüft. In Wegfall kommen bei den Versuchen die Bestellungen während der Mittagszeit, bei denen bisher die Zahl der zum Austragen eingegangenen Postsachen verhältnißmäßig gering war.

Auf der Haupt-Feuerwache in der Lindenstr. 40 hat die „Union“ Elektrizitäts-Gesellschaft eine elektrische Anlage errichten lassen zu dem Zweck, die Offiziere und Mannschaften mit der Einrichtung und den Gefahren einer elektrischen Anlage vertraut zu machen. Ein Ingenieur leitet die Kurse, die bei den sich stetig mehrenden elektrischen Anlagen und der damit wachsenden Gefährdung der öffentlichen Sicherheit von großem Nutzen werden können.

Die Wärmehallen unter den Stadtbahnbogen sind bereits gestern Abend geschlossen worden.

Vom Vorstande des Rabatt-Sparvereins Südost wird uns mitgetheilt, daß die gestrige, aus bürgerlichen Blättern entnommene Notiz, betreffend die Veruntreuung von Geldern, auf diesen Verein nicht zutreffe.

Die Sängerin Toni van Graver war, wie hiesige Blätter melden, in der Berliner Lebewelt keine unbekannte Persönlichkeit. Ihre besondere Vorliebe für den Genuß von Spirituosen, welche ihr den Spitznamen „Kognak-Toni“ eintrug, hatte ihre früher wohlklingende Stimme völlig zerstört. Während sie ehedem als „Spezialität“ in erstklassigen Etablissements aufgetreten war, mußte sie in den letzten Jahren durch „Bühnensitzen“ in untergeordneten Chantants ihren Unterhalt erwerben.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Der 28jährige Kutscher Hermann S. machte gestern Nachmittag in der Pappel-Allee den Versuch, sich von dem von ihm geführten Arbeitswagen überfahren zu lassen; er wurde indessen durch schnelles Eingreifen Vorübergehender daran gehindert. Hierauf eilte er in ein nahes Schanklokal, warf ein Zehnpfennigstück auf den Ladentisch, ergriff ein dort liegendes Messer und schnitt sich, ehe die Anwesenden es hindern konnten, dreimal in den Hals. Schwer verletzt wurde er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht.

Im Anschluß an den Vortrag, der heute, Sonnabend, Herr Dr. Naß in der Urania, Invalidenstraße, halten wird, findet morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, eine Besichtigung der Glashütte von Böck und Kessen in Charlottenburg statt.

Theater. Im Neuen königl. Opern-Theater findet die erste Vorstellung der englischen Schauspielgesellschaft vom Londoner Lyceum-Theater, unter Direktion von Mr. Forbes Robertson und Mitwirkung von Mrs. Patrick-Campbell, Donnerstag den 3. März statt. Zur Aufführung gelangt Shakespeare's „Hamlet“. Der Billetverkauf findet vom Montag ab im königl. Schauspielhause statt. Preise der Plätze: Mittelparkett- und Mittelbalkon 5 M., Seitenparkett 4 M., Seitenbalkon 3 M., Stehplatz 1,50 M. — Das Gastspiel „Tina di Lorenzo und Flavio Andò“, welches am 1. März im Berliner Theater stattfinden sollte, kann infolge eingetretener Hindernisse erst am 12. März beginnen. Die Direktion macht darauf aufmerksam, daß die bereits gelösten Billets bis zum 1. März an der Tageskasse umgetauscht werden müssen. — Zu der Neuaufführung von Gerhart Hauptmann's „Biberpelz“, welche für nächsten Donnerstag im Deutschen Theater angesetzt ist, sind die Proben unter der Theilnahme des Dichters im Gange; die Komödie wird von den Damen Paula Ebertz, Luise v. Pöllnitz, Gisela Schneider, Annie Tremner und den Herren Paul Bienseldt, Hans Fischer, Hermann Müller, Hermann Nissen, Emanuel Reicher, Max Reinhardt, Oskar Sauer und Guido Tielscher dargestellt werden. Mit einem neuen Drama wird Gerhart Hauptmann in dieser Spielzeit nicht mehr hervortreten. — Die Rolle der Salome in Sudermann's „Johannes“ wird von Montag ab von Marie Reisenhofer dargestellt werden, die mit diesem Tage in den Verband des Deutschen Theaters tritt; die übrige Besetzung des Werkes bleibt unverändert. — Frau Agnes Sorma ersucht um Aufnahme nachstehender Mittheilung: Aus allen Kreisen der Berliner Gesellschaft gelangen an Frau Sorma so viele Gesuche um Beschaffung von Billets zu ihrer Abschiedsvorstellung, daß sie zu ihrem Bedauern außer stande ist, den einzelnen Briefschreibern zu antworten. Sie muß sich bescheiden, auf diesem Wege bekannt zu geben, daß keinerlei Billets zu ihrer Verfügung stehen. — Im Schiller-Theater findet heute die erste Aufführung von Grillparzer's „Die Ahnfrau“ statt. Die Hauptrollen sind wie folgt besetzt: Graf Zdenko von Borotin: Karl Schreiner; Bertha: Hedwig Pauly; Jaromir: Ewald Bach; Boleslav: Leopold Thurner; Günther: Karl Dahlen; Hauptmann: Eduard v. Winterstein; Soldat: Willy Froböse.

Aus den Nachbarorten.

Im Volksgarten zu Wilmersdorf, Berlinerstr. 40, findet am Sonntag Nachmittag 1 Uhr eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in der zu den Gemeindevertreter-Wahlen am Ort Stellung genommen werden soll. Zahlreiche Betheiligung ist nothwendig. Der Vertrauensmann.

Der aus Spandau gemeldete Straßenraub scheint lediglich eine Erfindung der angeblich Ueberfallenen zu sein. Diese, ein schon älteres „junges Mädchen“, wollte gern heirathen und hatte auch einen Bräutigam in dem Dorfe Kladow, dem sie erzählt hatte, daß sie 900 M. elterliches Erbe besitze. Davon wollte sie, wie sie ihm mitgetheilt, am Mittwoch die Hälfte in Empfang nehmen. Sie kam ohne Geld, ohne Sparkassenbuch und mit zerrissenen Kleidern nach Hause und erzählte die Räubergeschichte. Daß sie Geld auf der Sparkasse abgehoben, hat sich als unrichtig erwiesen.

Aus Spandau meldet man der „Voss. Ztg.“: Eine grobe Ausschreitung ist gestern auf dem neuen Fabrikgebäude der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske an der Unterspree vorgekommen, wo gegenwärtig umfangreiche Erdarbeiten stattfinden. Ein Schachtmeister war mit einem Arbeiter in Streit gerathen, der in Thätlichkeiten ausartete. Die anderen Arbeiter nahmen für ihren Genossen Partei und gingen dem Schachtmeister zu Leibe, der zu Boden geworfen und mit Messern und Spaten mißhandelt wurde. Die Spandauer Polizei wurde durch den Fernsprecher benachrichtigt, und sechs Polizeibeamte begaben sich hinaus. Inzwischen hatten die Rädelsführer den Ort der That verlassen; fünfzig andere Arbeiter, die eine drohende Haltung angenommen hatten, wurden im Beisein der Sicherheitsbeamten abgelohnt.“

Es wird natürlich nichts von den Ursachen berichtet, durch welche die Arbeiter zu den Ausschreitungen gereizt worden sind. Hoffentlich haben die Armen ihre Ungehörigkeit nicht allzu schwer zu büßen.

Mit einem Fahrrad, das einem Unteroffizier gehörte, ist der Gemeine Niedbalski von der im Fort Hahneberg bei Spandau liegenden Disziplinarabtheilung des Gardekorps geflüchtet. Er fuhr erst nach Spandau, verschaffte sich einen Zivilanzug und ist nun spurlos verschwunden.

Theater.

—r. **Luisen-Theater.** Die „Stütze der Hausfrau“ von Engelbert Karl, die vorgestern in der Reichenbergerstraße auftrat, bildet sich vielleicht zu einer Stütze der Direktion Anger aus. Die Dame ist nicht ganz vom neuesten Datum und soll sich ihre besten Zeugnisse draußen im Lande erworben haben. Verschiedene Provinzialismen haften ihr an, so der uralte Hamburger Witz, daß ein junges Ehepaar seine Hochzeitsreise auf der Verbindungsbahn machen müsse. Doch das genirte im Luisentheater nicht weiter. Das Publikum schien sich königlich darüber zu freuen, daß die Stütze der Hausfrau garnichts mit der abgeleierten Dienstbotenfrage zu thun hatte, sondern einfach ein schmuckes Mädchen war, das alten und jungen Männern den Kopf verdreht, und zuletzt natürlich einen jungen Mann heirathet. Dazwischen spielt eine Menge Episodenwerk, das zum Theil allerdings ein wenig zum Gähnen reizt, vielfach aber von recht lustiger Natur ist. Sehr komisch wirkten sechs Dienstmänner, die bei einem Arzt ohne Patienten das Sprechzimmer füllen müssen; desgleichen erwarben sich drei in allen Künsten und Wissenschaften geübte junge Damen sowohl durch ihr Auftreten, wie durch ihre im Südosten der Stadt immerhin für schneidig geltenden Kostüme die lebhafteste Anerkennung der recht animirten Zuhörerschaft. Das Stück dauerte bis nach elf Uhr. Vielleicht veranlaßt dieser Umstand die Direktion, durch einige Streichungen die etwas schleppende Handlung des dritten Aktes lebendiger zu machen. Aus der stattlichen Reihe derer, die sich um die Darstellung der Posse verdient gemacht haben, seien die Damen Milbitz, Müller und Sander, sowie die Herren Winckler, Reif, Landeck, Conrad und Arno besonders genannt.

Gerichts-Zeitung.

Der Kampf gegen die sozialdemokratischen Druckschriften-Vertheiler bringt immer neue Ueberraschungen. Der Tischler Wiesener war von einer märkischen Stadt aus „aufs Land“ gegangen, um eine Flugschrift zu verbreiten, worin die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter und des Gesindes im Sinne der Sozialdemokratie behandelt waren. Er soll nun die Vertheilung an öffentlichen Orten ohne polizeiliche Erlaubniß vorgenommen und sich dadurch gegen § 10 des preußischen Preßgesetzes vergangen haben. Schöffengericht und Landgericht verurtheilten ihn auch zu einer Geldstrafe von zwanzig Mark. Es wurde für festgestellt erachtet, daß er ein Päckchen der Flugschriften von der Chaussee aus über die Mauer eines Gehöftes geworfen habe. Darin sei, so führte das Landgericht aus, ein Vertheilen auf öffentlicher Straße zu sehen. Es fänden deshalb § 10 und § 41 des preußischen Preßgesetzes Anwendung, wonach ein solches Vertheilen nur mit polizeilicher Erlaubniß gestattet sei. Der Angeklagte legte Revision ein und machte folgendes geltend: Erstens sei § 10 des preußischen Preßgesetzes nicht in allen seinen Vorschriften durch den § 30 des Reichs-Preßgesetzes konservirt worden, sondern nur soweit es sich um das unentgeltliche Vertheilen von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen handele. Solche seien in der fraglichen Schrift nicht enthalten. Dann könne rechtlich eine Mittheilung an einen andern in dem Hinüberwerfen über den Zaun nicht gefunden werden. Ferner könne die festgestellte Handlung als ein Vertheilen nicht gelten, da nur durch die Abgabe an mehrere Personen etwas vertheilt werde. Und schließlich liege kein öffentliches Vertheilen vor, denn die Abgabe der Schriften sei erst erledigt gewesen, als sie jenseits der Mauer auf dem Boden des Gehöftes, also in einem geschlossenen Raume anlangten. Der Oberstaatsanwalt bemerkte zu der Revisionsbegründung: Das Vertheilen setze allerdings eine Mehrheit voraus. Es genüge jedoch, wenn das

Vertheilungsobjekt einer Mehrheit zugänglich gemacht werden soll. Unzweifelhaft sei dies dadurch dargethan, daß Angeklagter ein Päckchen hinüberwarf. Hiermit habe er die Absicht bekundet, die Flugschrift mehreren zugänglich zu machen. Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und wies die Angelegenheit zu anderweitiger Entscheidung in die Vorinstanz zurück. Ohne Rechtsirrthum habe das Landgericht angenommen, daß W. an einem öffentlichen Orte Druckschriften vertheilte, indem er sie über den Zaun warf. Dagegen habe der Angeklagte recht, daß durch den § 30 des Reichs-Preßgesetzes der § 10 des preußischen Gesetzes u. a. nur soweit aufrecht erhalten sei, wie er sich auf die Vertheilung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen erstrecke. Ob solche in jenen Schriften enthalten seien, müsse das Landgericht nachprüfen.

Wegen Nichteintragung ist die Gemeinde-Wählerliste hatte sich der Hausdiener Kloloff und der Wächter Borchart bei der Stadtverordneten-Versammlung von Stettin beschwert. Sie wurden jedoch mit ihrem Antrage auf nachträgliche Eintragung abgewiesen. Die Stadtverordneten-Versammlung berief sich auf einen Gemeindebeschluß von 1874, wonach zur Erwerbung des Bürgerrechts in Stettin ein jährliches Einkommen von mehr als 300 Thalern erforderlich ist. Die Beschwerdeführer sind nach einem Einkommen von mehr als 660—900 M. eingeschätzt. Auf die erhobene Klage erkannte der Bezirksausschuß zu ihren gunsten, und auch das Ober-Verwaltungsgericht entschied gestern, daß der Stettiner Magistrat verpflichtet sei, sie nachträglich in die Gemeinde-Wählerliste aufzunehmen. Es führte aus, solche Gemeindebeschlüsse, wie der hier angezogene aus dem Jahre 1874, seien durch den § 85 des Einkommensteuer-Gesetzes beseitigt. An ihre Stelle trete die Vorschrift des § 77 desselben Gesetzes, und darin sei gesagt, daß an die Stelle eines jährlichen Klassensteuer-Satzes von 6 M. der Steuersatz von 4 M. trete, beziehungsweise ein Einkommen von mehr als 660 bis 900 M. Das Einkommen der Kläger genüge also zur Aufnahme in die Wählerliste.

Die Polizei als Schützerin der Baptisten. Einen interessanten Rechtsstreit, den der Gastwirth Karl Keller gegen den Berliner Polizeipräsidenten führte, erledigte am 23. Februar das Ober-Verwaltungsgericht. Im März vorigen Jahres verbot der Polizeipräsident Herrn Keller, in seinem Lokal in der Schmidstraße 18 und in dem dazu gehörigen Garten Sonntags an den Stunden Konzerte stattfinden zu lassen, wo in der neben dem Lokal belegenen Kirche die Baptistengemeinde ihren Gottesdienst abhalte. Keller klagte darauf beim Bezirksausschuß und bestritt die Zulässigkeit einer solchen polizeilichen Verfügung. Er bedürfe zur Veranstaltung musikalischer Aufführungen in seinem Lokal und Garten überhaupt keiner polizeilichen Erlaubniß. Uebrigens fänden sehr selten in seinem Garten Konzerte statt; auch seien die Zusammenkünfte der Baptisten nur als gewöhnliche Versammlungen anzusehen. Die Baptisten gäben ihre sog. Kirche sogar zu lärmenden Versammlungen der Heilsarmee her. Der Kläger wurde abgewiesen. Rechtsanwalt Wreschner I legte beim Ober-Verwaltungsgericht Berufung ein. Der Minister delegirte in der Person des Regierungsrathes Diterici einen Kommissar zur Verhandlung. Der Herr betonte, daß alle Bestimmungen, die für christliche Kirchen beständen, auf die Baptistengemeinde Anwendung fänden. Das Ober-Verwaltungsgericht hob die Vorentscheidung auf und erkannte dahin, daß die fragliche Verfügung des Polizeipräsidenten außer Kraft zu setzen sei. Zur Begründung führte der Vorsitzende Rommel folgendes aus: Auf § 167 des Strafgesetzbuches könne die Verfügung nicht gestützt werden. Die Worte „vorsätzliche Störung durch Erregung von Lärm" ließen sich nicht auf einen Gewerbebetrieb anwenden, der sich in gewöhnlicher Weise abspiele, ohne daß ein Hinausgehen über die zulässigen Grenzen erkennbar sei. Auch komme hier nicht § 27 der Gewerbe-Ordnung in Frage, wonach die Errichtung oder Verlegung von Anlagen, deren Betrieb mit ungewöhnlichem Geräusch verbunden sei, der Polizei angezeigt werden müsse, und wonach ferner die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde einzuholen sei, wenn sich in der Nähe der gewählten Betriebsstätte Kirchen 2c. befänden, deren bestimmungsgemäße Benutzung durch den Gewerbebetrieb erheblich gestört werden würde. Erstlich sei die Gastwirthschaft keine gewerbliche Anlage im Sinne dieses Paragraphen und zweitens habe sie schon vor der Erbauung des Gotteshauses der Baptisten an derselben Stelle bestanden. Und auf die Polizeiverordnung, die die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage in Berlin betrifft, könne die angefochtene Verfügung ebenfalls nicht gestützt werden.

Geschlossene Gesellschaft und Lustbarkeitssteuer. Die Freimaurerloge Friedrich Wilhelm zu den drei Hammern in Eberswalde besitzt ein eigenes Vereinshaus, worin die Mitglieder alle Monat mit ihren Familien zusammenkommen. Bei einer der Zusammenkünfte wurden lebende Bilder gestellt und im Anschluß daran ein Tänzchen veranstaltet. Wegen dieser Lustbarkeit wurde die Loge als solche zur Steuer herangezogen. Den Einspruch der Loge wies der Magistrat zurück, indem er sich auf seine Lustbarkeits-Steuerverordnung berief, die folgende Bestimmung enthält: „Für die Veranstaltung einer Tanzlustbarkeit über 11 Uhr nachts hinaus sind 10 M. Steuer zu zahlen. — Den öffentlichen Lustbarkeiten werden diejenigen gleichgestellt, die von geschlossenen Gesellschaften oder von solchen Vereinen veranstaltet werden, die zu diesem Behufe gegründet sind. Familienfestlichkeiten in einem öffentlichen Lokal sind der Steuer nicht unterworfen." Die Loge beschritt dann vergeblich den Klageweg. Der 2. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts wies sie mit folgender Begründung zurück: Das Kommunalabgaben-Gesetz habe den Kommunen das Recht, Lustbarkeitssteuern zu erheben, nicht auf die Besteuerung öffentlicher Lustbarkeiten beschränkt. Der § 5 der Eberswalder Steuerordnung, der die geschlossenen Gesellschaften im allgemeinen der Besteuerung unterwirft, sei deshalb gesetzlich gerechtfertigt. Wer die Lustbarkeit abhalte, könne auch als Veranstalter angesehen werden. Die von Vereinsmitgliedern unter Duldung oder mit Wissen des Vereinsvorstandes veranstalteten Lustbarkeiten seien als vom Verein veranstaltet anzusehen. Deshalb sei die fragliche Festlichkeit der Logenmitglieder und ihrer Familien keine Familienfestlichkeit gewesen und somit der Besteuerung nicht entzogen.

Eine grobe Ausschreitung auf der Stadtbahn führte heute den stud. jur. Erich Baath unter der Anklage des groben Unfugs und der Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung vor die 129. Abtheilung des Amtsgerichts I. Am Todtensonntag, 21. November v. J., nachts 12 Uhr, fuhr der Angeklagte in einem Abtheil der Stadtbahn nach der Friedrichstraße zu und machte sich dort höchst unnütz. Er gerieth mit einem ihm gegenüber sitzenden Herrn und einer Dame in Mißhelligkeiten, da er die Oeffnung des Fensters verlangte, während von der anderen Seite diese Forderung nicht erfüllt wurde, da der Herr körperlich leidend war. Als der Zug am Bahnhofe Friedrichstraße hielt, ging der Angeklagte, der inzwischen allerlei unnütze Redensarten gemacht und u. a. gesagt hatte: „Euch Juden wird's wohl nicht ziehen!" zu Thätlichkeiten über. Er versetzte dem Mitreisenden drei Schläge auf den Kopf und soll dessen Begleiterin beim Aussteigen mit der Hand am Kragen gefaßt und als der Zug noch nicht ganz zum Stehen gekommen war, sie auf den Perron herausgerissen haben, so zwar, daß sie mit den Füßen unter die Trittbretter zu liegen kam. Hierin erblickte die Anklagebehörde die das Leben gefährdende Behandlung. Rechtsanwalt Dr. Schwindt, der im übrigen das Verhalten des jungen Mannes keineswegs in Schutz nehmen wollte, gab zur Erwägung anheim, daß das Hinstürzen der Dame vielleicht nicht dem Angeklagten zur Last zu legen, sondern als eine Folge des auf dem Bahnhofe herrschenden Gedränges betrachtet werden könne. Dem Angeklagten wurde seine Vergehung mit Rücksicht auf seine Stellung als Jünger der Themis besonders schwer angerechnet. Der Vorsitzende erklärte es für ganz ungeheuerlich, daß ein den gebildeten Kreisen angehörender junger Mann sich in solcher Weise vergessen konnte, ohne sich veranlaßt zu sehen, sobald als möglich die von ihm belästigten Personen um Entschuldigung zu bitten. Das sei besonders strafbar und der Gerichtshof hätte sicher zu einer Gefängnißstrafe gegriffen, wenn er nicht berücksichtigt hätte, daß der Angeklagte nach den Bekundungen der Zeugen wohl etwas angetrunken gewesen sei und eine Gefängnißstrafe ihm sein ganzes Leben verderben würde. Der Gerichtshof habe deshalb Geldstrafe gewählt, diese aber für den groben Unfug auf 100 M., für die Körperverletzung auf 300 M., im ganzen also auf 400 M. bemessen.

Die Beleidigungsklage, die der englische Zeitungskorrespondent Mr. Bashford gegen den Vertreter Wiener Zeitungen Herrn Engelmann und den Redakteur der „Staatsbürger-Ztg." Herrn Dr. Bachler angestrengt hatte, hat sich nun in Wohlgefallen aufgelöst. Die kürzlich vor dem Schöffengericht stattgefundene Verhandlung wurde bekanntlich vertagt und beschlossen, beide Anklagen zu trennen, um eine Vernehmung des Herrn Engelmann als Zeuge in der Bachler'schen Sache zu ermöglichen. Das weitere gerichtliche Verfahren ist aber überflüssig geworden, da, wie wir hören, Mr. Bashford inzwischen seine Klage zurückgenommen hat, das gescheidteste, was er thun konnte.

Die Angelegenheit des „falschen Einjährigen", die schon wiederholt die Gerichte beschäftigte, kann auch in der am Montag beginnenden neuen Tagung des Schwurgerichts noch nicht zur Verhandlung kommen. Die Angelegenheit hat mit absonderlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bekanntlich haben sich Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Schreibers Wilhelm Histermann, der für seinen Freund Köhler das Einjährigen-Examen gemacht, ergeben. Histermann wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf sechs Wochen der Dalldorfer Anstalt überwiesen. Im letzten Termine, der am 30. September vorigen Jahres vor dem hiesigen Schwurgericht stattfand, begutachtete Geh. Medizinalrath Sander, daß Histermann als unzurechnungsfähig zu gelten habe. Rechtsanwalt Leonh. Friedmann hielt deshalb die Freisprechung des H. ohne weiteres für geboten, der Staatsanwalt aber setzte einen Gerichtsbeschluß durch, daß noch ein Obergutachten des Medizinalkollegiums der Provinz Brandenburg eingeholt werde. Letzteres hat sich zur Abgabe eines solchen bereit erklärt, jedoch unter der Voraussetzung, daß Histermann längere Zeit in einer Anstalt beobachtet werde. Daraus ergaben sich neue Schwierigkeiten, da H. schon einmal sechs Wochen zu gleichem Zweck in einer Anstalt war und die Verwahrung in einer solchen nach § 81 Str.-Pr.-Ordn. die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten darf. Histermann hat über diese Schwierigkeiten dadurch hinweggeholfen, daß er sich nunmehr freiwillig bereit erklärt hat, sich auf die Dauer von drei Wochen in einer Anstalt auf seinen Geisteszustand beobachten zu lassen.

Versammlungen.

Der fünfte Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag im Restaurant „Altes Schützenhaus", Linienstr. 5, eine Versammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung ertheilt der Vorsitzende dem Genossen Dr. Borchardt das Wort zu seinem Referat: „Darf die praktische Arbeit im Parlament bis zur Bewilligung von Kanonen gehen?" Eingangs seiner Rede erinnert der Referent an das fünfzigjährige Jubiläum der bürgerlichen Märzrevolution und des kommunistischen Manifestes. Dann führt er aus, wie noch das kommunistische Manifest an eine bewaffnete Erhebung denkt, ein Gedanke, den man noch viele Jahre später nicht aufgegeben hatte, während unsere Zeit es gerade für ihre Hauptaufgabe hält, gewaltsame Putsche zu verhindern. Noch Lassalle's Arbeiter-Programm steht halb auf diesem Boden, wenigstens spricht der Verfasser darin aus, daß sich eine gesellschaftliche Umwälzung in ganz absehbarer Zeit vollziehen dürfte. Dieser Glaube an das baldige Zur-Herrschaft-gelangen des Proletariats sei in weit größeren Kreisen verbreitet, als man überhaupt annehme. Sagte doch sogar Bebel auf dem Erfurter Parteitage im Jahre 1891, daß nur wenige anwesend seien, die nicht den Hereinbruch einer neuen Zeit erleben würden. — Allein die Erfahrung habe gezeigt, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllten, sondern daß im umgekehrten Verhältniß zum Emporblühen der Industrie sich die Lage der Arbeiter von Jahr zu Jahr verschlechtere. Dieses entgegengesetzte Verhältniß führt Redner auf die periodisch wiederkehrenden Krisen im Geschäftsleben zurück; er zitirt hierzu Stellen aus dem Marx'schen „Kapital" und aus Bebel's „Frau". Beide Autoren seien der Ansicht, daß die ständig größer werdenden Krisen schließlich eine Schlußkrise heranziehen müßten, die den unbedingten Zusammensturz der bürgerlichen Gesellschaft zur Folge haben müßte. Derselben Ansicht sei auch der internationale Sozialistenkongreß im Jahre 1896 in London gewesen. Allein in diesen letzten fünfzig Jahren der Erfahrungen, die man über dieses Thema gemacht habe, müsse man doch erkannt haben, daß sich die Marx'schen und Engels'schen Theorien von der Regelmäßigkeit und Häufigkeit der wirthschaftlichen Krisen nicht bewährt haben. Nein! im Gegentheil, die bürgerliche Gesellschaft stände überhaupt noch gar nicht auf so schwachen Füßen, als man gewöhnlich annähme. Man denke nur an die Erschließung China's und Afrika's, zwei Faktoren, die das Leben unserer heutigen herrschenden Gesellschaftsklasse noch um ein ganz bedeutendes verlängern dürften. Bernstein wäre es besonders gewesen, der gerade in der letzten Zeit gegen die hergebrachte Annahme von der Bedeutung der Krisen angekämpft habe, indem er nachgewiesen habe, daß sich Krisen von heutzutage nur auf einzelne Industriezweige, nicht aber auf die ganze Produktion erstrecken könnten. Dies sei aber kein Gegensatz zum Sozialismus, sondern nur ein Theoriewechsel innerhalb des Rahmens derselben Bewegung, denn Bernstein halte die Bestimmung der Sozialdemokratie dafür, sich eine demokratische Regierungsform zu schaffen. Thatsächlich wachsen wir ja auch, um einen Ausspruch unseres alten Liebknecht anzuführen, von Tag zu Tag mehr in die neuen Verhältnisse hinein. Daß sich dies so verhält, beweist, daß wir heute bereits eine wirkliche sozialistische Praxis besitzen, nämlich das Genossenschaftswesen und die Konsumvereine. Hierbei streift Redner kurz die nicht bewährten Lassalle'schen Produktiv-Genossenschaften und verweist dann auf die Kautsky'sche Broschüre: „Konsumvereine und Arbeitervereine". Auf der anderen Seite hätten wir gleichfalls eine sozialistische Praxis in der Betheiligung an den Wahlen. Von diesem Gesichtspunkte aus seien auch die Fragen betreffs der Landtagswahlen zu betrachten. In diesem Sinne habe wohl auch der Reichstags-Kandidat Heine jenen so viel angefochtenen Satz ausgesprochen: „Die ganze Macht des Volkes, die seine Vertreter im Parlamente ausüben können, beruht auf dem Bewilligungsrecht." — Aehnlich habe auch einmal Bismarck gelegentlich einer Militärfrage Eugen Richter geantwortet, man müsse, wenn man auf eine Regierung einwirken wolle, nicht immer Nein sagen, sondern mit ihr handeln. Aber die Sache habe in diesem Falle anders gelegen. Richter war einflußlos geworden, nicht darum, weil er mit der Regierung nicht handeln wollte, sondern weil er nicht mehr im Volke wurzelte und keine Massen hinter sich hatte. Aber auch Heine meint es gar nicht so, wie er es ausgesprochen, denn er sagt gleich darauf wörtlich: „Es wird wohl niemand von uns in die Lage kommen, mit der Regierung zu handeln". Redner geht nun auf den Begriff von Konzessionen und Bewilligungen näher ein und kommt auf die Entwickelung des Koalitionsrechtes. Er weist nach, wie stets gegen dasselbe von allen Parteien ohne Ausnahme angekämpft worden sei und wie die Rechtsprechung anläßlich der sich mehrenden Streiks einen immer schärferen Charakter angenommen habe. Dann widerlegt er den sogenannten „Terrorismus" der Arbeiter durch statistische Zahlen. Somit kommt er dann zu der Frage, was denn nun eigentlich die Aufgabe unserer Vertreter im Parlament sei. Er beantwortet diese Frage damit, daß man vor allen Dingen keine Schacherpolitik treiben dürfe, sondern Aufklärung nach jeder Richtung in die Massen hineintragen müsse, und entschieden für eine Erweiterung des Koalitionsrechtes eintreten müsse; damit dieses im weitesten Sinne geschehen könne, müsse jeder dazu bei den kommenden Reichstags-Wahlen seine Pflicht thun. — Im Anschluß an den beifällig aufgenommenen Vortrag entspinnt sich eine außerordentlich lebhafte Diskussion. Genosse Oertel erklärt sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden, nur vermißt er das eigentliche Eingehen auf den allgemein erwarteten Punkt. Auch die nachfolgenden Redner Maas, Dr. Weyl, Alfons Borchardt und Liepmann sprechen sich ähnlich aus. Alle Redner aber sind darin einig, daß, wie immer man sich sonst zu Heine's Ausführungen stelle, jetzt ein Anlaß zu weiteren Erörterungen nicht vorliege. Von Liepmann namentlich wird betont, daß hierzu nach den Wahlen Zeit genug sei; Heine sei als Kandidat aufgestellt und die Parteigenossen würden einheitlich die Propaganda für seine Wahl betreiben; das sei Parteipflicht. Maas spricht sich gegen jede „Kompensationspolitik" aus, jede Militärforderung müsse nicht blos aus taktischen, auch aus prinzipiellen Gründen von seiten der Sozialdemokratie abgelehnt werden. Dr. Weyl hält einen prinzipiellen Verstoß nicht für vorliegend, er billige daher auch die Erklärung der Fraktion. Alfons Borchardt erklärt die Heine'sche Kandidatenrede für eine „Zukunftsstaatsdebatte", denn Heine habe in seinen Ausführungen wohl mehr erläutern wollen, was die Sozialdemokratie einmal thun würde, wenn sie einst die Macht im Lande haben werde. Er protestirt gegen die Heine'sche Auffassung, daß „Opportunismus" und „Klassenkampf" nur „Schlagworte" seien. In seinem Schlußworte erklärt der Referent, daß nach seiner Meinung Heine's Erörterungen sich auf einem Zukunftsboden abspielten. Aus diesem Grunde habe er die Heine'sche Rede auch nur kurz gestreift. Damit schließt die Versammlung.

Im sechsten Wahlkreis sprach am Donnerstag Abend Genosse Pfannkuch im Berliner Prater in einer außerordentlich stark-, fast zur Hälfte von Frauen besuchten Versammlung über die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Redner erinnert daran, als er vor zwölf Jahren zum letzten Male in diesem Theile des Wahlkreises sprach, daß die politische Situation der heutigen ziemlich ähnlich sah. Zwar haben wir heute kein Ausnahmegesetz, aber bei verschiedenen Parteien ist die lebhafte Neigung vorhanden, die Sozialdemokratie wieder einmal mit einem solchen zu beglücken. Aber damals wie heute ist die Kampfesstimmung der Partei die gleiche. Mag kommen, was will, wir stehen gerüstet. Der Redner geht dann daran, zu zeigen, wie die Steuerschraube seit Bestehen des Reiches von Jahr zu Jahr fester angezogen wurde, um die höher und höher anschwellenden Militär- und Marinelasten zu bewältigen. Wie wenig eine Angriffsflotte zum Schutze des Reiches gegen feindliche Invasion nothwendig sei, habe sich ja während des Krieges 1870/71 gezeigt. Auf die Opposition der bürgerlichen Parteien ist kein Verlaß, das hat sich stets nach einer Auflösung des Reichstages gezeigt, deshalb müsse man auch jetzt die politische Atmosphäre als unklar und undurchsichtig bezeichnen. Die Regierung scheint ja allerdings zu glauben, daß augenblicklich mal wieder der Patriotismus genügend angefeuert ist, daß sie es wagen kann, mit der Flottenfrage als Wahlparole in den Wahlkampf ziehen zu können. Aber das arbeitende Volk ist in seiner politischen Organisation schon so stark geworden, daß es der Regierung klar zu machen im stande ist, daß die gegenwärtige Politik nicht des Volkes Wohlfahrt fördert. Die Sozialdemokratie zieht deshalb auch mit der alten Parole in den Wahlkampf: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Möge man uns, wie schon so oft, deshalb als Reichsfeinde bezeichnen. In der Stunde der Gefahr sind es doch die Arbeiter, die für des Reiches Schutz mit Blut und Leben einstehen werden. Wieder, wie 1887 und 1893, will man die politische Entrechtung des arbeitenden Volkes benutzen, um einen Raubzug auf die Taschen desselben auszuführen, wie die verschiedenen Maßnahmen und Vorberathungen bekunden. Auch hierbei haben sich die Arbeiter noch die Anerkennung zu erkämpfen, daß man auch Vertreter ihrer Klasse zu denselben hinzuzieht. Wenn uns die Gegner vorwerfen, durch unsere Stellungnahme zwingen wir die Regierung zu einer arbeiterfeindlichen Politik, so haben gerade die Vorgänge der letzten Zeit klar bewiesen, daß gerade die Sozialdemokratie die richtigste Politik verfolge. Die heutige Regierung ist ja nicht einmal gewillt, den Arbeitern innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft gleiche Rechte einzuräumen aus Furcht, wie Herr v. Posadowsky erklärte, daß dadurch die besitzenden Klassen sich in bewußte Gegner der Regierung verwandeln könnten. Das sollte selbst den bürgerlichen Ideologen und Philantropen zu denken geben. Wir werden den Hinweis Posadowsky's beherzigen, daß das gleiche Wahlrecht für die Arbeiter ein Mittel ist, ihren Willen in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Wir werden dann im stande sein, allen reaktionären Bestrebungen einen kräftigen Dämpfer aufsetzen zu können. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Genosse Grasholdt machte namentlich angesichts der bevorstehenden Wahlen auf die Wichtigkeit der Parteipresse und der politischen Organisation aufmerksam. Hierauf schloß die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Maurer hielten am Donnerstag eine von etwa 2000 Theilnehmern besuchte öffentliche Versammlung im Keller'schen Saale ab. Es handelte sich zunächst um die Neuwahl der Lohnkommission. Dieselbe soll nach dem sowohl von zentraler wie von lokaler Richtung gemachten Vorschlage aus sechs Personen bestehen, und zwar soll jede Richtung deren drei stellen. Die im vorigen Jahre beschlossenen Bedingungen betreffs des Zusammengehens beider Richtungen in der Lohnbewegung wurden auch für das laufende Jahr bestätigt. Ueber einen zu diesen Bedingungen gestellten Zusatzantrag: Während des Bestehens der Lohnkommission hat jede Sammlung zu einem anderen Fonds als dem Streikfonds zu unterbleiben, war die Abstimmung zweifelhaft und wurde derselbe deshalb als abgelehnt erklärt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag, welcher besagt, daß auf Bauten und in Versammlungen Organisationsstreitigkeiten nicht stattfinden dürfen; es wurde aber in der Debatte hervorgehoben, daß Diskussionen über die Organisationsform, soweit sie sich in anständiger Form bewegen, nicht darunter zu verstehen sind. Nunmehr fand die Wahl der Lohnkommission statt. In dieselbe wurde von lokaler Seite Metzke, Matull, Beiersdorf, von der zentralen Richtung Silberschmidt, Fritzsch und Pauser delegirt. Darauf gab die Versammlung einstimmig dem Willen Ausdruck, mit der Lohnkommission in Sachen der Lohnbewegung einig und geschlossen zusammen zu gehen. Zu Revisoren wurden Behrendt und Winster bestimmt. Als Beitragsammler wurden gewählt: Für O. Pagel, Palma, für SO. Brandes, Hahn, für S. Schröder, Ernst Schulz, für W. Paukus, Vogler, für Moabit Pusch, Huhoff, für Wedding Joel, Neumann, für N. Büttner, Zillmer, für die Oranienburger Vorstadt Böhm, für NO. Jänisch, für Friedrichsberg Blankenburg, für Schöneberg Henkel. — Mit der Ausgabe der neuen Sammelkarten soll am Montag, den 28. d. M., und mit den Sammlungen am Sonnabend, den 5. März, begonnen werden. Der wöchentliche Beitrag zum Streikfonds wurde auf 25 Pf. festgesetzt. Hierauf fand die Fortsetzung der in einer früheren Versammlung begonnenen Debatte über die Abrechnung statt und wurde dem Kassirer einstimmig Decharge ertheilt und ein Manko von 14 M. niedergeschlagen. Ein Redner verlangte von unserm Berichterstatter zu wissen, ob er den Bericht über die ausgelöste Tonhallen-Versammlung in der Form, wie er im „Vorwärts" erschienen ist, verfaßt habe. Der fragliche Bericht wurde als tendenziös entstellt bezeichnet und angedeutet, daß derselbe vielleicht von einem Mitgliede der Lohnkommission abgefaßt worden sei. Unser Berichterstatter erklärte, daß letzteres nicht der Fall sei. Im übrigen müsse er es ablehnen, sich wegen seiner dem „Vorwärts" gelieferten Arbeiten vor einer Versammlung zu verantworten, ebenso wenig wolle er auf den Vorwurf, der Bericht sei tendenziös entstellt, hier eine Antwort geben. Wer an dem Bericht etwas auszusetzen habe, möge sich bei der Redaktion resp. bei der Preßkommission beschweren; da sei die Stelle, wo er sich zu verantworten habe. Die Versammlung erledigte einen Antrag:

wägen des Berichts bei der Preßkommission Beschwerde zu führen, durch Uebergang zur Tagesordnung. Für die Gewerbegerichts-Wahlen in Schöneberg wurden 50 M. bewilligt.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Rd. Neumann, Brunnenstraße 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstraße 50, v. 2 Tr. **Sonnabend**, abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Syranta, Landsberger Allee 186 bei Goebel. — Ganges-Echo, Naunynstraße 6, Restaurant Scholz. — Immergrün, Tegel, Spandauerstraße 13 bei C. Mentner. — Glück zu, Badstr. 19, Witz' Salon. — Hand in Hand II, Friedrichsberg, Friedrich Karlstraße 11 bei Heinecke. — Frisch auf I, Friedrichsberg, Wartenbergstr. 69 bei Lange. — Weiße Rose II, Weißensee, Straßburgerstr. 56 bei Sorrer. — Eintracht 3, Teltow, Zehlendorferstraße 6 bei Terp. — Sängerlust, Luckenwalde, Beelitzerstraße 34 bei Schulze. — Einigkeit 2, Weberstraße 42 bei Lange. — Arbeiter-Gesangverein Luckenwalde (gemischter Chor), Luckenwalde, Bussestraße 20 bei Bäcker.

Arbeiter-Rauchverbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 80, 9. Hof. **Sonnabend:** Angler I, Zimmerstraße 59 bei Ruppert. — Havana II., Nowawes-Neuendorf, Lindenstraße 31 bei Thomas. — Glück Auf, Rüdersdorf-Kalkberge, Heinitzstr. 10 bei Greve. — Kuba, Brandenburgstr. 54 bei Pönitz. — Volldampf, Werder a. H., Kugelweg 68 bei Martin. — Unverzagt, Koppenstr. 17 bei Lehmann. — Pappel, Buchholzerstr. 5 bei Dahmke. — Frisch gewagt, Memelerstr. 61 bei Häussler.

Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turnverein Fichte, Berlin, abends von 8 bis 10 Uhr: 1. Männer-Abtheilung Friedenstr. 37. — 2. Männer-Abthl. Boeckhstr. 21. — 3. Lehrlings-Abth. Skalitzerstr. 55—56. — 4. Lehrlings-Abthl. Stephanstraße 2. — Freie Turnerschaft Johannisthal abends von 9—10 Uhr bei Herrn Senftleben. — Turnerschaft d. V. Nereus, Lehrlings-Abtheilung von 8—10 Uhr abends Reichenbergerstr. 131—132.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend. Theaterverein Bohemia, Veteranenstraße 18 bei Schulz. — Bühnenverband Normania jeden letzten Sonnabend im Monat Gr. Frankfurterstraße 116 bei Höhne. — Vergnügungsverein Helgoland II., jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat Lübbenerstr. 9 bei Lehmann. — Skatklub Fortuna, Huttenstr. 1 bei Krahat. — Rauchklub Dornröschen, Fennstraße 3 bei Krüger. — Theaterverein Nordstern, Tunckerstr. 90 bei Schulz. — Privat-Theatergesellschaft Alpenrose, Badstr. 35—36, Restaurant Mariendad. — Vereinigung der Turnfreunde, von 8½ bis 10½ Uhr abends, Demminerstr. 56—57. — Turnverein Osten, Turnhalle Blumenstr. 63a, von 8½—10 Uhr abends Männer-Abtheilung. — Zitherklub Erika, Hessische und Hannoverschestraße-Ecke im Restaurant Müller. — Theaterverein Othello 1, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — Skatklub Hurrah, Lübbenerstr. 23 bei Schneider. — Theaterverein Thalia, Küstriner-Platz 9 bei Pause. — Kegelklub Kalte Neune, Holzmarktstr. 72 (Königstadt-Kasino).

Bildungsverein „Mehr Licht“, Bibliotheksstunde von 8 bis 10 Uhr abends, Moltkestr. 12 bei Gärtner.

Dansk Forening Freja, har Mödeaften hver Lördag Kl. 9, Kommandantenstrasse 72 (Neues Klubhaus).

Böhmisch-slavischer Bildungsverein Hawlischek, Beuthstr. 21, Restaurant „Zur neuen Post“, heute Abend 9 Uhr Mitgliederversammlung.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Rue St. Honoré 314, Cafe du Lion de Belfort. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1848 mitbegründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London.

Verein Vorwärts, Johannisburg (Transvaal). Vereinslokal Progreß-Bierhalle, Corner of Marshall and Small Street.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. Februar, vorm. 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 11 Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Waldeck Manasse: „Der Unglaube in der Weltliteratur.“ Gäste willkommen.

Arbeiter-Bildungsverein in Schöneberg. Außerordentliche Vereins-Versammlung am Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, bei Odk, Grunewaldstraße 110. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist nothwendig. Die ordentliche Versammlung am 7. März fällt aus.

Vermischtes vom Tage.

— In Lauchstädt (Prov. Sachsen) schoß ein 50jähriger Mann, der verheirathet und Familienvater ist, eine 17jährige Fabrikarbeiterin in die Brust und sich selbst in den Mund. Sie hatten beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Beide sind schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt. —

— In Göttingen verwundete der Verwaltungssekretär der Kliniken seine Frau durch einen Revolverschuß und tödtete sich dann selbst. —

— In Feuerbach (Württemberg) hat ein Goldarbeiter seinen 70jährigen Vater nach einem Streit erwürgt. —

— In Schönau bei Graslitz (Böhmen) überfielen Räuber das Haus eines Grundbesitzers in dessen Abwesenheit, ermordeten die Ehefrau und zwei Kinder und zündeten das Haus an. Eine Tochter, die sich versteckt hatte, kam in den Flammen um. —

— Obersteiermark ist von einer Hochwasser-Katastrophe bedroht. Vom Lahnthal kommende Wassermassen haben Längenwang überschwemmt und dringen in die Wohnungen und Stallungen. Die Mürz beginnt zu steigen. —

— Durch Niedergehen einer Lawine bei Reichenstein (Steiermark) ist am Donnerstag der Eisenbahnverkehr zwischen den Stationen Erzberg und Eisenerz unterbrochen; auch das Umsteigen der Reisenden ist bis auf weiteres unmöglich. —

— In der Orbe-Ebene und an den Ufern des Neuenburger Sees (Schweiz) wurde am Dienstag ein starkes Erdbeben verspürt. Viele Kamine stürzten ein und das Wasser des Seespiegels wurde um mehr als einen Meter gehoben. —

— Der französische Bildhauer Fremiet hat das Modell für eine 7 Meter hohe Kolossalstatue für Ferdinand de Lesseps vollendet. Die Suezgesellschaft will das Denkmal in Suez auf einem 10—12 Meter hohen Sockel errichten. —

— Im Kanal wüthete am Dienstag ein heftiger Schneesturm. In Portsmouth hat es 40 Stunden ununterbrochen geschneit. Seit Sonntag schneit es auch jeden Tag in Irland. —

— Nach einer Meldung aus Boston deuten Wrackstücke an, daß das englische Schiff „Asia“ aus Manilla bei den Nantucket-Sandbänken verloren gegangen ist. Alle Personen an Bord sind vermuthlich umgekommen. —

— Im Staate Wisconsin (Nordamerika) sollen einige schöne große Diamanten gefunden worden sein. Die Fundstellen liegen sämmtlich in der Endmoräne des sogenannten Greenbay-Gletschers der letzten Eiszeit, und man nimmt an, daß sie als Geschiebe an ihren heutigen Ort gelangt sind. Auch in einem zweiten Fundort südlich vom oberen See scheinen die Diamanten aus einem ähnlichen Ursprungsgebiet zu stammen. —

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Donnerstag und Sonnabend abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

Lehrer B. Besten Dank für die Zuschrift. Der von Ihnen beanstandete Ausdruck war nicht böse gemeint.

H. K. 120. Die Fachzeitung der Klempner ist die „Metallarbeiter-Zeitung“ in Nürnberg, Weizenstr. 12.

A. D. Zwei Streitende. Auch in der freisinnigen Volkspartei giebt es, wie die Diätenprozesse zur Zeit Bismarcks bewiesen, Abgeordnete, die Diäten beziehen. Der größte Theil der Abgeordneten dieser Partei ist freilich in der angenehmen finanziellen Lage, keine Parteidiäten zu benöthigen. Arbeiter gab und giebt es nicht in der parlamentarischen Vertretung dieser Partei und auch der anderen nicht mit Ausnahme der unserigen.

Weimar. Mußte leider wegen zu starken Stoffandranges zurückgestellt werden. Besten Dank für Ihre Bemühungen.

Weberstr. 48. Nein. — **R. 120.** Ja, ja, nein, ja. — **S. 26.** Ist dieselbe fest angestellt? Zu 2. Sofern die Wohnung schon bezogen ist, ist der Vertrag giltig auf ein Jahr. Andernfalls ist der Vertrag nicht giltig.

Briefkasten der Expedition.

J. Sch. 21, Bochum. Die gewünschten Nummern kosten einschließlich Porto 1,10 M.

Witterungsübersicht vom 25. Februar 1898, 8 Uhr morgens

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresspr.	Windrichtung	Windstärke Skala 1—12	Wetter	Temperatur nach Celsius (0°C. = 4°R.)
Swinemünde	768	SO	1	halb bedeckt	1
Hamburg	764	SO	3	halb bedeckt	2
Berlin	768	SO	2	heiter	0
Wiesbaden	765	SW	2	bedeckt	3
München	765	O	3	Nebel	—4
Wien	760	SSO	5	wolkig	5
Haparanda	777	NNW	2	halb bedeckt	—18
Petersburg	779	SSO	2	bedeckt	—8
Cork	759	SSW	6	bedeckt	10
Aberdeen	762	SSO	5	bedeckt	4
Paris	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Sonnabend, 26. Februar 1898.
Ziemlich warm, theils heiter, theils wolkig mit leichen Regenfällen und schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sonnabend den 26. Februar

Wirtschafts-Schürzen 1 Mk. mit Achselband **1,70 Mk.**
Küchen-Schürzen, Blaudruck **1 Mk.**
Tändel-Schürzen 80 Pf. u. 1,50 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Einsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maaß.

Kinderwagen,
Kranken, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen.
Kinder-Klappstühle, Kinder-Holzmöbel.
Sämmtliche Korbwaaren.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.
Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahnh. Gesundbr.
Telephon. III, 1767.

Fernsprecher Amt IV, 447.
Einsegnungs-Anzüge
in glatten Kammgarn-, Satin-, Diagonal- und Tuchstoffen, 1- und 2reihig, von 12–24 M.
M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4 am Kottb. Thor. Hauptstr. 143 in Schöneberg.
Bitte genau auf die Firma zu achten!

Für 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maaß, für 8—12 M. feine Hosen nach Maaß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Schulz' Festsäle
Neue Königstr. 7, am Königsthor.
In den neu renovirten Sälen: Jeden Sonnabend und Sonntag:
= Großer Ball. =
Vereinszimmer. Saal für Versammlungen frei. Ed. Schulz, Gastwirth.

Wir haben in unseren **Joachimstr. 11, Hof parterre,** belegenen Räumen einen
Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen
aller Sorten **Rind-, Hammel-, Kalb- u. Schweinefleisch,** sowie **Wurstwaaren** bester Qualitäten eröffnet. 4393L*
E. Bressler & Co., Joachimstrasse No. 11,
Commandit-Gesellschaft, Berlin C.,
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaaren mit Dampfbetrieb.
Engros. Export. Détail.

Wegen Aufgabe meines Hut-Engros-Lagers
verkaufe Herren- und Knaben-Hüte in tadellosen Qualitäten zu jedem annehmbaren Preis. Achtungsvoll 44245
S. Gärtner, Grüner Weg 2.

Wo? machen wir unsere Herren-Parthie hin? Zum alten **Freund** auf Pichelswerder. 4063L*

Betten Stand 10,00, Mandar.-Daun. 2,50, Bettfedern, Steppd., Bettwäsche, Gardinen, spottb. Bettenhaus Neanderstr. 8.

Nur Vorderwohnungen zu vermiethen:
Pappel-Allee 106 / Stargarderstr. 71 Eckhaus
2fenstr. Stuben, Küche u. Boden 15 bis 16 M. p. Mon. 2 große, 3- u. 2fenstr. Stub., große Berl. Küche, 30 M. p. Mon.

Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum, Warschauerstr. und Schlesischem Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1898 freundliche Vorder- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermiethen. Näheres beim Verwalter. [4066B*

Ein dreifenstr. möbl. Vorderzimmer als Schlafstelle für Herren. 981b Frau Eile, Grüner Weg 60, III.

Bergmannstr. 92, H. 2 Tr. l. K. möbl. Zimmer.

Arbeitsmarkt.

Für Parteiblätter.
Mehrjähriger Redakteur, perfekter Buchdrucker, sicherer Korrektor, in Agitation und Organisation bewandert, Versammlungsredner, sucht per 1. April oder spät. Stellung in Parteiredaktion oder -Druckerei. Gefl. Offerten unter H. 2 an die Exp. d. „Vorw.“ erb. [*

Tüchtigen Stosser
am kleinen Stoßwerk verlangen
Riese & Pohl,
Görlitzerstr. 52.

Ein perfekter 4394B*
Nagler u. Durchnäher
auf Kickle's Zwillings-Nagelmaschine u. Keats-Durchnähmaschine Nr. 4 findet **sofort** dauernde und gutlohnende Beschäftigung. **Mech. Schuhfabrik Lugau i. S.**

Plätterin in und außer dem Hause suchen **Gebr. Ruben,** Poststr. 6. [*

Lohnende Fabrikationen.
Verlangen Sie **Gratis**zusendung des illustr. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb“, Dresden-N. 7. 14,5*

Mamsells auf verschnürte Jaquets verl. **Matthies, Boyenstr. 17.** II.

Farbigmacher auf Leisten auf Lohn (hoher Lohn) Rixdorf, Selchowerstr. 4.

Sattler-Lehrling
in besserer Geschirrwerkstatt auf Kostgeld verlangt
Weinberg, Dresdenerstr. 99.

Nach Kopenhagen
werden zwei tüchtige Lederarbeiter auf Portefeuiller u. ein Arbeiter auf Rahmen u. welche Sachen verlangt bei **Schöneburg,** Görlitzerstr. 68, Qugb. II.

Versilberer werden sof. verl. Rixdorf, Schönwalderstr. 27.

Asbest-Werkmeister,
ein tüchtiger und energischer, welcher die Fabrikation sämmtlicher Artikel gründlich versteht, wird von einer bedeutenden Fabrik zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten unter **V. W. 804** an **Haasenstein & Vogler, Berlin.** Leipzigerstraße 48.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 25. Februar 1898, 11 Uhr.

Die Berathung des Etats der Handels- und Gewerbe-Verwaltung wird bei dem Ausgabetitel: Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. **Reichardt** (natl.) weist auf die großen Gefahren hin, die mit einer plötzlichen Aufhebung der Exportbonifikation auf Zucker für Handel, Industrie und Landwirthschaft verbunden sein würden.

Abg. **Schwarze** (Z.) befürwortet größere staatliche Fürsorge für das Handwerk. Der Etat enthalte sehr wenig in dieser Beziehung.

Abg. **v. Schenckendorff** (natl.): Der Etat für Handel und Gewerbe zeige in bezug auf die Hebung des gewerblichen Unterrichts einen erfreulichen Fortschritt. Allerdings müsse man sich die früheren Verhältnisse auf diesem Gebiete gegenwärtig halten, die recht trostlos waren und die jetzt viel gehörte Redensart, daß wir für Kulturaufgaben kein Geld haben, ist in diesem Punkte unzutreffend. Redner hat bezüglich einer Maschinenbau-Schule in Görlitz verschiedene Wünsche und weist auf die erheblichen kommunalen Leistungen hin, die heute für den gewerblichen Unterricht gemacht werden, denen gegenüber die Staatsleistungen nach immer recht gering sind. Ernstlich näher treten sollte die Regierung der Frage der Lehrlingszüchterei im Handelsgewerbe, die viel von den heutigen Uebelständen verschulden. In der Frage der Fortbildungsschulen läßt der Etat nur einen geringen Fortschritt erkennen, trotz der Annahme unseres vorjährigen Antrages, der allseitigen Beifall fand.

Minister **Brefeld** erkennt gern an, daß das, was bisher geschehen, nur ein Anfang ist; die Regierung wird die weitere Verbesserung unseres gewerblichen Unterrichts stets im Auge behalten. Die Lage des Handwerkes sei keineswegs so verzweifelt, wie Schwarze sie schildert. Die Organisation der Handwerkskammern begegnet großen Schwierigkeiten, nichts desto weniger werde das Ziel unentwegt im Auge behalten. Vor allen Dingen ist nöthig, die materielle Lage des Handwerks durch Förderung des Genossenschaftswesens zu fördern, um den Kredit zu heben und die Verwendung neuer Betriebsformen zu fördern. Nach der Strömung, die im Lande vorhanden ist und nach dem Interesse, das man an dem Handwerk und der Kleinindustrie in der Bevölkerung nimmt, darf man hoffen, daß diese Erwerbsbetriebe lebenskräftige Faktoren neben der Groß-Industrie bleiben werden. (Beifall.)

Abg. **Wallbrecht** (natl.) wünscht Förderung des Bau-Unterrichtswesens, in jeder größeren Stadt müsse eine Baugewerks-Schule sein.

Regierungskommissar Geh. Rath **Lüders** erwidert, daß diesem Gegenstande volle Aufmerksamkeit zugewiesen werde.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) wünscht von dem Minister zu erfahren, woher die Regierung das Recht nehme, in die Markt- und Preisnotirungs-Kommissionen der Städte Delegirte der Landwirthschaft zu entsenden. Das Recht der Städte beruhe auf der Reichs-Gewerbe-Ordnung und könne durch die Landesregierung nicht beschränkt werden. Die Lage des Handwerks, namentlich in den Städten, sei heute materiell besser als früher, dasselbe gehe auch keineswegs zurück, sondern beweise sich als ziemlich lebenskräftig. Jedenfalls sind alle Maßnahmen zu billigen, die die Regierung zur besseren Ausbildung der Handwerker trifft. Redner tritt dann noch den neulichen Ausführungen Dr. Hahns entgegen, und legt namentlich dar, daß eine Unterscheidung der Industrie, wie Hahn sie darlegte, praktisch gar nicht besteht und auch nicht durchführbar wäre. Von dem Werthe unserer Ausfuhr sind nicht weniger als 2/3 Milliarden auf Arbeitslöhne zu rechnen. Wie bei einem solchen Ausfall die Landwirthschaft fahren würde, das kann sie sich selber sagen. Ihr Interesse ist durchaus solidarisch mit den Interessen der Ausfuhr-Industrie.

Abg. **Felisch** (k.) wünscht eine umfangreiche Propaganda für das Kredit-Genossenschaftswesen unter den Handwerkern. Redner empfiehlt dem Minister die Durchführung der Organisation des Handwerks. Am Schlusse seiner Rede ertönt Händeklatschen auf der Zuschauer-Tribüne.

Vizepräsident **v. Heeremann**, der den Vorsitz führt, weist auf das Unzulässige solcher Kundgebung hin.

Abg. **Schwarze** (Z.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Dr. **Langerhans** (frs. Vp.) verwahrt sich gegen den Vorwurf des Vorredners, daß die freisinnige Partei dem laisser passer huldige.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (frk.): Das Geld, das für das Handwerk ausgegeben wird, bringt reichliche Zinsen und ein kräftiger Handwerkerstand ist die beste Stütze des Staates.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) will für eine Regelung des Lehrlingswesens und für Förderung des gewerblichen Unterrichts eintreten; warnt aber vor Uebertreibung des genossenschaftlichen Prinzips, das leicht mißbräuchlich ausgenutzt werden kann.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.) klagt über die Herabsetzung der Stundenhonorare der Fachschullehrer in den östlichen Provinzen, wo diese Honorare von 2 M. auf 1,50 M. herabgesetzt worden sind.

Regierungs-Kommissar Geheimrath **Simon** erwidert, daß mangels ausreichender Mittel eine Herabsetzung der Honorare nöthig wurde; es sind übrigens nur in den kleinen Städten Westpreußens die Honorare unter zwei Mark bemessen.

Abg. **Latacz** (Z.) wünscht bessere Ueberwachung und Pflege der religiösen und patriotischen Erziehung der Lehrlinge.

Abg. **Ehlers** (frs. Vg.) ist mit der Antwort auf Rickert's Anfrage nicht zufrieden. Der Staat habe für Westpreußen und Posen das Fortbildungsschulwesen in die Hand genommen; es werden auch fortwährend neue Schulen gegründet. Das wäre doch bedenklich, wenn man kein Geld hat. Uebrigens ist der Minister doch sicher, daß ihm hier im Hause die erforderliche Summe bewilligt wird.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Titel „Ministergehalt“ wird bewilligt.

Bei dem Titel „Börsenkommissar in Berlin“ fragt der

Abg. **Gothein**, was der Herr Minister denn über die Thätigkeit der Börsenkommission mittheilen könne.

Minister **Brefeld** erwidert, daß die Berichte der Kommissarien nichts enthielten, was erkennen lasse, daß sie dem Zwecke ihrer Stellung, der Durchführung des Börsengesetzes, nicht durchaus entspräche.

Abg. Frhr. **v. Erffa** (k.) spricht seine Freude über die bisherige Wirkung des Börsengesetzes aus. Der Handel ist unabhängig geworden von Berlin, und der alte Grundsatz ist widerlegt, daß es ohne Berliner Börsen-Notirungen nicht gehe. Die Notirungen der Landwirthschaftskammern sind behördlich anerkannt und werden in der Zentralstelle in Berlin gesammelt, so daß jeder Landwirth sich leicht informiren könne. Der Streik der Berliner Börse war ein Glück für die Landwirthschaft. Daß in Berlin keine Notirungsstelle besteht, bedauern wir ja, und wir können den Minister nur bitten, die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts zu beschleunigen. Wird die vorinstanzliche Entscheidung bestätigt, dann bleibt nichts übrig, als eine Novelle zum Börsengesetz. Den Terminhandel hat die öffentliche Meinung gerichtet, den werden Sie nicht wieder beleben. (Beifall rechts.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Einen Nachtheil des Börsengesetzes erkennt der Vorredner an, den Mangel einer Notirung in Berlin. Wie man die jetzigen Notirungen betrachten mag, eins ist unbestreitbar: Diese Notirungen sind einseitig von Verkäufern gemacht und daher nicht so zuverlässig, wie wenn sie von Personen gemacht werden, die nicht blos kaufen, sondern auch verkaufen. Und wenn Ihre Notirungen zu niedrig sind, so sind sie auch falsch. Der Rückgang der Einfuhr ist nicht eine Folge der guten Ernte bei uns und hat mit dem Börsengesetz nichts zu thun. Wenn Sie jetzt schon gegen die Winkelbörsen rufen, so können Sie doch nur die Einrichtung in der Heiligengeiststraße meinen; dort findet aber nur ein Verkehr von Geschäft zu Geschäft statt. Wollen Sie das verbieten, so würde doch immer ein neues Verfahren nöthig sein, wie es jetzt gegen die Feenpalast-Versammlung schwebt. Dann werden die Geschäfte per Telephon geschlossen werden und dann bliebe Ihnen nur übrig, neben jedem Telephon-Fräulein einen Vertreter der Landwirthschaft zu setzen. (Lachen! rechts.) In letzter Linie richtet sich ja Ihre Gesetzgebung doch gegen den modernen Verkehr.

Minister **Brefeld**: Die Erwägungen darüber, welche Maßregeln zur Durchführung des Börsengesetzes noch zu treffen sind, sind noch nicht abgeschlossen. Inzwischen wird aber an dem Grundsatz festgehalten, daß die Börse sich unter das Gesetz zu stellen hat. Um neue Streitfälle darüber zu vermeiden, ob eine Börse vorhanden ist, sollen bis zur Entscheidung des Feenpalast-Prozesses weitere Anordnungen nach einem Beschlusse des Staatsministeriums nicht getroffen werden. Auch die Regierung hält die Errichtung einer Zentralstelle für Preisnotirung in Berlin sehr wünschenswerth; allein diese Einrichtung muß von den Interessenten ausgehen; sei es nun, daß die Produktenbörse wiederhergestellt, sei es, daß eine neue Organisation geschaffen wird. Die Regierung hat nur die Genehmigung zu ertheilen.

Auf eine Anregung des Abg. Grafen **Schwerin** (k.) bemerkt

Minister **Brefeld**, daß die Regierung kein Recht habe, neue Märkte zu errichten; nur bei bestehenden Märkten können Sie die Einsetzung von Preisnotirungs-Kommissionen verlangen.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) hätte gern Auskunft gehabt, ob an den Börsen auch unrichtige Notirungen vorgekommen sind.

Minister **Brefeld** verneint diese Frage. Es seien in bezug auf die Preisnotirung zahlreiche Vorschläge gemacht, die aber zur Zeit noch Interna der Verwaltung sind.

Nach längerer Debatte, an welcher sich die Abgg. **Schwarze** (Z.), **v. Arnim** (k.), Graf **Schwerin** (k.) und **Richter** betheiligen, wird der Titel genehmigt.

Morgen 12 Uhr: Zentral-Genossenschaftskasse, Antrag Brockhausen betreffend Besteuerung der Bazare, Handels-Etat.

Schluß 5 Uhr.

Zur Einsegnung!

hervorragend billige Angebote in

schwarzen und weissen

Kleider-Stoffen

enorme Auswahl!
seltene Gelegenheit!

Man
vergleiche Preise!

beste Qualitäten!
Massen-Einkauf!

M. Schneider, Berlin O., **Alexanderstr. 14a,**
gegenüber der Blumenstrasse,
eine Minute vom Bahnhof Jannowitzbrücke.

Nach der Inventur
Großer Ausverkauf
in **Gardinen**
und **Resten**
älterer Muster in weiß und crême, zu 1–4 Fenstern passend, spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager von
Bruno Güther,
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80
part., Eing. vom Flur (kein Laden).
Neuheiten treffen täglich ein.
Proben nach außerhalb portofrei.
4138L*

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13,** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. *

Betten, Gardin., Bettwäsche, Anzüge, Remont.-Uhren, Regulator., spottbillig Pfandleihe Neanderstr. 6.

Muster gesetzlich geschützt; nur allein bei uns zu haben.
Mit gegossenen Scheeren nicht zu verwechseln.

Prüfen Sie unsere Waare, und urtheilen darnach
ob es eine bessere, schönere und prachtvollere Scheere giebt, als unsere beistehend abgebildete, **deutsche Adlerscheere No. 712,** welche alle anderen Scheeren durch ihre äußere Eleganz, verbunden mit ausgezeichneter Qualität weit übertrifft. Dieselbe ist aus bestem Stahl geschmiedet, 6" lang, hochfein vernickelt und vergoldet, sowie prachtvoll dekorirt, mit dem deutschen Adler in den Griffen. Gegen **vorherige Einsendung von Mk. 1.–** (ohne Portoerhöhung) Nachnahme Mk. 1,30 senden wir solche zur Ansicht, um jeden von der Vorzüglichkeit derselben zu überzeugen mit der ausdrücklichen, öffentlichen Verpflichtung, die Scheere mit allen entstandenen Spesen **innerhalb 8 Tagen unter Nachnahme zurückzunehmen,** falls solche wider Erwarten nicht gefallen sollte (Namen in künstlerisch verzierter lateinischer Goldschrift Mk. 0,30). Dies ist gewiß ein Beweis von der Reellität unserer Firma, welche tausende Anerkennungen unserer Kundschaft bestätigen, weshalb man dieses außerordentlich günstige Angebot nicht mit jetzt leider so häufig vorkommenden unlauteren Reklamen verwechsle, welche nur zu geeignet sind, auch gegen die reellste Empfehlung Mißtrauen zu erwecken.

Gebr. Hermes, Stahlwaaren-Fabrik, **Höhscheid-Solingen 71.**
Wir versenden **gratis und franko** unser großes, prachtvoll illustrirtes Preisbuch mit über 700 Abbildungen von sämmtlichen Solinger Stahlwaaren: **Taschen-, Rasir-, Tischmesser und Gabeln, Scheeren, Haushaltungsgegenständen, Operngläser und Fernrohren, Schuh-, Hieb- und Stichwaffen** u. s. w.

Alt- und bestrenommirteste Stahlwaaren-Fabrik am Platze,
mit direktem Versand an Private, gegründet 1871.

Für 2—3 Mark
Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7–10 M. Für 12 M. f. Cheviot auch Kammgarnreste, Paletot und Hosenreste solange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager *
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Jede Uhr
repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez.
* **Carl Lux, Uhrmacher.**
35 Chaussee-Straße 35.

C. Strauss' Bier-Lokal,
Berlin O., **Stralauer-Allee 17b,**
Zahlstelle vom Wahlverein u. Metallarbeiter-Verband, 7, 4152. [22b

Für den Inhalt der Inserat übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 26. Februar.

Opernhaus. Zar und Zimmermann. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Rosenkranz und Güldenstern. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Agnes Jordan. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Faust. Anfang 7 Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 7½ Uhr.
Renes. Die Schildkröte. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Hans Huckebein. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Fatinitza. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Ahnfrau. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Endlich. Die kleinen Lämmer. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Pension Schöller. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr, zum ersten Male: **Die Ahnfrau.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 4. Vorstellung im 2. Schiller-Cyclus. **Wallenstein's Tod.** Abends 8 Uhr: **Das Stiftungsfest.**
Montag, abends 8 Uhr: **Die Ahnfrau.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. E. Weiß.
Novität! Zum 11. Male: Novität!
Unter der Polarsonne.
Aktuelles Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz von Sandermann und Bischoff. Gesangstexte von J. Dill. Musik von E. Schüler.
Anfang 8 Uhr. — Im Tunnel von 7 Uhr an: Frei-Konzert.
Morgen und folgende Tage: **Unter der Polarsonne.** — Sonntag Nachmittag: **Leben und Lieben.**

Luisen-Theater

31. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Novität! Novität!
Die Stütze der Hausfrau.
Posse mit Gesang in drei Akten von E. Karl. Musik von Fritz Krause.
Toni Klein: Anna Müller-Lincke.
Sonntag Nachm. 3 Uhr: **Volks-Vorstellung.** Regie: J. Türk. **Trilby.** — Abends 8 Uhr: **Die Stütze der Hausfrau.**
Billets à 60 Pf. zu der Sonntag Nachmittags-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Auf allgemeines Verlangen:
Die heilige Vehme!
Operetten-Burleske in 2 Akten von O. Victor-Roeder.
Hauptrollen: Ralph Holmer: **Robert Dill.** Rosa: **Ella Richter.** Buddel: **Otto Wendt.** — Vorher:
Erlauben Sie, Madame!
Schwank in einem Aufzug.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Freitag, 4. März: **Benefiz Robert Dill.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 26. Februar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 36. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Akten von Jul. Freund und W. Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Die Tugendfalle.**

Feen-Palast

22 Burgstrasse 22.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
Das radelnde Berlin
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
— **Wissenschaftliches Theater.** —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— **Ausstellungs-Saal und Vorträge.** —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche
Ben Ali Bey,
der orientalische Magier
und die
8 lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand-Hotel Alexanderplatz.
Heute, Sonnabend, 26. Februar:
Geschlossen.
Dafür letztes Gastspiel der **1. Original-Budapester** im
Reichshallen-Theater.
Der Beheme.
Dazu das grosartige aus **30 Nummern** bestehende Spezialitäten-Programm.
Avis! Sonntag, 27. Febr., **Grosse Abschieds-Vorstellung** d. **Budapester** im Vaudeville-Theater.

Reichshallen-Theater.

Das reichhaltigste Special-Programm und letztes Gastspiel der
I. Orig.-Budapester.
Eisenbach als Amerikaner.
Fritzi Georgette.
Der Beheme.
Ferner die Pantomime:
Ein ruhiges Zimmer zu vermiethen
und der neue Rauch- und Feuersprühende Kratertanz.
Anfang präc. 7½ Uhr. Entree 50 Pf.
Im **Reichshallen-Tunnel:**
Bockbier-Fest
Stangenklettern, humor. Roulette u. s. w.

Quarg's Vaudeville-Theater

nur im
Grand Hotel Alexanderplatz.
Montag, den 28. Februar:
und folgende Tage:
Vollständig neues Programm
mit gänzlich neu engagirten Kräften.
Zum 1. Mal:
Er raft!
Schwank nach dem Französischen.
Die Ballhaus-Anna.
Bilder a. d. Berliner Volksleben.
Großes Spezialitäten-Programm.
Anton Sattler!
Nach dem Balle.
Ensemble-Szene.
Vitaphotoscop
(Lebende Photographien).
Anf. 8 Uhr. **Entree 15 Pf.**

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Kolossaler Erfolg von
Die Nadel- und Radelmadel.
Volksstück mit Gesang in 2 Akten von **Eugen Fredy.** Musik v. **Otto Tieke.**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochent. 8 Uhr.
Avis! Um den überaus zahlreichen Wünschen nachzukommen, findet am **Sonnabend, den 26. Februar,** eine nochmalige Gratis-Vertheilung des Textes von **„Lene, liebe Lene"** statt.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Granto u. Maud. Les Senett's.
La Loïe Fuller
The Milons Mr. Arvey
und
30 hervorragende Künstler.
Kassenöffnung 6½, Anf. 7½ Uhr

Nicht nur ganz Berlin,
sondern auch alle die Hauptstadt besuchenden
Provinzialen
müssen das **I. Original**
Budapester
Possen- und Operetten-Theater
in Kaufmann's Variété
besucht haben; denn es ist ein unbestrittenes Factum, dass **Anton u. Donat Herrnfelds** sensationelle Komödie
Von Dreien der Glücklichste
welche allabendlich daselbst zur Aufführung gelangt, gegenwärtig die bedeutendste
Sehenswürdigkeit
der Residenz ist.

FEEN-PALAST
Aschanti-Dorf
100 Eingeborene
Javaner-Dorf
37 Eingeborene
Eröffnung:
2. März 1898.

Neues Olympia-Riesen-Theater.

(Circus Renz.) Karlstrasse.
Belossy Kiralfy's
Konstantinopel
mit dem **sensationellen Feuer- und Flammentanz**
ausgeführt **nicht** von einer Person, sond. **vom gesammten Ballet-Personal.**
ca. 1000 Mitwirkende,
sowie das neue **kolossale**
Spezialitäten-Programm.
Wiederauftreten
von
The jolly british girls.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuser Straße Nr. 4a.
Direktion: H. Pierry.
Sonntags, Dienstags, Donnerstags
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich
Lustspiel in 1 Akt.
Auftr. von Spezialitäten 1. Ranges.
Neu! Tom & Tam, die lustigen
Neu! Chinesen.
Neu! Ada Risson, Tauben-Dress.
Entree 30 Pf. Sonntag 50 Pf.
Anf. des Konz. 7 Uhr, Vorst. 8 Uhr.
Passepartouts gelten Wochentags
Sonntag Anf. 5 Uhr, Vorst. 6 Uhr.
Nachher: **Grosser Ball.**

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Sonnabend, 26. Februar 1898,
abends 7½ Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Neu! Zum 1. Male: Auftreten der vorzügl. musikal. Excentrics **Gebrüder Krasucki.** 8 Ungarn mit ihren unübertrefflichen Springpferden. U. a.: a) Sprung des Vollblutpferdes „Scipei" über eine 7 Fuß hohe feste Barrière mit Reiter; b) der berühmte Sandsprung über 3 große Pferde. Die vorzügl. Freiheitsdress. des Dir. **Busch.** Regie. ostpr. Hengst, geritten von Herrn **Foottit-Burghardt.** Gr. Schulquadrille, ger. v. 6 Damen und 6 Herren. Auftreten der Geschw. **Lorch** mit ihren großart. ikarischen Spielen zu Pferde.
Zaragoza.
Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Fanfarenbläser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen Sonntag **2 gr. brillante Vorstellungen,** nachm. 4 Uhr und abends 7½ Uhr. **Zaragoza.**

Künstliche Zähne.

F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Achtung! Parteigenossinnen u. Genossen! Achtung!

Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen **Wernau, Schwedterstr. 23/24:**

Große Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau **Louise Zietz** aus **Hamburg** über:
„Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen und die Frauen."
2. Diskussion.

Dienstag, den 1. März, referirt Genossin **Zietz** in **Bickel's Lokal, Hasenhaide 53,** und **Mittwoch, den 2. März,** in der **Brauerei Moabit** (früher Ahrens), **Thurmstraße.**
Um zahlreichen Besuch in allen Versammlungen, besonders der Genossinnen ersucht
1/9 **Die Vertrauensperson.**

Maler, Anstreicher 2c.

Montag, den 28. Februar, in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20:
Oeffentliche Versammlung.
Näheres siehe Sonntag an dieser Stelle. 126/1
Der Vertrauensmann. M. Mark, Fruchtstr. 51.

Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 28. Februar, abends 8½ Uhr, Admiralstraße 18c:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Grempe über: „Die Sklaverei des Weibes." 2. Bericht über Lohndifferenzen. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zum Maskenball. Derselbe findet am 19. März in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29, statt.
Die Kollegen, welche ihre Kontrollkarte von 1897 noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, diese bis zum 5. März bei den Bevollmächtigten abzuliefern, es betrifft hauptsächlich die Statistik wegen der Arbeitslosen-Versicherung. 1455 **Der Vorstand.**

Achtung! Dekateure. Achtung!

Am Sonntag, den 27. Februar, vormittags 11½ Uhr, bei Feind, Weinstraße 11:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Kotzke.** 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. 58/1
Der Vertrauensmann.

Rummelsburg.

Am Montag, den 28. Februar 1898, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Weigel, Türrschmidstr. 45:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Th. Metzner**-Berlin über: „Gemeindevertretung und Dreiklassen-Wahlsystem".
2. Diskussion. 222/7
3. Aufstellung eines Kandidaten.
4. Wahl eines Wahlkomitees.
Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion: **Richard Winkler.**
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Zum 7. Male:
Die Kunst geliebt zu werden.
Liederspiel in 1 Akt von F. Gembert.
Vorher:
Das Schwert des Damokles.
Schwank in 1 Akt von G. zu Putlitz.
Auftreten sämmtl. Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf.
Vorzugskarten an Wochentagen gültig.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Eine Berliner Waschfrau
oder: **Müller u. Müller.**
Schwank mit Gesang in 3 Akten v. Elz.
Vorher:
Versprechen hinterm Herd.
Singspiel in einem Akt v. Baumann.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Freie Kranken- u. Begräbniß-Kasse der Schuhmacher.

(E. H. 27.)
Das Mitglied
Paul Rothfahn
wird Sonntag, den 27. Febr., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle der Golgatha-Gemeinde aus beerdigt.
Um rege Betheiligung bittet
265/12 **Der Vorstand.**
N.B. Pferdeb.: Tegel bis Barfusstr.

Allen Bekannten u. Freunden hiermit zur Nachricht, daß mein Freund, der Sattler **Paul Foetkenheuer** am 23. d. Mts. nach langen schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Michael-Kirchhofes am Mariendorfer Weg (Britz) aus statt.
9839 **R. Dittberner.**

Am Donnerstag, den 24. d. Mts., entschlief sanft nach kurzen, schweren Leiden unser guter Sohn, Bruder u. Schwager, der Former
Ernst Pankrat
im 22. Lebensjahre. 9865
Dies zeigen um stille Theilnahme bittend schmerzerfüllt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Kreuz-Kirchhofes (zu Mariendorf) aus statt.

Sage allen Freunden und Bekannten, Kollegen und Kolleginnen des Buchdruckergewerks für die herzliche Theilnahme und die kostbaren Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes und Vaters, des Maschinenmeisters
Robert Reddemann
meinen aufrichtigsten Dank. 9865
Die trauernden Hinterbliebenen.
Frau Emma Reddemann geb. Weigang nebst Kindern.

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend **billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 4055L*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Bäckerei mit Patentofen Berlinerstraße 26, Rixdorf, 1. April zu verm. Näh. beim Verw. **Tecken.**

Carl Stier

Fabrik für
Herren- u. Knaben-Garderoben
Berlin SO., Oranienstrasse 168
Potsdam — Dresden 4415L*

empfiehlt zur **Frühjahrs-Saison:**
Einsegnungs-Anzüge
in Kammgarn, Cheviot, Diagonal, Satin etc.
alle Grössen 30, 27, 24, 22,50, 20, 18–12 Mk.
Herren-Anzüge, Jaquet- oder Rock-Façon,
in Kammgarn, Cheviot, Zwirnbuckskin etc.
50, 45, 42, 40, 36, 33, 30, 27, 22½–15 Mk.
Frühjahrs-Paletots in allen modernen Farben . . 36, 33, 30, 27, 25, 22, 20–14 Mk.
Herren-Hosen, hochelegante Neuheiten,
16, 15, 14, 12, 11, 10½, 9, 8½, 7–5–3,50 Mk.
Ausserdem empfehle ich mein sehr grosses Lager in
Havelocks, Mänteln, Sport-Anzügen, Joppen, Knaben-Anzügen und Paletots zu sehr mässigen Preisen.
In der Abtheilung für Maassanfertigung findet ein fortgesetzter Eingang von Neuheiten statt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.